DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTVERWALTUNG

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 - 16 24 67

128 12. JAHRGANG Mai '95 8,00 DM

VERTRAGSSTAATENKONFERENZ DER KLIMARAHMENKONVENTION IN BERLIN:

Wirtschaftsinteressen contra Überleben

Vom 28.3. bis 7.4. fand in Berlin die erste Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention statt. Daß die erste große Nachfolgekonferenz des Rio-Gipfels in einem Industrieland stattfand, konnte als Symbol gelten: der Norden als Hauptverursacher des Treibhauseffektes muß sich zu seiner Verantwortung bekennen und endlich handeln. Doch dazu kam es in Berlin nicht. Konkrete Verpflichtungen zur Reduktion von Treibhausgasemissionen wurden für zwei weitere Jahre vertagt. Wäre dafür eine solche Mammutkonferenz nötig gewesen? Tatsächlich ist es den Aktivitäten zahlreicher Gruppen, Initiativen und Verbände zu verdanken, daß der *Klimagipfel* nicht nur ein jämmerliches Schauspiel müder Regierungsdelegierter in fensterlosen Konferenzräumen wurde, sondern ein öffentliches Happening. Klima ist in diesem Jahr das beherrschende Thema der Umweltdiskussion. CONTRASTE macht es daher in dieser Ausgabe zum Schwerpunkt. Rasmus Grobe von der Redaktion *Jugend & Umwelt berichtet über Klimagipfel und* Klimaaktivitäten.

Demonstration vor dem Berliner ICC

Wie in einem Flughafen-Terminal komme ich mir vor, als ich das erste Mal das ICC (Internationales Congress Centrum) in Berlin betrete. Der erste Weg führt durch den Security-Check. Alle metallenen Gegenstände ablegen, Taschen durchleuchten lassen, Abtasten – okay. Auf einer großen Anzeigetafel werden die Ereignisse der nächsten Stunden angezeigt. Große Schilder weisen den Weg zu den verschiedenen Räumlichkeiten: Sekretariat, internationales Pressezentrum, Räume der Nichtregierungsorganisationen (NGOs), Restaurants, Konferenzräume.

Es ist der erste Tag der ersten Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention. Zwei Wochen bleiben Zeit, um die internationalen Klimaverhandlungen zu konkreteren Ergebnissen und Vereinbarungen zu bringen. Am Anfang sind es noch die »normalen« Verhandlungsdelegationen der Vertragsstaaten. Die Fachleute also, die schon seit Jahren über diese Themen miteinander verhandeln. An den letzten drei Tagen werden dann die MinisterInnen dazukommen. Doch noch ist es nicht soweit. Noch weiß niemand so genau, was am Ende herauskommen wird, ob die Minister überhaupt etwas zu beschließen haben werden. Im fensterlosen Plenary Room tagt das Plenum der Konferenz. Ich setze mich auf die Tribüne, von der Nichtregierungsorganisationen und JournalistInnen dem Konferenzgeschehen folgen können. Unten werden Reden gehalten. Die Vertragsstaaten berichten über ihre Klimaschutzmaßnahmen. Jede der Reden beginnt mit einer immer gleichen förmlichen Grußformel an die Adresse der »distinguished delegates« und die Konferenzpräsidentin Angela Merkel. Ich komme mir etwas verloren vor in diesem Riesengebäude. Ich bin einer von 3000 akkreditierten JournalistInnen. Eine erschlagende Zahl gegenüber den oft winzigen Delegationen der 170 teilnehmenden Staaten.

Die meisten Delegierten bemühen sich, englisch zu sprechen. Über einen schnurlosen Kopfhörer kann ich zwischen den Übersetzungen in sechs verschiedene Sprachen wählen. Am meisten bekommt man aber mit, wenn man sich nicht auf die Übersetzungen der Dolmetscher verläßt. Da die Berichte aber ohnehin keine Neuigkeiten erwarten lassen, verlasse ich um kurz nach 12.00 Uhr das Plenum. Auf den Gängen des Kongreßzentrums stehen überall kleine Gruppen von Menschen, die miteinander reden: JournalistInnen, NGO-VertreterInnen, offizielle Delegierte. Diese kleinen informellen Gespräche sind es, die den Klimagipfel ausmachen und wahrscheinlich auch über seinen Ausgang entscheiden werden: Man kennt sich und spricht miteinander, gibt hier einen Hinweis und macht dort eine Andeutung. Einige Gesichter kommen mir sogar bekannt vor: Ernst Ulrich von Weizsäcker wird gerade von einem Journalisten über seine Stimmung hier auf dem Gipfel befragt, NABU-Präsident Flasbarth schlurft unschlüssig durch die Gänge.

Fortsetzung auf Seite 7

AUS DEM INHALT:

BÜNDNISGRÜNE STIFTUNGSREFORM II

Mehr als ein Nachtrag zur Diskussion um die Bündnisgrüne Stiftungsreform ist das nachgelieferte Interview mit Bundesschatzmeister Henry Selzer. Dort verweist er auf die Neuregelung der Parteienfinanzen, die – von der Grünen Partei selbst angestoßen – zu massiven Finanz- und Stellenkürzungen im Haushalt der Bundespartei geführt hatte. Also grünnahe Stiftung **doch**als bequeme Kofinanzierung? Ins Zentrum der aktuellen Diskussion rückt zudem auch die Ausstattung der Ökofonds und ihr Verhältnis zu »Pflichtzuwendungen« der Abgeordneten an die Bundespartei (»Parteisteuer«). Interview auf Seite 3.

ANTIMILITARISMUS

»Heute vor 50 Jahren ...« – kaum jemand kann sich die vor falscher Betroffenheit triefenden Beteuerungen von offiziellen Stellen noch anhören! Statt der oberflächlichen Erinnerungen an das Ende des Zweiten Weltkriegs wären aktuelle Hinweise auf Alternativen zum Waffengerassel wesentlich interessanter. Wir dokumentieren praktischen Antimilitarismus am Beispiel der pazifistischen Demonstration einiger jugoslawischer Frauen, die ihre Männer nicht in den Krieg ziehen lassen wollten, und am Beispiel einer totalen Kriegsdienstverweigerung in Deutschland, die dem Betroffenen eine Haftstrafe und Bußgeld eintrug. Auf Seite 4.

PROJEKTE IN DISKUSSION

Wie angekündigt veröffentlichen wir Auszüge aus der Dokumentation zum Projekt ZEGG. Die AG Sekten der rosaroten PantherInnen vom AStA der FU Berlin hat den Reader »Stop ZEGG – ZEGG-SISMUS« mit dem Untertitel »irdische Informationen zu einem kosmischen Projekt« versehen. Darin geht es im ersten Teil um die Frage, ob ZEGG eine Sekte sei, sowie um einige Details zu dessen Aufbau und Finanzierung. Seite 5.

FRAUENPROJEKTE

Die Netzwerktagung der Frauen-Computer-Schulen stellte ihren diesjährigen Kongreß unter das Motto »Feminismus und Professionalität«. Sowohl eine Anpassung an den Markt wie auch die Umsetzung feministischer Ansprüche findet laufend statt – ersteres allerdings auch gegenseitig, denn die Frauen konnten selbstbewußt feststellen, daß sie durch ihre Aktivitäten sowohl die technikkritische, arbeitsmarktpolitische als auch pädagogische Diskussion in der Öffentlichkeit beeinflußt haben. Ein ausführlicher Bericht auf Seite 6.

SOZIOKULTURELLE ZENTREN

...sind in ihrer Existenz gefährdet, wenn das Beispiel Bahnhof Langendreer an anderen Orten Schule macht. In Zeiten, in der wegen der Krise der öffentlichen Haushalte bereits verschiedene Zuschüsse zur Disposition gestellt werden, überrascht nun das Finanzamt Bochum mit massiven Steuernachforderungen. Begründet werden diese mit der Aussage, daß auch rückwirkend so gut wie alle kulturpolitischen Veranstaltungen als wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb zu betrachten seien. Die Hintergründe, wie Kulturpolitik nun vom Finanzamt gemacht wird, sind nachzulesen auf Seite 12.

WELTWIRTSCHAFT

Für einmal machen wir einen Ausflug auf die Weltkarte des Finanzkapitals und erläutern die sogenannte Länderbonität. Gemeint ist dabei die Kreditwürdigkeit einer ganzen Volkswirtschaft, was unter anderem Produktivitätsniveau, politische Situation und soziale Kräfteverhältnisse beinhaltet und von den großen internationalen Banken festgelegt wird. Eine kritische Beleuchtung der Weltwirtschafts-Entwicklung durch die Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg auf Seite 13.

P 8008 E

KAMPAGNE:

Nie wieder!

Das Jahr 1995 steht weltweit im Zeichen des Kriegsendes vor 50 Jahren. Bereits jetzt steht fest, daß ein Thema in den vielen mahnenden Feierlichkeiten zu kurz kommt: Die Rolle der großen multinationalen Konzerne bei der Vorbereitung und Durchführung des Zweiten Weltkriegs, vornehmlich die Verantwortung der IG Farben.

Kampagnenbüro »Nie wieder!«, Düsseldorf ● Die IG Farben, der Zusammenschluß von Agfa, BASF, Bayer, Hoechst und einigen kleineren deutschen Chemiefirmen, nahm damals als weltgrößter Chemiekonzern eine führende Rolle ein. Die IG Farben war der größte Einzel-Financier der NSDAP; sie befürwortete ausdrücklich deren Kriegspläne und schaffte mit ihren Hitler persönlich gemachten Zusicherungen der Lieferung von Treibstoff, Munition etc. überhaupt erst die Möglichkeit für die Nazis, einen internationalen Krieg loszubrechen. Der Vorstand der IG Farben legte seine Interessen z.B. in einem Papier mit dem Titel »Neuordnung« nieder: Dort plante die IG Farben die (wirtschaftliche) Eroberung der Welt im Gefolge der nationalsozialistischen Heerscharen.

Die IG Farben mit ihren Niederlassungen, Töchtern und Verbindungen in aller Welt, auch in den USA, verdiente auf beiden Seiten der (West-)Front. Sowohl die Nazi-Bomber, als auch die Maschinen der West-Alliierten flogen mit IG Farben-Sprit. Die IG Farben verdiente an todbringenden Waffen, an Medikamenten für sterbende Soldaten, an der »Industrialisierung« des Völkermords in den Kzs, an der massenhaften Versklavung von Häftlingen und »Feindbevölkerung«, an der Einverleibung aller nur irgend geeigneten »eroberten« Betriebe.

Perverse Verbrechen und Massenmord

In ihrer Profitgier hat die IG Farben keine Perversion ausgelassen: Für geringe Beträge von der SS »gekaufte« Häftlinge wurden in grausamen »medizinischen und anderen Versuchen im Dienste der Wissenschaft« bei vollem Bewußtsein zu Tode gequält; der Massenmord an der jüdischen Bevölkerung wurde mit dem Giftgas Zyklon B »perfektioniert«, im IG Farben-eigenen KZ Auschwitz III (IG Monowitz) und seinen Nebenlagern wurden ca. 370.000 Häftlinge bis zum Tod ausgebeutet.

Während des Krieges war bei den Siegermächten unter Führung der USA der Wille entstanden, den »Blutkonzern«, die Nazi-Führung und einige Konzerne und Großbanken vor ein internationales Kriegsverbrecher-Gericht zu stellen. Unmittelbar nach der Niederlage begannen die Vorbereitungen des Prozesses gegen die IG Farben unter Führung der US-amerikanischen Militärbehörden (nicht ein Manager der IG Farben befand sich in der Sowjetzone). Doch überraschend wurde der US-Staatsanwalt selbst Opfer mächtiger IG Farben-Kräfte in den USA und des Wandels in der politischen Strategie der Westmächte hin zum Kalten Krieg. Der Chef-Ankläger wurde seiner Mittel beraubt, die Anklage verwässert und er persönlich als »Kommunist« diskreditiert.

MILDE STRAFEN

Trotzdem kam es im Juni 1947 noch zum Prozeß. Doch: Alle Angeklagten kamen trotz erdrückender Beweislast mit lächerlichen Strafen bzw. sogar mit Freisprüchen bei bestimmten Anklagepunkten davon, nicht einer der Verurteilten mußte seine Strafe völlig absitzen. (...)

Fortsetzung und Hintergrundbeitrag auf Seite 10/11.

TOURISMUSBOYKOTT TÜRKEI

Mit der Einnahmequelle des Tourismus finanziert der türkische Staat einen Großteil des Militärgeräts, das gegen die kurdischen Menschen im Vernichtungskrieg eingesetzt wird. Wenn Ihr nicht wollt, daß mit Euren Geldern einen Völkermord unterstützt, dann boykottiert den Tourismus in der Türkei! Kein Geld für den Krieg! ●

SOLI-KAFFEE

Ökotopias Ausschüttung – der Spargroschen wird aufgelöst

Ökotopia in Berlin, selbstverwaltete Verkäuferin von Kooperativenkaffee aus Nicaragua, Mexiko und El Salvador, verkauft ihren Kaffee jetzt günstiger als sie es aus Kostendeckungsgründen tun sollte. Warum das, plant sie den ökonomischen Suizid?

Ein kurzer Rückblick macht die ganze Sache verständlich. 1994 hatte Ökotopia noch vor den heftigen Preissteigerungen auf dem Kaffeeweltmarkt Kaffee zu garantierten Mindestpreisen importiert. Die gezahlten Preise betrugen zum Importzeitpunkt ungefähr das Doppelte des Weltmarktpreises. Als dann die Weltmarktpreise stiegen und die Presse von 15 DM für ein Pfund Kaffee schrieb, erhöhte auch Ökotopia den Kaffeeverkaufspreis, machte also dann auch richtig »Gewinn«. Die Preiserhöhung erfolgte wegen knapper 94er Kaffeemenge (geringe Preisabstände zu Konzernkaffee steigern den Verkauf) und unabsehbarer Entwicklungen auf der Kaffeeweltmarkt- und Dollar»front«. Durch den sich ansammelnden »Spargroschen« sollte ein Puffer für eventuell notwendige drastische Preiserhöhungen im Jahre 95 geschaffen werden, denn diese hätten die den ProduzentInnen garantierte Abnahmemenge für 1996/97 gefährden können.

Nun, jetzt ist 1995 und was passiert?

Ökotopia verkauft den Kaffee jetzt ca. 1,– DM im Kilogramm günstiger als zu ihrer Kostendeckung erforderlich und ruft zu Spenden für zwei Projekte des »Informationsbüro Nicaragua« auf. Dabei handelt es sich um besetzte Betriebe in Nicaragua (Fincas en conflicto) und das Projekt »Neuland«. Die »Fincas en conflicto« sind Betriebe, die zu sandinistischen Zeiten verstaatlicht waren und ihren alten BesitzerInnen zurückgegeben werden sollen. Die LandarbeiterInnen widersetzen sich jedoch der Reprivatisierung. Das Geld wird für Anpflanzungen und Infrastruktureinrichtungen verwendet. »Neuland« ist in der ökologisch schwer geschädigten ehemaligen Baumwollregion Chinandega angesiedelt und soll einer größtmöglichen Anzahl von Menschen ein Auskommen sichern, wobei die Erzeugung national und international absetzbarer Produkte unter Schonung der natürlichen Ressourcen angestrebt wird (vgl. letzte CONTRASTE-Ausgabe)

Jetzt können die KaffeekäuferInnen selbst entscheiden, ob und in welchem Umfang sie spenden, Ökotopia, die wohl doch nicht suizidgefährdete, hofft auf alle Fälle auf ein hohes Spendenaufkommen. Spendenkonto: Infobüro Nicaragua Kto.976738 bei Stadtsparkasse Wuppertal BLZ: 33050000 unter Angabe des Projekts.

Weitere Information zu den Projekten, dem Spargroschen und natürlich dem Kaffee sind jederzeit bei Ökotopia, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin, Tel. (0 30) 691 10 77 oder Fax 692 65 90 zu erhalten. ●

Hans Häge

SOZIALHILFEINI AUF ABWEGEN

Täterschützer im Opfergewand

SEM/Sozialhelferstation, Menschen in Not – so heißt eine Initiative im nordrhein-westfälischen Stadtlohn. Die Ini gibt vor, sich für BezieherInnen von Sozialhilfe einzusetzen und gegen »Ämterwillkür« zu kämpfen. Die regelmäßigen Veröffentlichungen von SEM haben aber in den letzten Jahren zunehmend eine völlig andere, äußerst fragwürdige Richtung bekommen. SEM solidarisiert sich mit Eltern, die unter dem Verdacht stehen, Kinder sexuell zu mißbrauchen.

Unter dem Vorwand, gegen Ämterwillkür vorzugehen, vermittelt SEM RechtsanwältInnen, GutachterInnen sowie Betreuung und Argumentationshilfen für Eltern, die es so weit getrieben haben, daß ihnen ihre Kinder mit Hilfe der Jugendämter entzogen werden sollen. Damit haben sie eine Position bezogen, mit der sie in den Reihen der organisierten Erwerbslosen und SozialhilfebezieherInnen nichts mehr zu suchen haben.

Sexuelle Gewalt gegen Kinder ist ein Verbrechen, das von Teilen der Gesellschaft immer noch durch ein Tabu gedeckt wird. Auch wenn die Zahlen dafür von den ExpertInnen unterschiedlich geschätzt werden, sind sie sich darüber einig, daß sexuelle Gewalt heute noch massenhaft und regelmäßig gegen Mädchen und Jungen jeden Alters verübt wird. Nur die wenigsten Fälle werden überhaupt bekannt. Wenn Kinder sexuell mißbraucht werden, geschieht das immer gegen ihren Willen, auch wenn die TäterInnen oft versuchen, sich und den Kindern etwas anderes einzureden. Es ist erwiesen, daß diese Kinder, denen die Kindheit so gestohlen wurde, lebenslänglich große Probleme haben, wenn sie keine Hilfe finden.

In den letzten ca. 10 Jahren hat jedoch eine gewisse Sensibilisierung für die Belange der verletzten Kinder (sie werden in Fachkreisen auch »Überlebende« genannt) eingesetzt. Es gibt immer mehr BetreuerInnen, PädagogInnen, LehrerInnen und SozialarbeiterInnen, die versuchen, diesen Kindern eine angemessene Hilfe zukommen zu lassen. Wenn Kinder etwa durch übersexualisiertes Verhalten oder Sprache auffallen, entspringt das nachweislich nie lediglich einer kindlichen Phantasie. Es ist zwar noch kein Beweis für Mißbrauch, aber ein Indiz, das Fachleute aufhorchen läßt. Aus der Frauenbewegung haben sie übernommen, daß der angemessene Umgang mit den Opfern eine Parteilichkeit für sie voraussetzt. Das ist umso wichtiger, weil viele TäterInnen noch nicht einmal ein Unrechtsbewußtsein haben oder es selbst verdrängen.

Aber die TäterInnen und ihre Sympathisanten wehren sich. Seit einigen Jahren melden sie sich vermehrt zu Wort, indem sie die sexuelle Gewalt gegen Kinder relativieren oder ganz in Frage stellen. Das Anprangern von »Mißbrauch mit dem Mißbrauch« ist ihr Motto und auf dieser Linie liegt auch SEM. In den Veröffentlichungen von SEM wird der Eindruck erweckt, daß zahlreiche Kinder willkürlich von Jugendämtern den Eltern weggenommen werden, weil beispielsweise irgendwelche Kindergärtnerinnen durch »feministische Propaganda« aufgehetzt werden. »Und morgen verschwindet Ihr Kind« ist der Titel einer der Veröffentlichungen von SEM, in der das Szenario der »unberechtigten Kindeswegnahme« beschrieben wird. Wer sich auch nur ein bißchen mit dem Thema auskennt, weiß, wie unrealistisch diese Darstellung ist. Es muß schon schrecklich viel passiert sein, bis wirklich mal Ämter und Justiz den Überlebenden die dringend benötigte Hilfe zukommen lassen. Unter Schikanen von Jugendämtern haben ganz andere Menschen zu leiden wie etwa Eltern und Kinder, die in besetzten Häusern leben oder AusländerInnen. Für die engagiert sich SEM allerdings genauso wenig wie für Flüchtlingskinder, die den Jugendämtern oft am Arsch vorbeigehen.

In den allerseltensten Fällen sexueller Gewalt werden Eltern und Kinder voneinander getrennt. Zwar mag es Einzelfälle geben, in denen Eltern zu Unrecht verdächtigt werden, sexuelle Gewalt gegen Kinder auszuüben. Diese Fälle sind tragisch (und zwar in erster Linie für die Kinder und erst in zweiter für die Eltern). Viel häufiger ist es aber, daß der Mißbrauch entweder nicht bemerkt oder gar geduldet wird. Auch das ist nachweisbar und wurde sogar schon im Bundestag bemerkt. Strafverschärfung für die TäterInnen und eine weitere Verlängerung der Verjährungsfrist für die Verfolgung werden inzwischen sogar schon von einigen Abgeordneten der Regierungskoalition gefordert.

Wenn SEM (und andere) immer wieder auf den wenigen vorzeigbaren Fällen herumreiten, in denen Eltern tatsächlich oder angeblich zu Unrecht verdächtigt wurden, offenbart das nicht nur eine falsche Einschätzung der Lage. Es stellt sich die Frage, welche Motivation SEM zu dieser Kampagne getrieben hat. Angesichts der (erwiesenen) Häufigkeit sexueller Gewalt gegen Kinder und der bis heute real existierenden Schwierigkeit der angemessenen Hilfestellung für die Opfer (und Verurteilung der TäterInnen) liegt die Vermutung nahe, daß SEM will, daß das auch so bleibt. Damit engagieren sie sich gegen die berechtigten Interessen der verletzten Kinder und de facto zu Gunsten der TäterInnen. Die erforderliche Parteilichkeit in solchen Fällen hat SEM jedenfalls zumindest gründlich mißverstanden. In keiner einzigen Veröffentlichung werden Ausmaß und Folgen sexueller Gewalt gegen Kinder realistisch dargestellt. Solange SEM diese Position beibehält, haben sie in den Reihen der organisierten Erwerbslosen und Sozialhilfeinis nichts, aber auch gar nichts zu suchen. Selbst wenn die Stadtlohner Initiative hin und wieder eine nützliche Stellungnahme für die BezieherInnen von Sozialhilfe veröffentlicht, wiegt das ihre Position gegen die verletzten Kinder nicht auf. Denn das Relativieren oder Ignorieren sexueller Gewalt gegen Kinder ist mit nichts zu entschuldigen.

Deswegen wird die quer-Redaktion (die CONTRASTE-Redaktion kann das nur unterstützen!) die Zusammenarbeit mit SEM boykottieren. Und zwar so lange, wie diese Initiative den Eindruck erweckt, die Interessen von TäterInnen zu schützen bzw. dieses Geschäft de facto betreibt. ●

Aus: quer, März/95

FREIE SCHULE

In Köln beginnt im diesem Jahr der Schulbetrieb

Am 4. Januar 1995 wurde der Freien Schule Köln nach jahrelangen Auseinandersetzungen die Genehmigung vor dem Verwaltungsgericht in Köln zugesprochen. Mittlerweile wurden ihr vom Schulverwaltungsamt der Stadt Köln entsprechende Räume in der Köln-Nippeser Turmstraße zur Verfügung gestellt. Im August wird die Freie Schule als Ganztagesschule mit einer 5. Jahrgangsstufe den Schulbetrieb aufnehmen.

Dieter Poschen, Redaktion Heidelberg ● Als einzügige Schule, die pro Schuljahr ca. 12 SchülerInnen aufnehmen wird, will sie innerhalb eines überschaubaren Rahmens sowohl mehr Freiheiten und eigenverantwortliches Handeln als auch reale Möglichkeiten der Mitbestimmung über wesentliche Angelegenheiten des Schulalltags ermöglichen. Die Freie Schule will den SchülerInnen einen Lebensraum bieten, in dem sie selbst Erfahrungen sammeln und ihre eigenen Ideen und Phantasien ausleben können. Prozesse innerhalb der Schule sollen nicht isoliert vom Umfeld gesehen werden. Der Freien Schule ist es wichtig, immer wieder die Schule selbst zu verlassen, sich mit außerschulischen Lern- und Erfahrungsangeboten auseinanderzusetzen und die eigenen Räume als einen stadtteilbezogenen Kommunikationsort einzurichten. Dies soll durch die Zusammenarbeit mit interessierten Einrichtungen und bestehenden Gruppen und Initiativen (Nippeser Bürgerzentrum, Flüchtlingszentrum etc.) erreicht werden.

Der Förderverein Freie Schule wurde im Herbst 1987 gegründet, der Antrag für eine vorläufige Betriebserlaubnis als Gesamtschule mit besonderer pädagogischer Prägung für die Sekundärstufe I wurde 1989 gestellt. Im August 1990 eröffnete die Freie Schule Köln den Schulbetrieb mit einer fünften Klasse in der Alten Feuerwache, ohne eine offizielle Zusage oder Ablehnung erhalten zu haben. Im Herbst 1990 kam der Ablehnungsbescheid vom Kultusministerium, gegen den die Freie Schule vor das Verwaltungsgericht Köln zog. Der Schulbetrieb lief weiter, 1991 fand das Bundestreffen der Freien Alternativschulen bei der Freien Schule Köln statt und erst im Mai 1993 wurde die Sach- und Rechtslage vor dem Verwaltungsgericht erörtert. Es folgten außergerichtliche Verhandlungen zwischen Schule und Kultusministerium, die sich bald als Farce herausstellten. Die Freie Schule Köln war inzwischen gewachsen und zog 1992 in neue Räume. Die rechtliche Unsicherheit und Schwierigkeiten im Schulbetrieb – auch finanzieller Art – führten im Herbst 1994 zum Beschluß, den Schulbetrieb einzustellen. Nun hat die Freie Schule »grünes Licht« bekommen. Herzlichen Glückwunsch! ●

Infos: Freie Schule Köln, c/o Muck Frings
Eburonenstr. 1, D-50678 Köln, Tel. (02 21) 340 47 23

EINLADUNG ZUR CONTRASTE-FÖRDERUNG

O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.

O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... DM pro Jahr.
(mindestens 120,– DM für Einzelpersonen, mindestens 300,– DM für juristische Personen)

O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

TAGUNG:

Kantine auf Umweltkurs

Tagtäglich wird von den Großküchen entschieden, was, woher und von wem eingekauft wird. Landwirtschaft, Ernährungsindustrie und Handel erfüllen ihnen scheinbar alle Wünsche. Jedes Produkt aus aller Welt steht an allen Tagen des Jahres zur Verfügung – sei es tiefgekühltes Gemüse, tafelfertige Salate, portioniertes Fleisch, Instant-Suppen und -Soßen – dazu relativ preiswert Bestimmungsgrößen für die Beschaffung sind der Speiseplan, die Personalsituation in der Küche, der vermeintliche Geschmack der Essensgäste und vor allem der Finanzrahmen. Bei vorgegebenen Verpflegungssätzen und engem Personalkostenetat heißt das, möglichst vorverarbeitete und möglichst billige Nahrungsmittel. Meist bleiben die Umweltschutzaspekte aber auf der Strecke und damit die ökologisch erzeugten Produkte.

Etliche Küchen- und EinkaufsleiterInnen überdenken inzwischen ihre Beschaffungs- und Speiseplangewohnheiten und stehen der Frage des Einsatzes von Ökoprodukten offen gegenüber. Einige planen auch, praktische Konsequenzen zu ziehen – zumal auch bei den Tischgästen das Umweltbewußtsein und die Nachfrage wachsen. Auch auf der Angebots/Erzeugerseite entwikkeln sich Strukturen (Erzeugergemeinschaften, Vorverarbeitungs- und Vermarktungsaktivitäten), die eine Grundlage für eine partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Großküche und ökologischer Landwirtschaft bilden.

Mit dieser Tagung wollen die Veranstalter im Interesse der Förderung einer umwelt- und gesundheitsverträglichen Ernährung und Landwirtschaft allen motivierten GroßküchenmitarbeiterInnen und Beratungskräften, aber auch Behörden- und Politikern Informationen, Anregungen und Praxisbeispiele vermitteln für die Vorteile einer ökologischen Wirtschaftsführung im Großverbrauchersektor. Sie hoffen, einen Beitrag dazu zu leisten, daß trotz der vielfältigen ökonomischen und organisatorischen Probleme auf Nachfrager- und Anbieterseite ökologisch erzeugte und schonend verarbeitete Produkte aus dem norddeutschen Raum Eingang und Anklang finden in Bremens großen und kleinen Großküchen. ●

Termin: 22./23. Mai 1995 in Bremen, Betriebsrestaurant »Himmel und Erde«.
Anmeldung:
Verein Sozialökologie e.V. / Bremer EVG eG, Donandtstr. 4, 28209 Bremen, Tel. (04 21) 349 90 77

dp

DIE ANTWORTEN DES BUNDESSCHATZMEISTERS DER BÜNDNISGRÜNEN AUF UNSERE FRAGEN ZUR STIFTUNGSREFORM

»...Schatzmeister sind nicht nur Geldsauger...«

CONTRASTE fragte in der vergangenen Ausgabe anläßlich des Schwerpunktes zur Stiftungsreform nach den bündnisgrünen Parteifinanzen, den Ökofonds und der neuen Förderpolitik der Bundespartei. Aus technischen Gründen (Fax-Blackout) erscheinen hier erst die Antworten auf das kritische Nachbohren unseres Nürnberger Redakteurs Kurt Regenauer, selber von 1986 bis 1990 Mitglied des bayerischen Ökofonds-Vergabeausschusses der damaligen Grünen Partei...

CONTRASTE: Die Übergangsversammlung der grünnahen Stiftungen hat vergangenes Wochenende (das Interview wurde bereits am 5. April geführt, d.Red.) einen Reformausschuß gebildet, der auch für die diesjährigen Globalmittel Haushaltskompetenz erhalten hat. In diesem Gremium sind Sie als Bundesschatzmeister der bündnisgrünen Partei maßgeblich vertreten. Ist hier nicht die Gefahr angelegt, daß Interessen zur Finanzierung des Parteiaufbaus mit denen der Stiftungsfinanzierung unzulässig vermischt werden oder – um es mal salopp auszudrücken – sollen beantragende Bildungsprojekte aus der Umwelt, Friedens und Alternativbewegung ihre Finanzanträge jetzt wohl gleich an Sie richten?

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Henry Selzer: Nein. Es gibt keine Einmischung der Partei dergestalt, daß wir an die Töpfe der Stiftungen rangehen, um sie für Parteizwecke umzuleiten. Das ist ein Ammenmärchen. Es ist allerdings korrekt, daß wir uns energisch eingemischt haben in die Frage: wie sollten heute uns nahe Stiftungen, die ihr Geld durch die Anerkennung durch unsere Fraktion bekommen, wie sollten die arbeiten, wie sollten die aufgebaut sein, um ein bemerkbares öffentliches Profil zu bekommen. Das stellt die weitere Zusammenarbeit mit Basisprojekten aller Art nicht in Frage. Und ob da der Schatzmeister oder irgend ein anderes Vorstandsmitglied drinsitzt, ist unerheblich. Schatzmeister sind nicht nur Geldsauger, sondern auch durchaus politisch denkende Subjekte.

CONTRASTE: Die parteieigene Bildungsstätte »Haus Wittgenstein« hat Ihre Partei sehr viel Geld gekostet. Lange Zeit wurde dort so gewirtschaftet, wie sich das kein alternativer Bildungsträger leisten kann...

Jetzt soll der Verkauf von »Wittgenstein« und ein bündnisgrünes Anlegermodell eine Immobilie in Berlin Mitte als Parteizentrale finanzieren helfen, deren Erwerb und Ausbau sich im zweistelligen Millionenbereich bewegen dürfte. Werden so nicht immer mehr Mittel dem doch immerhin begrenzten Markt für alternative Finanzhilfen entzogen? Was bleibt da noch für alternative Vorhaben aus der Projekteszene übrig, wenn der Moloch Partei derart viel Knete aus dem Bereich »Solidarfinanzierung« schlucken will?

Auch die Ökofonds als Projektfinanzierungsarm nach den Beschlüssen des Sindelfinger Parteitags der Grünen West erhalten immer weniger Spenden der bündnisgrünen Abgeordneten und Regierungsmitglieder. Statt dessen wird von bündnisgrünen BDKs seit neuestem eine »Parteisteuer« auferlegt, die allen MandatsträgerInnen nahelegt, direkt der Partei zu spenden. Was ist denn da übrig geblieben von der Vorstellung, daß Bündnis 90/Die Grünen einmal lediglich »parlamentarisches Spielbein« außerparlamentarischer Bewegung sein wollten? Nähern wir uns auf diesem Wege nicht eher ein gutes Stück der Horrorvision einer gekauften Republik, bei der diejenigen, die zahlen können, parlamentarisch bestimmen, indem sie Parteien finanzieren?

»...auch die Bündnisgrünen haben 20 % weniger Einnahmen...«

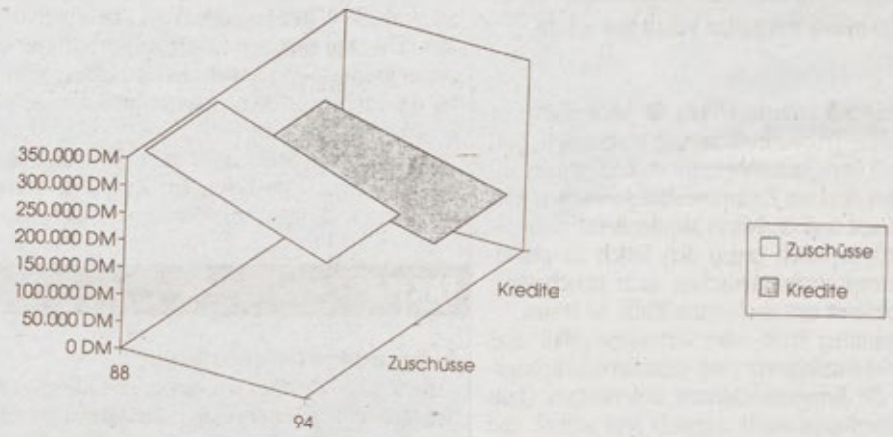
Henry Selzer: Wieso sollten Mittel dem »Markt für alternative Finanzhilfen« entzogen werden? Das sind unsere ureigensten Gelder aus Spenden, Mitgliedsbeiträgen und der staatlichen Grundfinanzierung. Die sind nicht üppig. Wir müssen uns wohl noch einmal in Erinnerung rufen, wie das mit den Stiftungen, den Ökofonds und dem Internationalen Solidaritätsfonds in den Anfangszeiten war.

Das Geld lief uns nach wegen unserer Erfolge und weil es eine Parteienfinanzierung gab, die sich nach den Geldsorgen der großen Parteien entwickelte. Und die Ökofonds wurden gemacht, weil wir der Meinung waren, daß die Diäten zu üppig bemessen seien. Dank unserer Klage beim Bundesverfassungsgericht ist die Parteienfinanzierung drastisch verändert worden. Wir haben durch deren Neuordnung ca. 20 Prozent weniger jahresbezogener Einnahmen. Es reicht jetzt gerade für einen Bundeshaushalt, der das Nötigste absichert. Wir mußten nach der Bundestagswahl zehn Arbeitsplätze abbauen, ein Drittel, um haushaltsmäßig klarzukommen. Da wird niemandem was weggenommen, sondern wir wirtschaften bewußt und knapp.

Daß in Wittgenstein mal viel Geld ausgegeben worden ist, also bis 1989/90, das ist eine bedauernswerte Sache, aber heute ist die Situation gänzlich anders. Im übrigen sind die Ökofonds durch Parteibeschlüsse in ihrer Existenz abgesichert. Sie erhalten einen festen Betrag jährlich, ebenso wie der Internationale Solidaritätsfond. Daß da immer weniger reingeht, weil die Abgeordneten immer weniger zahlen, ist falsch. Sollte es in den nächsten Jahren so kommen, dann werden wir neu reden müssen. Das parlamentarische Spielbein ist defacto das Standbein geworden und das außerparlamentarische Beinchen ist dünn geworden, aber das liegt ja nicht nur an uns, sondern spiegelt auch den Niedergang einst stärkerer Bewegungen wider. Damit muß man umgehen und sich für bessere Zeiten wappnen. Zum Schluß von Moloch Partei zu reden, halte ich in unserem Fall für eine populistische Leichtfertigkeit. ●

Auf dem absteigenden Ast...

Bündnisgrüne Projektförderung am Beispiel des Ökofonds Bayern



Die »goldenen Zeiten der Ökofonds« als Projektfinanzierungsarm der Bündnisgrünen sind offenbar längst vorbei. Noch in den achtziger Jahren leisteten zumindest in Bayern, Niedersachsen und-NRW die dortigen Landes-ökofonds Beträchtliches im Bereich der Finanzierung alternativer Projekte, weil ihre Ausstattung durch Abgeordnetenspenden ein wesentlich höheres Vergabevolumen umfaßte. In den drei großen Flächenstaaten gab es überdies noch weitere Landesverbandsgelder aus der damaligen Wahlkampfkostenrückerstattung, was eine stattliche Förderausstattung im Bereich von einer halben Million DM ermöglichte.

Eine – ohnehin durch den zeitweisen Wegfall einer Bundestagsfraktion – mit den neunziger Jahren einsetzende Krise der Ökofonds wurde dann durch die von Henry Selzer angeführte Änderung der Parteienfinanzierung 1992 in diesen Landesökofonds verschärft und führte auch nach Wiedereinzug in den Bundestag nicht zur vollständigen Erholung. In Bayern betrug sie zuletzt (1994) nur noch 64 % des Förderniveaus von 1988... ●

Eine genauere Darstellung der Ökonfondsfinanzen erfolgt in der kommenden Ausgabe

KR

SCHWEIZ: KLIMABEITRAG VON UNTEN

Den Verkehr halbieren

Mit der Klimaverbesserung ernst machen und das Problem an der Wurzel packen: In der Schweiz werden seit einigen Monaten für eine Volksinitiative zur Halbierung des motorisierten Strassenverkehrs Unterschriften gesammelt.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Peter Streiff, Redaktion Frankfurt ● »Schön wär's ja – aber glaubt ihr wirklich daran?« – Vielen erscheint eine Halbierung des motorisierten Strassenverkehrs zwar wünschenswert, aber unrealistisch. Sie zweifeln an der Bereitschaft der Menschen, sich auf halb soviel Autofahren umzustellen. Andere trauen sich aus Angst um Wohlstand und Arbeitsplätze nicht, ja zu einer massiven Verkehrsreduktion zu sagen.

Tatsache ist: was in Deutschland Wunschdenken ist, wird in der Schweiz in konkreten politischen Forderungen formuliert. Die Volksinitiative »umverkehR«, für die seit einigen Monaten geworben wird und Unterschriften gesammelt werden, verlangt, daß

- Bund, Kantone und Gemeinden beauftragt werden, den motorisierten Strassenverkehr innerhalb von zehn Jahren zu halbieren (entspricht etwa dem Stand von 1975).
- Nicht betroffen sind der öffentliche Verkehr und der Verkehr mit leichten Ökomobilen (Eigengewicht kleiner als 400 kg).
- Gemeinden erhalten mehr Möglichkeiten, verkehrsberuhigte Maßnahmen zu ergreifen (Radwege, Gehsteigverbreiterungen, Bevorzugung von Strassenbahn und Bus, autofreie Innenstädte usw.).«

Laut Initiativtext ist für das Erreichen des Ziels die in der Schweiz insgesamt erbrachte Fahrleistung maßgebend. Ermittelt soll diese durch die statistisch bereits heute erfassten Fahrzeugkilometer und durch das dichte, ebenfalls bereits existierende Netz von automatischen Verkehrszählstellen (also kein bürokratischer Mehraufwand).

Daß diese Initiative keine Spinnerei einiger Weniger ist, belegen bekannte UnterstützerInnen wie z.B. Prof. Jost Krippendorf oder einige NationalrätInnen, die aktiv für die Initiative eintreten. ETH-Professor Dieter Steiner fordert mit seiner Unterstützung: »Nehmen wir Visionen ins Visier: Das Dröhnen des Verkehrs, das verebbt, frische Luft, die sich breitmacht, keine Kinder und Tiere mehr, die überfahren werden, der Wahnsinn, der an sein Ende kommt.«

Der linke Nationalrat Hans Steiger, der vor der Lancierung der Volksinitiative für eine Schweiz ohne Armee gewarnt hatte (die vor sechs Jahren von sensationellen 33% der Abstimmenden befürwortet wurde), unterstützt nun die »umverkehR«-Initiative. Er befürchtete damals, das realpolitische Mittel für eine radikale Forderung einzusetzen »werde ein politisches Desaster geben und damit einen Rückschlag für die Sache. Aus dieser Fehleinschätzung habe ich gerne gelernt.«

Die InitiantInnen bezeichnen sich nicht als GegnerInnnen des Automobils, sondern als BefürworterInnen seines maßvollen Gebrauchs. Die Strassen und Plätze in Dörfern und Städten sollen wieder zu angenehmen Räumen werden, wo Frau, Mann und Kind wirklich leben können. »umverkehR« wurde anfangs 1992 von 40 Leuten aus der Taufe gehoben und zählte vor dem Beginn der breiten Kampagne bereits 500 Mitglieder. »umverkehR« ist eine Bewegung, die nichts und niemandem verpflichtet ist außer dem gemeinsamen Ziel eines umwelt- und menschenverträglichen Verkehrs.

Am Wochenende nach dem internationalen Klimaaktionstag (vgl. unsere Schwerpunktbeiträge) findet in Zürich ein nationales TUWAS-Festival von umverkehR statt mit Diskussionen (eine Realutopie für den Start ins 3.Jahrtausend), Theater, Clowns, Disco. ●

Info: umverkehR, Elisabethenstr. 16, Postfach, CH-8036 Zürich, Tel. 0049/1-2427276.

STATTKINO BERLIN:

Schickt uns Film- und Videomaterial!

STATTKINO Berlin e.V. ist ein unabhängiges, politisches Kinoprojekt. Wir möchten in unserer Arbeit u.a. außerparlamentarische, linke Bewegungen dokumentieren. So haben wir bereits Veranstaltungen zur APO, zur Stadtguerilla, der Hausbesetzungs-, sowie der Anti-AKW-Bewegung in der BRD durchgeführt. Nicht, um nun linke Geschichte abschließend vorzuführen, sondern um einen Einblick in einen noch lange nicht zu Ende gebrachten Prozeß zu zeigen – auch Jüngeren – sowie Mut zu machen und Fehler zu beobachten.

Wir wenden uns an Euch mit der Bitte, uns Bild-, Film- und Videomaterial über Eure Arbeit, Eure Organisation etc. zur Verfügung zu stellen. Uns interessieren auch ältere Dokumentationen. Vielleicht wißt Ihr auch, falls Ihr nicht mehr selbst im Besitz dieses Materials seid, in welchem Verleih/Archiv o.ä. es sich befindet. Bestimmt habt Ihr auch Tips über Eurer Meinung nach interessantes Material.

Durch die Anregung einiger bereits angeschriebener Gruppen werden wir als Ergebnis dieser Aktion eine Gesamtübersicht des Film- & Videomaterials in Form eines Kataloges veröffentlichen, um Film- und Kinoprojekte bei der Zusammenstellung von Filmreihen zur Linken zu unterstützen:

- uns zugeschicktes Material wird – wenn gewünscht – dabei rezensiert; auch gibt es ein Katalogexemplar umsonst.
- die Übersicht enthält Angaben zum Verleih oder Verkauf der Filme oder Videos.
- Erscheinung voraussichtlich Anfang Dezember, Redaktionsschluß am 2. Juni 1995.
- Es besteht die Möglichkeit, in diesem Buch für eigene Projekte durch Anzeigen zu werben.

16/35 mm Filme könnt Ihr uns natürlich nicht schikken, aber teilt uns bitte deren Existenz und Verleih oder Archiv mit. Videoproduktionen auf VHS/SVHS kopiert uns bitte. Wir könnten maximal die Kosten für den Einkauf von Videokassetten bezahlen, nicht jedoch weitere. Vielleicht ist es Euch ja auch möglich, Videokassetten einfach zuzuschicken, bzw. vorher anzurufen, ob wir schon im Besitz derselben sind.

Vielen Dank, mit freundlichen, linken Grüßen! ●

Kollektiv STATTKINO, Friedrichstr. 165, D-10117 Berlin, Tel. (0 30) 201 05 33, Fax 229 21 95

ZIVILDIENSTVERWEIGERUNG

Nur Arbeitswillige haben ein Gewissen...

Daß der größte Trachtenverein der Republik schon an sich für viele ein Grund ist, den Dienst für das »Vaterland« zu verweigern, liegt wohl fast nur den Kampfanzugfetischisten im Magen, obwohl sie doch froh sein könnten, wenn sich die angestrebte Truppenreduzierung von selbst vollziehen würde.

Von Peter Lubberrich, Freinsheim/Pfalz ● Bei den Zivis ist allerdings keine Truppenreduzierung vorgesehen, und es scheint den ObrigkeitsanbeterInnen und einigen anderen, die den direkten Zusammenhang zwischen zivilem Ersatzdienst und unzivilem Mörderdienst nicht sehen (wollen), ziemlich gegen den Strich zu gehen, daß sich immer mehr Menschen dazu entscheiden, weder Kriegsdienst mit noch ohne Waffe zu leisten.

Im sogenannten Ernst- oder Verteidigungsfall muß zwar laut Notstandsgesetz und Gesamtverteidigungsplan jedeR die Kriegsmaschinerie unterstützen (falls das dann überhaupt noch möglich sein sollte) und auch in sogenannten Friedenszeiten dürfen wir alle durch irgendwelche Steuern den Militärkomplex am Leben erhalten, doch »ohne ein gut ausgebildetes Heer von Millionen von Kriegsdienstverweigerern, die für menschliche Hilfsdienste ausgebildet sind, kann man keinen modernen industriellen Krieg mehr führen«, – oder planen – (Zitat von Egbert Jahn, Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung).

Nach Paragraph 79 Zivildienstgesetz werden im Fall der Fälle anerkannte Kriegsdienstverweigerer zu unbefristeten Ersatzdienst herangezogen (Krankenversorgung, Feuerlöscharbeiten, Minenräumdienste, Versorgung der Truppen...). Zivis dürfen weder pädagogisch, noch politisch tätig sein, sie werden bewußt nur dort eingesetzt, wo sie für die (zivile) Verteidigung an strategisch günstigen Punkten sitzen und ihnen die Möglichkeit genommen ist, Friedensarbeit - sprich Aufklärungsarbeit – zu leisten. Es sind billige Arbeitskräfte, die Fachkraftstellen besetzen und den Schein des Sozialstaates wahren.

Als Sahnehäubchen setzt nun das Bundesamt für den Zivildienst eine besondere Raffinesse obendrauf: »Anerkannte Kriegsdienstverweigerer, die aus Gewissensgründen gehindert sind, Zivildienst zu leisten, werden zum Zivildienst vorläufig nicht herangezogen, wenn sie erklären, daß sie ein Arbeitsverhältnis mit üblicher Arbeitszeit in einem Krankenhaus oder einer anderen Einrichtung zur Behandlung, Pflege und Betreuung von Personen begründen wollen.« (aus dem Paragraph 15a Zivildienstgesetz).

Seit 1968 gesteht der Staat durch dieses Gesetz praktisch jedem zu, den Zivildienst zu verweigern. Für dieses »Entgegenkommen« darf man dann statt der momentanen 15 Monate Ersatzdienst – 27 Monate dem Zwangsdienst frönen. Und eigentlich sollte man auch »Zeuge Jehovas« sein, denn für diese Glaubensgemeinschaft ist dieses Gesetz aufgenommen worden, um den religiös motivierten Verweigerern eine Bestrafung zu ersparen.

1992 wurde allerdings dem DFG/VK-Mitglied (Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen) Peter Lubberich seine politisch motivierte Gewissensentscheidung gegen den Zivildienst anerkannt! (Ein weiterer Fall, in dem das Amt einer Zivildienstverweigerung mit politischem Hintergrund zugestimmt hat, ist bisher nicht bekannt.) Da in der schriftlich formulierten Begründung von Peters Gewissensentscheidung der Zivildienst als Kriegsdienst entlarvt wird, bestätigt das Bundesamt für den Zivildienst durch diese Anerkennung, daß der Zivildienst – entgegen der Formulierung im Grundgesetz – sehr wohl etwas mit den Streitkräften zu tun hat! Es ist also offiziell: Zivildienst ist Kriegsdienst!

Demnach brauchen anerkannte Kriegsdienstverweigerer keinen Zivilkriegsdienst zu leisten? Nun ja, diejenigen, die damit Schwierigkeiten haben, können ja den Zivildienst aus Gewissensgründen verweigern und das oben erwähnte »freie Arbeitsverhältnis« nach Paragraph 15a Zivildienstgesetz eingehen und auf dieser Weise ihrer Wehrpflicht nachkommen.
Wehrpflicht? – Genau! – also auch Humbug mit diesem »Ersatzzivildienst«, zumal nach Paragraph 79 Zivildienstgesetz der Einsatz der Zivildienstverweigerer im »Ernstfall« schon genau geregelt ist.

Das fiel nach zwölfmonatiger Arbeit in einer heilpädagogischen Einrichtung auch Peter Lubberich auf. Nachdem er daraufhin gekündigt hatte, forderte ihn das Bundesamt auf, »normalen« Zivildienst abzuleisten – die anerkannte Gewissensentscheidung war offenbar vergessen. Und da nunmal der Mensch für den Staat da ist – und nicht umgekehrt, wie einige unverbesserliche immer noch zu behaupten wagen –, wurde der Ersatz-Ersatz-Dienstler vor Gericht bestellt.

Doch er wollte immer noch keinen »indirekten Kriegsdienst mit direkter Wirkung« tun, noch sonst wie das staatlich angeordnete Massenmorden mit vorbereiten. Wir wären nicht in Doitschland, wäre er deshalb nicht verurteilt worden: Drei Monate Knast auf Bewährung und tausend Mark Geldbuße. Ein Gewissen wird halt nur denen zugestanden, die sich ordnungsgemäß verhalten und brav ihre »Pflicht« tun... ●

FAKTEN

Paragraph 15a Zivildienstgesetz:
»Anerkannte Zivildienstverweigerer, die aus Gewissensgründen gehindert sind, Zivildienst zu leisten, werden zum Zivildienst vorläufig nicht herangezogen, wenn sie erklären, daß sie ein Arbeitsverhältnis mit üblicher Arbeitszeit in einem Krankenhaus oder einer anderen Einrichtung zur Behandlung, Pflege und Betreuung von Personen begründen wollen, oder wenn sie in einem solchen Arbeitsverhältnis tätig sind.

Dies gilt nur, wenn das Arbeitsverhältnis nach der Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer und vor Vollendung des 24. Lebensjahres mit einer Dauer, die mindestens ein Jahr länger ist als der Zivildienst, den der anerkannte Kriegsdienstverweigerer sonst zu leisten hätte, begründet werden soll oder begründet worden ist (...)«

Artikel 12a GG II:
»Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.«

Aus einem Urteil der 2. Strafkammer des Landgerichts Ravensburg:
»Laut Bundesverfassungsgericht (BVerfGE 12, 45, 57) hat Artikel 4III GG verfassungsrechtlichen Vorrang gegenüber der Wehrpflicht, auch wenn die Kriegsdienstverweigerung einer in Verfassung und Gesetz allgemein auferlegten Staatsbürgerpflicht zuwiderläuft. Der Zwang des Kriegsdienstverweigerers, entgegen seinem Gewissen in Erfüllung seiner Wehrpflicht in Verbindung mit den bewaffneten Streitkräften, wie es das Wehrpflichtgesetz vorschreibt, durchführen zu müssen, bedeutet eine Verletzung der Menschenwürde.« ●

die pazifistInnen DFG-VK

ZU PETER LUBBERICH:

1989: Anerkennung durch das Bundesamt für den Zivildienst als Kriegsdienstverweigerer.

1991: Unter Einfluß der Geschehnisse im Golfkrieg Verweigerung auch des Zivildienstes.

1992: Anerkennung durch das Bundesamt für den Zivildienst auch als Zivildienstverweigerer. Ein Jahr Arbeit unter den Bedingungen des Paragraphen 15a ZDG in einer heilpädagogischen Einrichtung.

Nach Kündigung Aufforderung durch das Bundesamt, die Arbeit wieder aufzunehmen, bzw. die restlichen 15 Monate unter den geforderten Bedingungen zu arbeiten.

1994: Nach Weigerung dieser Aufforderung nachzukommen, Zuweisung einer »normalen« Zivildienststelle. Wegen Nichtantretens der Zivildienststelle Anklage wegen »Dienstflucht« durch die Staatsanwaltschaft Frankenthal.

Anzeige durch Peter Lubberich gegen das Bundesamt wegen Datenmißbrauch bei der Staatsanwaltschaft Köln. Das Bundesamt hatte Peters persönliche Daten im Rahmen des Anerkennungsverfahrens der Zivildienstverweigerung an die »Zeugen Jehovas« weitergeleitet.

21.3.1995: Prozeß vor dem Amtsgericht Neustadt/Weinstaße wegen der »Dienstflucht«: Drei Monate Knast auf Bewährung und tausend Mark Geldbuße.

22.3.1995: Berufung gegen dieses Urteil. ●

Kontakt: Peter Lubberich, Burgstaße 17, D-67251 Freinsheim, Tel. (0 63 53) 74 61 (abends), Fax 72 17

DFG/VK-Bundesgeschäftsstelle, Schwanenstr. 16, D-42551 Velbert, Tel. (0 20 51) 42 17

Anzeige

4 Seiten im taz-Format in hoher Auflage zum Verteilen:

Atomkonsens ist Nonsens

Aktionszeitung
für die sofortige Stillegung
aller Atomanlagen

Die Anti-AKW-Bewegung ist wieder da. Zur Unterstützung alter und neuer Initiativen, Gruppen und aktiver Einzelpersonen gibt es im Frühjahr '95 von der Graswurzelrevolution die Anti-Atom-Aktionszeitung – zum Verteilen als ausführliches Flugblatt bei Aktionen und Veranstaltungen in nächster Zeit. **Die Themen:**

- Atomkonsensgespräche
- Neuer CASTOR-Alarm?
- Siemens-Boykott
- AKWs machen krank
- Folgen von Tschernobyl
- geplante Anti-Atom-Aktionen
- slowakisches AKW Mochovce

Wir vertreiben die Zeitung nur gegen Vorkasse (bar, Scheck, Briefmarken, Einzugsermächtigung).
Mindestabnahme: 20 Stück
Die Preise: (inkl. Versandkosten) 20 Ex.: 10 DM, 50 Ex.: 20 DM, 100 Ex.: 30 DM, 200 Ex.: 50 DM, 300 Ex.: 70 DM, 500 Ex.: 100 DM, 1000 Ex.: 160 DM, weitere Preise auf Anfrage

Bestellungen an GWR, Kirchstr. 14, 29462 Wustrow

FRIEDENSPREISVERLEIHUNG DER DFG/VK:

Die »Geistige Republik Zitzer«

Im Februar 1995 wurde in Nürnberg der »Geistigen Republik Zitzer« der Friedenspreis der DFG/VK verliehen. Regenbogen Bayern – grünnaher Träger für politische Bildung – hat sich an der Preisverleihung beteiligt und seinen Anteil mit 1.000 DM dotiert. Wer oder was ist die »Geistige Republik Zitzer« und was ist geschehen?

Von Monika Ott, München ● Sieben Frauen in Jugoslawien melden im Mai 1992 eine Demonstration an. Die Masseneinberufungen für den wahnsinnigen Krieg sind eingetroffen und die Frauen wollen ihre Männer nicht in den Krieg ziehen lassen. Sie wußten, daß die angeblichen Reserveübungen auf dem echten Kriegsschauplatz stattfinden würden – die Demonstration, die nicht genehmigt worden war, fand trotzdem statt. Die Panzer rückten an und umzingelten das Dorf. »Warum sollten sie schießen – in unserem Dorf gibt es keine Waffen außer ein paar alte Jagdgewehre!« meinten die Frauen und blieben standhaft.

ES IST KRIEG – UND KEINER GEHT HIN!

Wir sehen die konsequent pazifistische Haltung der jugoslawischen Dorfbevölkerung als Hoffnungsträger in einem hoffnungslos erscheinenden Krieg und wollen mit der Preisverleihung dazu beitragen, daß die Idee der »Geistigen Republik Zitzer« weitere Verbreitung findet. Die Frauen und Männer von Tresnjevac haben es erreicht, daß die Gewaltspirale – zumindest für ihr Dorf und für eine Zeit – durchbrochen wurde. 62 Tage haben sie durchgehalten im »Zitzer Club«, der Pizzeria. Der Bolero wurde die Hymne, Billard – anstelle von Kanonenkugeln, das Symbol im Wappen, zusammen mit der Pizza, dem Lebensmittel.

Tresnjevac – wer kannte schon den Namen dieses kleinen Dorfes in Jugoslawien nahe der ungarischen Grenze? Es wird nun aber in die Geschichte eingehen! Entschlossene Frauen dieses Dorfes haben das bekannte Gedicht Erich Kästners (s. Kasten) in die Tat umgesetzt.

Zwar ist der Krieg in Jugoslawien noch lange nicht aus, aber hier wurde ein Zeichen gesetzt. Ausgehend davon, daß Frieden kein Zustand ist, sondern ein Weg, haben die Menschen aus Tresnjevac sich auf die Reise gemacht. Der Friedenspreis kann als kleine Wegzehrung verstanden werden und als Aufmunterung an Euch, selbst BürgerIn der Geistigen Republik zu werden. Ein chinesisches Sprichwort sagt: Jede große Reise beginnt mit dem ersten Schritt. Die ZitzeranerInnen haben ihn bereits gemacht. Ich wünsche uns und ihnen, daß sich noch viele ReisegefährtInnen anschließen. ●

Nähere Informationen können über das Helmut Vogel Bildungswerk, Alte Allee 48, D-81245 München, angefordert werden. Wer den Reader dazu haben möchte, sollte 12 DM in Briefmarken dazu legen.

... DA SAGTEN DIE FRAUEN NEIN!

Und als der nächste Krieg begann
da sagten die Frauen NEIN!
und schlossen Bruder, Sohn und Mann
fest in der Wohnung ein.

Dann zogen sie in jedem Land
wohl vor des Hauptmanns Haus
und hielten Stöcke in der Hand
und holten die Kerle heraus.

Sie legten jeden übers Knie
der diesen Krieg befahl:
Die Herren der Bank und Industrie
den Minister und General
Da brach so mancher Stock entzwei
Und manches Großmaul schwieg
In allen Ländern gabs Geschrei
und nirgends gab es Krieg

Die Frauen gingen dann wieder nach Haus
zum Bruder, Sohn und Mann
und sagten ihnen, der Krieg sei aus!
Die Männer starrten zum Fenster hinaus
und sah'n die Frauen nicht an...

Erich Kästner

ZEGG-SISMUS TEIL I:

Irdische Informationen zu einem kosmischen Projekt

Seit Februar 1995 gibt es eine umfassende Broschüre (36 Seiten) mit kritischen Informationen zum »ZEGG« in Belzig bei Berlin. Aus dieser empfehlenswerten Broschüre (Bezug s.u.) dokumentieren wir zunächst untenstehenden Beitrag zum Sektenvorwurf und zum Aufbau und Vernetzung dieses umstrittenen Projekts.

IST DAS ZEGG EINE SEKTE ???

Dem ZEGG wird von KritikerInnen vielfach der Vorwurf gemacht, eine Sekte zu sein. So z.B. auch im Zusammenhang mit dem Auftrittsverbot für Sabine Lichtenfels und Dieter Duhm in einer Vorlesungsreihe von Rudolf Bahro an der Humboldt-Universität im Sommer 1993. Die Unipräsidentin Marlis Dürkop untersagte damals Bahro die Einladung der beiden mit der Begründung, das ZEGG sei eine Sekte, deren Ziele im Widerspruch zur humanistischen Auffassung der Humboldt-Uni stünden. Das ganze hatte natürlich auch damit zu tun, daß Antifa-Gruppen bereits zur Störung der Vorlesung mobilisiert hatten.

Das ZEGG seinerseits reagierte damals mit offensivem Zurückschlagen. Das Titelblatt der Juli/August-Ausgabe des ZEGG-Magazins wurde mit dem Aufdruck »Vorsicht Sekte!« versehen. Das ZEGG behauptete in diesem Heft, daß auf sie lediglich klischeehafte Vorstellungen von Sekten projiziert würden, in denen Hörigkeit und psychische Unterwerfung im Mittelpunkt ständen, was jedoch mit dem Leben und der Realität im ZEGG nichts zu tun hätte.

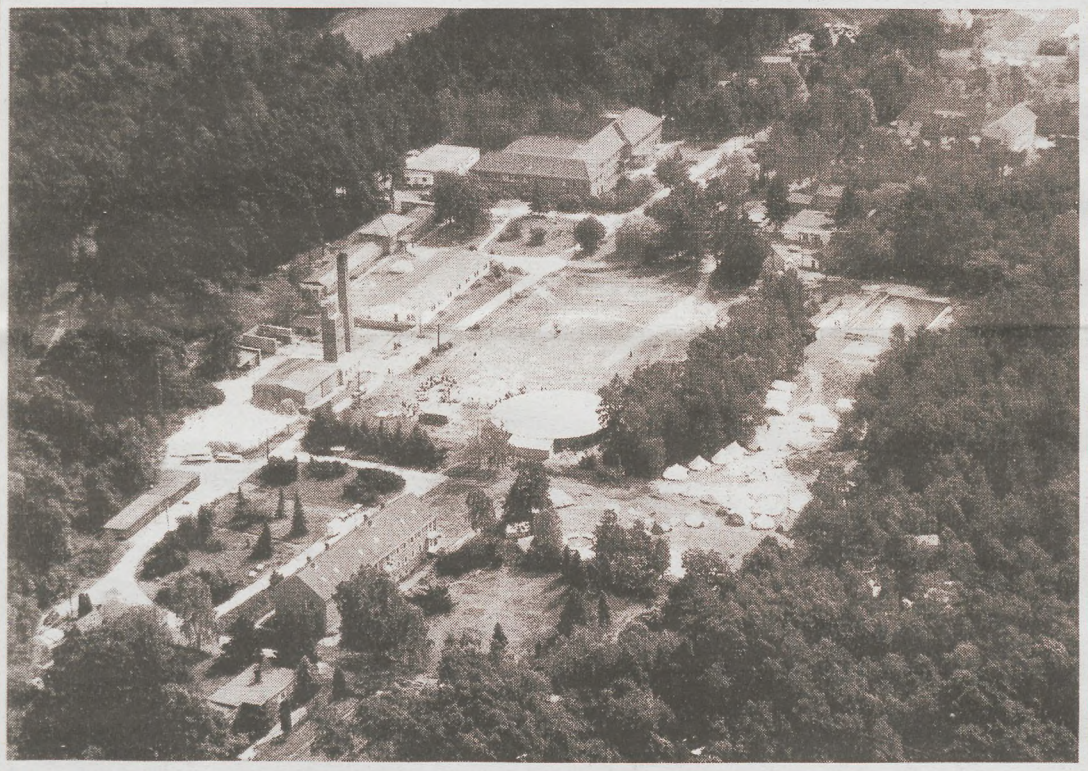
Allerdings stellt sich auch die Frage, wem und warum eine solche Kategorisierung, sprich das Öffnen der Sektenschublade eigentlich nützt. Dazu sagt ein ehemaliges AAO-Mitglied einige Sachen, die wir ganz passend fanden (1):

»Ein Hauptmotiv, einen Oberbegriff zu suchen, scheint das Verlangen der gesellschaftlichen Mehrheit zu sein, eine Distanz der 'mainstream'-Ideologie zu den Verirrten auszudrücken. Der ideologischen (Selbst-)Ausgrenzung der 'Sekten' begegnet die Gesellschaft mit einer nicht weniger ideologischen Ausgrenzung. Ein Dialog ist kaum mehr möglich, es dominieren Anfeindungen, Vorurteile und – bisweilen -Verfolgung.« (Andreas Schlothauer, S. 195) (2)

Auch wir meinen, daß mensch es nicht bei Ausgrenzung, bestenfalls Bemitleiden belassen sollte. Ein solches Verhalten führt zu weiterer Isolierung der Betroffenen und als Folge davon zu noch engerer Anbindung an die jeweilige Gruppierung. Und auch für das ZEGG gilt, daß der Sektenvorwurf kein Ersatz für eine inhaltliche Auseinandersetzung sein kann.

DAS ZEGG – AUFBAU & VERNETZUNG

Die Strukturen des ZEGG bzw. des Projekts Meiga und der dazugehörigen Einrichtungen »von außen« zu rekonstruieren, erwies sich als äußerst schwieriges Unterfangen. Darstellungen von KritikerInnen des Projekts wurden von Menschen aus dem ZEGG des öfteren als falsch bezeichnet, ihre eigenen Angaben (in den unterschiedlichen Werbeblättern) sind aber dermaßen schwammig und widersprüchlich, daß es uns an vielen Stellen schwer fiel, Projekte und Eigennamen klar voneinander abzutrennen, den einzelnen Projekten Namen zuzuordnen usw. Ist z.B. Christa Dregger identisch mit Leila Dregger, Happy Faller derselbe wie Herbert Faller, in welcher Beziehung stehen z.B. das »Europäische Haus der Jugend«, der »JETZT e.V.«, das »Welthaus der Jugend«, »Undersky« und das »Internationale Haus der Jugend« zueinander? Wir wissen, wie gerne Leute vom ZEGG ungenaue Aussagen zu solchen Punkten dazu benutzen, sich selbst darzustellen und gleichzeitig unangenehmen Nachfragen zu inhaltlichen Äußerungen ihrer IdeologInnen aus dem Weg zu gehen. Trotzdem haben wir uns dazu entschlossen, in diesem Reader eine Rekonstruktion der Strukturen zu versuchen – wir möchten aber an dieser Stelle darauf hinweisen, daß wir keinen Anspruch auf Vollständigkeit und absolute Genauigkeit in allen Details erheben können!



Luftaufnahme des ZEGG-Geländes Foto: Ramona Stucki

An dieser Stelle ist es vielleicht ganz hilfreich, ein paar Worte über die Bedeutung des Begriffs »Sekte« zu verlieren: »Sekte«, eine Ableitung des lateinischen Wortes »sectare« = »abspalten« oder auch »sequi« = »folgen« wird seit Jahrhunderten zumeist von den christlichen Großkirchen als im deutschen Sprachgebrauch diffamierend verwendet. Erst mit dem Aufkommen der zumeist indisch geprägten sogenannten »Jugendreligionen«, wie z.B. »Hare Krischna«, gelangte der Begriff »Sekte« in den allgemeinen Sprachgebrauch und wurde seitdem auf viele religiöse Gruppen, die nicht zum Mainstream der großen Weltreligionen gehörten, verwandt. Nicht zuletzt wegen des diffamierenden Beigeschmacks des Sektenbegriffs, beschränkt man sich heutzutage wieder darauf, den Begriff lediglich auf die klassischen christlichen »Sekten« zu beziehen.

In diesem Sinne ist das ZEGG sicherlich keine Sekte und auch der »religiöse« Unterbau läßt nicht unbedingt Wurzeln im klassischen Christentum erkennen.

Darüber hinaus sind wir der Meinung, daß das ZEGG und die von ZEGG propagierte Ideologie genügend Ansätze für eine kritische Auseinandersetzung bietet und die Frage, ob Sekte oder keine dabei eigentlich zweitrangig ist. Vielmehr geht es uns darum, eine über den Sektenvorwurf hinausgehende Auseinandersetzung sowohl mit der ZEGG-Ideologie als auch mit seinen SympathisantInnen zu führen, was wir mit der vorliegenden Broschüre versucht haben und unter euch anleiern wollen.

Tatsächlich sind bis heute noch keinerlei Fälle bekannt geworden, in denen das ZEGG versucht hätte, Ausstiegswillige in Belzig zu halten oder unter Druck zu setzen. Andererseits wäre dem entgegenzuhalten, daß das ZEGG ja ohnehin nicht als »geschlossene Gemeinschaft« arbeitet, sondern ein offenes Konzept mit zwar fester »Belegschaft«, aber wechselnden TeilnehmerInnen verfolgt, so daß sich die Frage nach einer Zwangsmitgliedschaft, die als Kriterium für die Kategorie 'Sekte' üblicherweise angewandt wird, so gar nicht stellen kann.

ZEGG – DAS ZENTRUM DES PROJEKTS MEIGA

Das Gelände des ZEGG in Belzig, 80 km südwestlich von Berlin, wurde 1991 durch die »ZEGG Forschungs- und Bildungszentrum GmbH« von der Treuhand gekauft. Auf dem 15 Hektar großen, früher von der »Gesellschaft für Sport und Technik« (in der DDR zuständig für die vormilitärische Erziehung der Jugendlichen; bei ZEGG meist kurz und präzise »Stasi« genannt) genutzten Platz befinden sich neben Wohnhäusern für die etwa 50 bis 70 ständigen BewohnerInnen, dem Kinderhaus, in dem die ca. 10 bis 15 Kinder ein zusätzliches Zimmer besitzen, dem Hotel und dem Zeltplatz zur Unterbringung der BesucherInnen unter anderem ein Tagungshaus, Restaurant und Großküche, eine Dorfkneipe, Schwimmbad, Freilichtbühne und diverse ökologische Projekte.

Im ZEGG finden das ganze Jahr über, besonders aber während der einige Tage dauernden Camps an Pfingsten und Ostern und dem mehrwöchigen »Offenen Sommer« mit Sommercamp, diverse Veranstaltungen, Seminare und Kurse statt. Wem es bei einem Besuch in Belzig oder auf einem der regelmäßigen Info-Wochenenden gefallen hat, der oder die kann z.B. am Seminar »Du bist entweder Patient oder Revolutionär« oder »Humanität ohne Verdrängung« (Untertitel: »Leg auch du ein Ei«) teilnehmen. Auch die Möglichkeit zur Mitarbeit wird gegeben, u.a. in speziellen Workcamps für 240 oder 400 DM (6 bzw. 10 Tage).

Dieter Duhm ist Mitbegründer des Projekts Meiga und konzeptioneller Mitarbeiter der ZEGG-Iniversität

FINANZIERUNG

Das Projekt wurde 1991 über die Dresdener und Berliner Treuhand vom Trägerverein »Experiment für eine humane Erde e.V.« erworben. Der Kaufpreis von ca. 2,15 Mio. DM sowie weitere innerhalb von zwei Jahren zu investierende 2,1 Mio. wurden nach Angaben des ZEGG nicht durch staatliche Unterstützung (beispielsweise aus dem Programm »Aufbau Ost«), sondern durch Einlagen der 112 GmbH-EignerInnen, eine größere Bankhypothek, Schenkungen und private Darlehen finanziert. Trotzdem hält sich das Gerücht, daß das ZEGG 600.000 DM über die staatlichen Subventionen des »Aufbau-Ost«-Programms erhalten hat.

Da außerdem ungefähr 80.000 DM an laufenden Kosten aufgebracht werden müssen, zahlen alle festen BewohnerInnen eine monatliche Miete von inzwischen 600 DM, und auch die Preise für die Gäste des Projekts sind nicht gerade niedrig – sie pendeln zwischen 100 DM für ein Infowochenende und 500 DM für einen 5 (eher 4) Tage dauernden Kurs. Beim zweiwöchigen Sommercamp 1994 war mensch mit Preisen zwischen 1.010 DM (im Zelt) und 1.430 DM (im Einzelzimmer) dabei. Für SchülerInnen, StudentInnen und Menschen aus den neuen Bundesländern gibt es freundlicherweise Ermäßigung.

ENTSCHEIDUNGSSTRUKTUREN

Die Art und Weise, wie im ZEGG Entscheidungen getroffen werden, bezeichnet ein Besucher als »Hierarchie mit unklaren Strukturen« – die Zegg'lerInnen selber benutzen den Zeitgeistbegriff der »transparenten Hierarchie«. Mit anderen Worten: hier weiß angeblich wenigstens jede/r, wo oben und unten ist. Zur Erläuterung ein Zitat von Dieter Duhm von 1982:

Beate Möller

»Zur Transparenz aller Dinge gehört wesentlich auch die Transparenz der sozialen Hierarchie, die in jeder Gruppe existiert. Es ist gut, wenn jeder möglichst genau seinen Platz in der Gruppe kennt, wenn er weiß, was die anderen von ihm denken und wo sie ihn in der Hierarchie der Gemeinschaft einstufen. Die Gemeinschaft wird auf diese Weise vom Schleim oberflächlicher Harmonie und falscher Demokratie befreit. Jeder einzelne lernt so die Realität kennen, mit der er es zu tun hat.«

Praktisch sieht das nach Aussagen von Leuten aus dem ZEGG natürlich wie immer ganz anders und weniger extrem aus. Entscheidungen würden zwar auf einem Plenum im Kollektiv getroffen, trotzdem existierten jedoch auch in Belzig informelle Hierarchien, wobei jedoch die

Bori Kovats

sich aus dieser Tatsache ergebenden Spannungen »ausagiert« würden, meinen die ZEGG'lerInnen. Begründet wird das Vorhandensein dieser Strukturen mit der Existenz von wahlweise »menschlichen« oder »natürlichen« Autoritäten. Diese entstünden durch (angeborene) Begabung, aber auch Erfahrung, und würden für die Gruppe dadurch sichtbar, daß sie sich im Gemeinschaftsprozeß von sich aus für bestimmte Dinge einsetzten und Verantwortung übernähmen.

Daß dieses etwas schwammige Konzept nicht so gut zu funktionieren scheint, läßt sich wohl auch daran erkennen, daß nicht nur die meisten anderen Projekte des Netzwerks einen Leiter oder eine Leiterin besitzen, sondern daß auch das ZEGG selbst seit dem 1.7.94 eine Chefin hat, nämlich Beate Möller. Sie hatte laut eigenen Angaben zusammen mit einem Trägerkreis aus Bori Kovats, Kastor Stein und Oskar Eckmann »die Verantwortung angenommen für das ZEGG, für das, was hier passiert, auch die finanzielle Verantwortung«. (3) Neu an der Organisation des ZEGG ist seitdem auch, daß aufgrund des zur Schuldenreduzierung auferlegten Ausgabenstops den LeiterInnen kein Lohn mehr ausgezahlt wird. ●

Fortsetzung folgt

Dieser Beitrag wurde dem Reader »Stop ZEGG – ZEGG-SISMUS – Irdische Informationen zu einem kosmischen Projekt« entnommen. Bezug: Die rosaroten PantherInnen, AG Sekten, c/o AStA der FU Berlin, Kiebitzweg 23, D-14195 Berlin, 3 DM zzgl. 3 DM Porto in Briefmarken beilegen.

(1) AAO ist die Abkürzung für Aktions-Analytische Organisation. Der Zusammenhang zwischen der AAO und dem ZEGG wird in einem der Beiträge des Readers ZEGG-SISMUS, Irdische Informationen zu einem kosmischen Projekt behandelt. Bezug siehe oben.

(2) Andreas Schlothauer: Die Diktatur der freien Sexualität. AAO, Mühl-Kommune, Friedrichshof; Wien: Verlag für Gesellschaftskritik 1992

(3) vgl. ZEGG-Magazin 17, Sept./Okt. 1994, S. 6

NETZWERKTAGUNG DER FRAUENCOMPUTER-SCHULEN:

Feminismus und Professionalität

Ende Februar fand die dritte Netzwerktagung der Frauen-Computer-Schulen statt: 52 Frauen aus 34 Einrichtungen trafen sich in den Räumen der Berliner Frauencomputerschule, der »Durchblick GmbH«, die die Tagung zusammen mit dem FrauenTechnikZentrum Berlin-Hohenschönhausen und dem Frauenbildungsverein »Wirkstoff« organisierten.

Von Angelika Huber, München ● Feminismus und Professionalität lautete das Motto des diesjährigen Kongresses, der in den Arbeitsgruppen folgende Themen zur Auseinandersetzung und Näherung bot: Methoden, Netzwerke, Zertifikate und Standpunkte.

STANDPUNKTE

In diesem Arbeitskreis ging es um das Thema »Frauen-Computer-Schulen: Nachhilfe für die Frauen versus Eliteschulen der Nation?« und um die Frage: »Anpassung an den Markt oder Umsetzung feministischer Ansprüche?«

Interessantes Ergebnis vorneweg: für die Frauen, die eine Frauencomputerschule oder ein FrauenTechnikZentrum betreiben, geht es nicht (mehr) darum, den »Defizitansatz« zu überwinden. Sie sehen ihn gar nicht mehr als Thema. Der »Defizitansatz«, der davon ausgeht, daß Frauen sozialisations- oder wodurch auch immer bedingt, weniger geschickt mit Technik umgehen oder ihr distanziert gegenüberstehen würden, scheint »in unseren Kreisen« überwunden zu sein. Dagegen wurde nachgefragt, inwieweit wir überhaupt Technikaneignung betreiben.

Technik versus Weiblichkeit? zweifelte eine Teilnehmerin und fragte sich und die Gruppe: dient die Technik als Werkzeug oder ist sie selbst das Objekt unserer Vermittlung? Offenbar: teils, teils. In den für Frauen so »klassischen« Kursen wie denen der Textverarbeitung ist der Anteil an der Technik wohl eher im »Minus-Bereich« anzusiedeln. Bei den EDV-Grundlagenkursen dagegen geht es sehr wohl um Technik. Um Bits und Bytes, um Prozessoren und Taktfrequenzen, um Platten und Kapazitäten, kurz: um »Technik zum Anfassen«.

Was hat der PC mit »Technik« zu tun?
Der PC selbst eine ganze Menge, seine Bedienung schon erheblich weniger. Zumindest haben wir, so der einhellige Tenor der Frauen in der entsprechenden Arbeitsgruppe, nicht die Absicht, unsere Teilnehmerinnen zu Informatikerinnen auszubilden oder sie mit einem Lötkolben in der Hand zu entlassen. (Wenn sie das wollen, bekommen sie das natürlich auch – schließlich sind wir flexibel).

»Technik« – ein Klischee? Es geht also darum, einerseits den PC von seiner »per se-Korrelation mit Technik« zu lösen und gleichzeitig – dort, wo es tatsächlich um Technik geht – diese zu entmystifizieren.

Wer sich zum Thema »Nachhilfe versus Eliteschulung« Beiträge von Theoretikerinnen und Praktikerinnen zu Gemüte führen möchte, kann das Dossier »Reine Frauenkurse – Kaffeekränzchen oder Eliteschulung?«, erstellt von der Frauen-Computer-Schule München, kostenlos dort anfordern.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Anpassung an den Markt oder Umsetzung feministischer Ansprüche? Bei dieser Diskussion wurde als erstes die Fragestellung korrigiert: selbstverständlich gehe es bei den Frauencomputerschulen und FrauenTechnikZentren um eine Anpassung an den Markt und um die Umsetzung feministischer Ansprüche. Eine Definition des »feministischen Anspruchs« fiel dabei erheblich leichter, als die konkrete Stellungnahme zur »Anpassung an den Markt«.

FEMINISTISCH = FRAUENBEZOGEN

So einfach kann das Ergebnis einer differenziert geführten Diskussion sein! So klar und unmißverständlich. Wunderbar. Damit fanden wir den größtmöglichsten Nenner für eine Gemeinschaft von Frauen, die in Bezug auf Lebens- und Erfahrungssituation, politische Einstellung und berufliche Qualifikation unterschiedlicher nicht sein könnte. Daß daneben der Begriff der »feministischen Ansprüche« noch mit Inhalten gefüllt wurde, wie mit »Frauen das Rückgrat stärken, die Chancen im Berufsleben maßgeblich verbessern«, usw. versteht sich von selbst. Nicht ganz schlüssig war die Antwort auf die (Teil)-Frage »Anpassung an den Markt«.

»Wir haben einen guten Ruf zu verlieren, Microsoft nicht.« Dieses Zitat (von Elisabeth Seidel) löste nicht nur allgemeine Heiterkeit und individuelle Zufriedenheit aus, sondern gab auch Anlaß zu einer kritischen Betrachtung der eigenen Marktsituation.

Keine Frage, daß wir, je nachfrage-orientierter wir arbeiten, um so angepaßter an den sogenannten »Markt« sind, der (nicht nur) in dieser Branche weitgehend monopolisiert ist. Aber: wir Frauencomputerschulen und FrauenTechnikZentren setzen auch Standards. Zum Beispiel in Bezug auf Qualität und Anspruch der Unterrichtsvermittlung (nicht wenigen war »vor uns« unbekannt, daß Computerkurse auch Spaß machen können!). Wir beeinflussen die technikkritische Diskussion, die arbeitsmarktpolitische, die frauenbezogene, die pädagogische und die ökologische.

Bill Gates prüft Dozentinnen? Gegen die Dominanz des Marktgiganten Microsoft hatte auch die Arbeitsgruppe »Zertifikate« einiges einzuwenden. Sie befürwortete die Orientierung an IHK-Prüfungen, verband sie damit doch Anerkennung und Sicherheit, doch als »MS-certified trainer« wollte sich – aus den bereits genannten Gründen – keine sehen.

DER RAHMEN

Seit Anfang dieses Jahres befindet sich die Frauencomputerschule Berlins, die Durchblick GmbH, in den Räumen der »WeiberWirtschaft«. Die WeiberWirtschaft ist das größte Frauengewerbezentrum in Deutschland. Über 800 Genossenschaftlerinnen erwarben einen Gebäudekomplex in Berlin-Mitte, der auf 5.500 qm für Frauenprojekte und -unternehmen aller Art Platz bietet.

Vorstandsmitglied Dr. Claudia Neusüß begleitete unseren Kongreß. Ihre Interviews mit den Leiterinnen der Arbeitsgruppen ergaben folgendes Bild:
Feminismus & Professionalität – »ein starkes Päckchen«.
Auch hier liegt die Betonung auf »und« (und nicht etwa auf einem Scheinwidersprüche produzierenden »oder«), wobei Dr. Neusüß betonte: der Anspruch, professionell zu arbeiten, gilt für alle Projekte, gleichgültig, ob sie als Verein oder privatwirtschaftlich arbeiten.

VIELFALT ALS CHANCE

Bei allen ihren Interviewpartnerinnen stellte sie fest, das Gemeinsame werde über das Trennende gestellt und Unterschiede sollen bewußtgemacht werden, mit dem Ziel, eine konsensfähige Basis für Kooperationen zu schaffen.

Dr. Claudia Neusüß hob den von ihr beobachteten positiven Leistungsbezug der Kongreßteilnehmerinnen hervor, der auch dazu führe, daß der Begriff der »Konkurrenz« neu zu definieren wäre. Konkurrenz – nicht mehr verstanden im Sinne einer aggressiven Medienkampagne, die das Klischee »Konkurrenz unter Frauen« festzuschreiben versucht, sondern als konstruktiven Wettbewerbsbegriff, der unsere Vielfalt als Chance begreift und uns motiviert – statt frustriert.

SCHLUSS MIT EHRENÄMTERN!

In dem Zusammenhang warnte Dr. Neusüß vor der »kontraproduktiven Dynamik ehrenamtlicher Arbeit bei zähen Entscheidungsstrukturen« und träumte von einem »feministischen Geldkreislauf«: Wir werden alle reich!

Dann können wir auch die PR-Beraterin adäquat bezahlen, die sich einen Mailbox-Anschluß bei FemNet leisten kann, so daß wiederum FemNet eine breitere Öffentlichkeitsarbeit realisieren kann, weshalb sich noch mehr Frauen in das kommunikative Netzwerk einloggen können – usw., usf.

Die Kraft unserer Träume ist die Chance, ist unser Potential. Das Schöne an unseren Utopien: sie können real werden. Als konkreter Rahmen wurde die Weltausstellung 2000 vorgeschlagen. Innerhalb dessen könnten die Frauencomputerschulen und FrauenTechnikZentren mit einem eigenen Projekt vertreten sein! Dieses Projekt soll auf unserem nächsten Kongreß 1996 in Saarbrücken diskutiert, vorgestellt und entwickelt werden. Das Motto für unseren nächsten Kongreß lautet: »Netze knüpfen«●

Ansprechpartnerin für den Kongreß 1996 ist Gabriele Schneidewind vom Technologie-Beratungszentrum Kaiserstr. 8, 66121 Saarbrücken, Tel. (06 81) 9 36 33 31-33.

Die Frauen-Computer-Schule München hat gerade ein Dossier (laut Duden die Zusammenfassung aller zu einem Vorgang gehörenden Schriftstücke) herausgebracht, in dem es um Sinn oder Unsinn reiner Frauen-Computerkurse geht – eine kritische, unterhaltsame und informative Sammlung von Texten. Kann (kostenlos) bestellt werden bei: Frauen-Computer-Schule, Volkartstr. 23, D-80634 München, Tel. (0 89) 167 55 89, Fax 168 80 25.

Anzeige

FRAUEN SOLIDARITÄT

Archiv - Bibliothek - Dokumentation

Seit 1994 betreibt die Frauensolidarität – einzigartig im deutschsprachigen Raum – eine Archiv- und Dokumentationsstelle Frauen und „Dritte Welt".
Öffnungszeiten:
Di 10-16 Uhr, Do 14-20 Uhr
und nach telefonischer Vereinbarung

Zeitschrift

Die Zeitschrift Frauensolidarität thematisiert das Verhältnis zwischen „Erster" und „Dritter" Welt aus feministischer Sicht und bringt Berichte zur Situation von Frauen des Südens in den Bereichen Politik, Wirtschaft, Kultur und Bildung.

Viermal jährlich – seit 1982.
Gratis-Probeheft anfordern!

Frauensolidarität
Weyrgasse 5, A-1030 Wien
Tel. 0222/713 35 94-80

FEMINISTISCHES BÜNDNIS

Im April fand das 2. Kasseler Treffen des Bundesweiten Feministischen Bündnisses (BFB) – hervorgegangen aus den Frauenstreikkomitees von 1994 – statt. Die Frauen erörterten das Thema Lean-production sowie deren Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und die Beschäftigung von Frauen. Diskutiert wurden Strategien, wie Frauen negative Folgen für sich abwenden können, z.B. mehr Gewicht auf die Umverteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit legen, Gewinne und Überschüsse aus der Wirtschaft anders verteilen und verstärkt Geld- und Warenkreislauf unter Frauen halten. Thema war zudem die weitere Vernetzung und die Planung von regionalen und bundesweiten Aktionen, um Interessen von Frauen mehr in die Öffentlichkeit zu bringen und dort durchzusetzen. In diesem Zusammenhang wurden auch erste Überlegungen für den nächsten Internationalen Frauentag angestellt, um ein möglichst breites Bündnis bundesweit herzustellen.

Ein weiterer Tagesordnungspunkt waren die erschreckenden, kaum zu fassenden Vorfälle vom 13.4.95 in Köln, zu der nachfolgende Presserklärung verabschiedet wurde:

»Am 13.4.95 wird in Köln-Poll ein Baby von einer Spaziergängerin gefunden. Das Kind wird in die Klinik gebracht. Es ist wohlauf.

Am 13.4.95 um 7 Uhr morgens umstellt die Polizei mit 300 Mann ein Wohnhaus und führt eine Razzia durch. 43 Roma-Frauen und -Mädchen werden abgeführt. Es werden zwangsweise Bluttests durchgeführt. Bei einigen Frauen sogar gynäkologische Untersuchungen, selbst bei einem minderjährigen Mädchen, das noch nie eine solche hatte. Auch Schwangere, Mütter mit Babys und Besucherinnen wurden abgeführt. Einige werden erkennungsdienstlich behandelt.

Begründet wurde die Großrazzia von Oberstaatsanwalt Utermann wie folgt: »Von der Klinik haben wir erfahren, daß das Findelkind eine Pigmentierung aufweist, die man verstärkt bei Sinti und Roma findet.« (Kölner Stadtanzeiger, 15.4.95) weiter: »Und das große Polizeiaufgebot, was wir hier gemacht haben, resultiert einfach vor (!) den Besonderheiten dieser ethnischen Minderheit (!); die gehen uns nämlich alle laufen« (Oberstaatsanwalt Utermann im »Kölner Fenster«, WDR 3, 13.4.95).

Fassungslos und empört haben die Frauen des BFB bei ihrem Treffen in Kassel davon erfahren. Auf dem Hintergrund der im Moment stattfindenden Feiern zum 50. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus ist dies mehr als blanker Zynismus, Rassismus, Sexismus. Sippenhaft und Terror sind noch immer an der Tagesordnung.

Wir fordern eine öffentliche Entschuldigung und sofortige disziplinarische und politische Maßnahmen gegen die Verantwortlichen!«●

Das nächste bundesweite Treffen des BFB ist am 23./24.9.95 in Kassel.
Kontakt: BFB, c/o Charlotte Rieger, Bordenauer Str. 5, 28211 Bremen, Fax (04 21) 23 07 27

COMPUTER-PORNOGRAPHIE

In einer Regierungsbehörde in Deutschland spielen die PC's verrückt, die Sicherheitssoftware ist außer Kraft gesetzt und die Systembetreuung wird alarmiert. Wider Erwarten trifft anstelle des EDV-Experten eine EDV-Expertin ein. Diese stellt fest, daß es den männlichen Kollegen doch tatsächlich gelungen ist, bis zur DOS-Ebene vorzudringen und ein Verzeichnis für »Spiele« einzurichten, in dem sich so phantasievoll bezeichnete Dateien wie »nicole.sex« usw. befinden.

Verseuchte Spiele

Ein einfacher Test zeigt ihr, daß die »Spiele« von Computerviren verseucht sind, doch der Einblick in einzelne dieser »Spiel-Dateien« verursacht ihr Übelkeit: Hardpornos pur »in der Qualität von Videobildern«. Der pro-forma Verantwortliche wird offiziell gerügt – heute ist er verantwortlich für die Systembetreuung.

Ein Kavaliersdelikt?

Daß Pornographie, der männliche Ausdruck sexueller Gewaltphantasien, wie ein Kavaliersdelikt behandelt wird, ist nicht weniger kriminell als die Pornographie selbst. Und: sie widerspiegelt die Position von Männern in unserer Gesellschaft. Männer werden als Primitivlinge gezeichnet, als gewalttätig und triebabhängig – mit einem Wort: als bewußtlos, und damit nicht mehr der Gattung Mensch zugehörig.

Von Männern für Männer

Ob es im bewußten Interesse der Pornohersteller ist, einen solchen Beitrag zum deformierten Männlichkeitsbild zu leisten, bezweifle ich – unbestritten ist allerdings, daß sie damit einen erheblichen Profit erwirtschaften. Ob mit analog oder digital produzierten Pornos, ist dabei keine Frage der Qualität, wohl aber eine der Quantität.

CD-ROM: Dekadenz für alle

Auf den kleinen glänzenden Scheiben lassen sich nicht nur tausend Bücher auf einmal unterbringen, sondern – zum Beispiel – »über 600 erotische Farbfotos«, die sich en gros oder im Detail abrufen, zu Video-Games zusammenfügen und in Bahnhofskinoqualität ablaufen lassen.

Die PC's stehen in allen Büros – ob in einer Gärtnerei, einer Schule oder einem Regierungsgebäude – der PC ist universell. Genauso universell ist die CD-ROM. Ebenso universell ist die Verbreitung von Software auf CD-ROM. Und entsprechend »universell« ist das Ausmaß, in dem dieser digitale Informationsträger mißbraucht werden kann.

Der potentielle Mißbrauch ist nicht der Technik anzulasten. Bei seinem realen Mißbrauch allerdings sind die Produzenten und Anwender dieser Technik »gefragt«. Solange diese aber unfähig sind, Verantwortung zu übernehmen, Menschenrechte einzuhalten und Frauen zu achten, solange sollten alle PC's verrückt spielen. Solange sollten Anti-Porno-Programme aktiv werden und volltönend ins Büro blastern: »Auf diesem PC läuft gerade ein Porno ab. Entwicklungshilfe ist dringend gefragt. Herr Kollege, können Sie dem Ab-User helfen?«●

Angelika Huber

FORTSETZUNG VON SEITE 1:

KLIMA

Wirtschaftsinteressen contra Überleben

Ich gehe in Halle 15.2. Hier sind die Räume des Klimaforum '95, das sich als Servicestelle für alle am Klimagipfel beteiligten Nichtregierungsorganisationen versteht. Eine Fülle von Informationsmaterialien und Pressemitteilungen weist auf die regen Aktivitäten der NGOs hin. Die Atmosphäre ist entspannt. Trotz spürbarer Geschäftigkeit scheint es mir ein angenehmer Kontrast zum ansonsten formellen Umgang auf dem Gipfel. Vielen JournalistInnen scheint es ähnlich zu gehen. Um 12.30 Uhr findet hier ein Pressebriefing statt, um 14.00 treffen sich dann die NGO-Beobachter im Plenum des Climate Action Network. Unter diesem internationalen Dach haben sich praktisch alle im Klimabereich arbeitenden Organisationen zusammengeschlossen. Schon jetzt wird das Konferenzgeschehen undurchschaubar. Parallel zum Konferenzplenum finden Pressekonferenzen statt, formelle und informelle Treffen. Es ist 13.00 Uhr und schon jetzt brummt mir der Kopf.

DIE TAGESORDNUNG IST LANG

Die Tagesordnung des Klimagipfels scheint lang zu sein. Und doch ist klar, daß sich die Diskussion auf einige wenige Themen konzentrieren wird. Nachdem in Rio de Janeiro die Klimarahmenkonvention unterzeichnet worden war, sind viele Fragen offen geblieben, manche haben sich zugespitzt. Gemäß Klimarahmenkonvention ist die jährlich tagende Vertragsstaatenkonferenz das oberste Gremium dieses internationalen Verhandlungsregimes. Im Vorfeld war deutlich geworden, daß die bisherigen Verpflichtungen der Klimarahmenkonvention nicht ausreichend sind. Gleichzeitig haben zahlreiche neue Gutachten die Notwendigkeit von konkreten Maßnahmen deutlich gemacht. Entsprechend hoch ist der Erwartungsdruck an die Konferenz. Auf dem Tisch liegt ein Vorschlag der Allianz der Kleinen Inselstaaten. Danach sollen sich die Industriestaaten dazu verpflichten, ihre CO2-Emissionen um 20% bis zum Jahr 2005 gegenüber 1990 zu reduzieren. Außerdem steht auf der Tagesordnung die Diskussion um -joint implementation-. Nach diesem Konzept, das von Industriestaaten in die Diskussion gebracht wurde, soll es möglich sein, Reduktionsverpflichtungen nicht im eigenen Land zu verwirklichen, sondern durch Investitionen in einem anderen Land. Die erzielten Einsparungen werden allerdings dem investierenden Land gutgeschrieben. Als Neukolonialismus und moderner Ablaßhandel wurde dieses Konzept von einigen Entwicklungsländern und NGOs kritisiert. Der dritte große Knackpunkt bei der Konferenz ist das Prozedere bei den Verhandlungen. Es ist unklar, nach welchem Mehrheitsprinzip abgestimmt werden soll. Kuweit und Saudi-Arabien, die kein Interesse an Klimaschutz haben, wollen gar Konsensprinzip durchsetzen.

DER KLIMAGIPFEL FINDET AUF DER STRASSE STATT

Erstaunlich, daß sich so viele JournalistInnen im ICC tummeln. Ich frage mich, wie lange das so bleiben wird. Denn zum Teil viel spannender ist, was draußen passiert. Tatsächlich ist es den Aktivitäten zahlreicher Gruppen, Initiativen und Verbände zu verdanken, daß der Klimagipfel nicht nur ein jämmerliches Schauspiel müder Regierungsdelegierter in fensterlosen Konferenzräumen ist, sondern ein öffentliches Happening. Unzählige Konferenzen, Kongresse, Seminare, Ausstellungen, Vorträge, Diskussionen, Präsentationen etc. begleiten den Klimagipfel und machen zumindest in Berlin überall Klima zum Thema. In enger Koordination haben hier Tausende von Umweltengagierten Unglaubliches auf die Beine gestellt. Peinlich wirkt dagegen das offizielle Rahmenprogramm der Bundesregierung und des Berliner Senats. Deren anfänglich größenwahnsinnige Planungen wurden fast ausnahmslos wegen Geldmangel oder organisatorischer Unfähigkeit abgesagt.

NGO'S SIND WICHTIG

Sie sind überall präsent und einfach nicht zu übersehen. Die Nichtregierungsorganisationen spielen auch im Konferenzgebäude eine wichtige Rolle. Sie sprechen mit den Delegierten, besorgen sich die internen Verhandlungspapiere und kommentieren sie. Das NGO-Magazin -ECO- ist vielzitierte Infoquelle auf dem Klimagipfel. In kaum einem anderen thematischen Bereich arbeiten international so viele Gruppen so eng miteinander zusammen wie im Klimaschutz. Das Dach bildet das Climate Action Network (CAN).

Allerdings zeigen sich beim Klimagipfel auch die Grenzen einer so auf Lobbyarbeit konzentrierten internationalen Vernetzung. Für viele NGO-VertreterInnen ist es ein Stück Lebensinhalt, über Jahre hinweg gute Kontakte zu staatlichen KlimaschützerInnen aufzubauen. Durch zu provokatives Auftreten der NGOs sehen sie ihre Reputation gefährdet. Bei der Frage, inwieweit die NGOs auf dem Klimagipfel Aktionen machen sollen, wird diese Angst besonders deutlich. Der Eindruck, daß die NGO-Aktivitäten durch Lobbyzentriertheit sich einer gewissen Unabhängigkeit beraubt haben, ist nicht ganz von der Hand zu weisen. Dabei dürfte eins klar sein: wir brauchen den Druck von unten, wenn sich in der Politik der Herrschenden etwas ändern soll.

Noch etwas wird in Berlin deutlich: Nichtregierungsorganisationen scheuen sich nicht mehr, mit Teilen der Wirtschaft zu kooperieren. Im Gegenteil: Strategische Allianzen zwischen Umweltschützern und Wirtschaftsunternehmen werden insbesondere in der Klimapolitik eine wichtige Rolle spielen. Das beste Beispiel dafür ist die Zusammenarbeit mit Versicherungskonzernen. Die Versicherungsbranche ist von Klimaveränderungen stark betroffen. In den USA haben bereits mehrere große Versicherungskonzerne aufgrund der immensen Schadenssummen nach den letzten Wirbelstürmen pleite gemacht. Die Versicherungsbranche hat daher ein starkes Interesse gemeinsam mit NGOs Lobby für den Klimaschutz zu machen.

EIN ENTTÄUSCHENDES ENDE

7. April. Gerade haben etwa 30 UmweltaktivstInnen die Bühne im Plenumssaal gestürmt. Sie halten Transparente hoch. -The Climate is Changing – Governments are not- steht auf einem. Gleichzeitig haben etwa 200 AktivistInnen den Haupteingang des ICC dichtgemacht. Mit Stahlketten haben sie die Türen verschlossen und sich vor dem Eingang niedergesetzt. Ihre Botschaft: -Ihr seid noch nicht fertig – Wir lassen Euch nicht raus, bevor ihr was Konkretes beschlossen habt-. Die DemonstrantInnen im Gebäude werden von Sicherheitsbeamten abgeführt. Ihre Personalien werden aufgenommen, dann werden sie zu den anderen vor die Tür gesetzt. Angela Merkel beschließt persönlich, daß sie noch zwei Stunden bleiben dürfen.

Die Aktion kommt etwas spät. Gegen Mittag hatten die Delegierten eine Reihe von Entscheidungen hinter sich gebracht. Es ging so schnell, daß ich kaum folgen konnte. In den vergangenen Tagen hatten sich fortwährend Verhandlungsrunden hinter verschlossenen Türen getroffen und sich mit den strittigen Punkten befaßt. Dabei war immer deutlicher geworden, wer die großen Bremser im Verhandlungsprozeß sind: neben den OPEC-Ländern, vor allem Saudi-Arabien und Kuweit, sind dies vor allem die USA. Insbesondere Deutschland und die EU wollten Ergebnisse nur im Konsens mit den anderen Industriestaaten verabschieden. Dementsprechend dünn sind diese jetzt. Im Konsens aller Vertragsstaaten wurde ein Verhandlungsmandat beschlossen. Bis zur übernächsten Vertragsstaatenkonferenz soll eine Verhandlungsgruppe einen Vorschlag für ein Protokoll erarbeiten, mit dem die Klimarahmenkonvention ergänzt werden soll. Vorrangig die Industriestaaten sollen sich darin zu einer Beschränkung oder Reduzierung anhand eines Zeitplanes verpflichten. Doch konkret und bindend ist nichts. Die notwendige konkrete Verpflichtung zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen wurde für zwei weitere Jahre vertagt.

In der anderen wichtigen Frage gab es ebenfalls ein schwammiges Ergebnis: Joint Implementation wird in einer Pilotphase ausprobiert, an der sich alle interessierten Länder beteiligen können. Die dabei in einem anderen Land erzielten CO2-Reduktionen können aber vorerst nicht in der eigenen CO2-Bilanz angerechnet werden. All das wurde im Konsens entschieden. Bis zum Ende gab es nämlich keine Einigung über das Abstimmungsverfahren.

Während ich darüber nachgrübele, ob dieses Ergebnis wirklich diesen Klimagipfel gerechtfertigt hat, macht sich rings um mich herum Aufbruchstimmung breit. In den NGO-Räumen werden Kisten gepackt. Die Faxgeräte sind schon demontiert, eine Praktikantin des Klimaforums sammelt das Altpapier auf, das über den ganzen Raum verstreut liegt. -Endlich vorbei,- sagt sie. Das scheint die Hauptstimmung hier zu sein. Keiner hat große Lust auf lange Bewertungen und Kommentare. Heute abend ist die NGO-Abschlußfete. Für einige NGO-Leute ist mit dem Ende des Klimagipfels auch das Klimathema abgegessen. Sie werden sich anderen Themen zuwenden – je nach dem, was gerade aktuell ist. Andere werden weitermachen – jetzt erst recht. Zwei weitere Jahre bleiben Zeit, Druck zu machen und in Öffentlichkeit und Politik dafür zu sorgen, daß Klimaschutz ernst genommen wird. Mit etwas flauem Gefühl verlasse ich das ICC. Vor dem Gebäude löst sich gerade die Sitzblockade auf. Das Klima war hier zwei Wochen zu Gast. Jetzt ist es wieder dort, wo es seinem Wesen nach hingehört: überall. Die PolitikerInnen haben hier in zwei Wochen bewiesen, wie wenig ernst sie es meinen, wenn sie von Klimaschutz reden. Für uns sollte das ein Zeichen sein, auch nicht auf ihre Beschlüsse zu warten. Klimaschutz ist machbar – und es kommt auf uns an, ob er umgesetzt wird oder nicht. ●

Foto: Steffen Rother

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

KOMMENTAR

Wie Verzweifelungsschreie klangen die Reden der Regierungsdelegationen und Nichtregierungsorganisationen der Kleinen Inselstaaten im Plenum des Klimagipfels, als klar war, daß die konkreten Schritte um weitere zwei Jahre vertagt werden sollten. Wer hört schon auf Staaten, die oft nicht mehr als einige Tausend Einwohner haben, die keine Rohstoffe haben, kein Geld, keinen Einfluß, die schlichtweg nichts wert sind. Bei einem Ansteigen des Meeresspiegels werden sie einfach von der Landkarte verschwinden. Und keines der reichen Länder wird sich ernsthaft daran stören.

Bei den Klimaverhandlungen geht es nicht um Moral, nicht um Verantwortung oder gar Vernunft. Es geht im Hintergrund immer um Geld und Wirtschaftsinteressen. Da gibt es beispielsweise die Vertreter der Erdöl- und Energiekonzerne, die den Delegierten der arabischen Erdölstaaten während der Klimaverhandlungen Handlungsanweisungen zustecken. Und immer wieder fällt ein Wort: Wachstum. Natürlich beanspruchen die Entwicklungsländer für sich das Recht, wirtschaftlich wachsen zu dürfen. Dieses Recht muß ihnen zuerkannt werden – doch funktioniert das nur, wenn dafür auch Raum geschaffen wird durch die Industriestaaten: Entwicklungsspielraum für den Süden. Das heißt im Klartext: der Norden muß runter von seinem hohen Energie- und Ressourcenverbrauch. Wir müssen einen neuen Lebensstil entwikkeln, der wirklich nachhaltig ist. Doch daß der Wille dafür vorhanden ist, davon war in Berlin nicht viel zu sehen. Im Gegenteil. Auch der Norden redet vom Wachstum. Redet von wirtschaftlichen Erfordernissen. Und handelt dementsprechend. Zur zynischen Phrase aus dem Munde der Herrschenden verkommt der Begriff der -Einen Welt-, wenn Wirtschaftsminister Rexrodt im deutschen Fernsehen zur besten Sendezeit verkündet, daß es schließlich bei Klimapolitik auch darum ginge, unseren Wohlstand zu erhalten. Wir wollten ja hier in Deutschland nicht leben wie in West-Samoa. Er sagte dies einem Vertreter West-Samoas direkt ins Gesicht. Für den ist Klimaschutz eine Frage des Überlebens.

Nachhaltige Entwicklung brauchen wir von Günter Rexrodt sicher nicht zu erwarten. Wir müssen dafür sorgen, daß sie stattfindet. Dies war auch die Botschaft der Menschen, die aus dem Süden angereist waren, um dafür zu kämpfen, daß endlich etwas passiert. Sie bauen auf das Engagement der Menschen in den Industrieländern, die nicht darauf vertrauen, daß sich im Handeln der PolitikerInnen und Wirtschaftsbosse von alleine etwas ändert. Daß hinter verschlossenen Türen die dikken Bretter internationaler Politik gebohrt werden, ist eine Sache. Doch nichts führt daran vorbei, daß wir die Veränderung von unten brauchen. Und den Druck, der die Herrschenden zum Handeln zwingt. ●

Rasmus Grobe, Redaktion Jugend & Umwelt

EUROPÄISCHE JUGEND-NETZWERKE

KLIMA

Die alternative Klimakonferenz »The Greenhouse Gathering«

Organisiert von den vier europäischen (Jugend-)Netzwerken im Bereich Umwelt und Entwicklung A SEED, EYFA, YEE und YDC fand vom 1. bis 8. April in Berlin-Hohenschönhausen die alternative Klimakonferenz »The Greenhouse Gathering« statt. Über 500 TeilnehmerInnen aus allen Ländern Europas, davon 200 aus Deutschland, dazu VertreterInnen aus allen Erdteilen trafen sich, um eine Woche nicht nur über Klima zu reden. Druck machen auf den offiziellen Gipfel mit Aktionen stand ganz oben auf der Tagesordnung.

Demo für 20% Kohlendioxid weniger vor dem ICC Berlin Foto: Wolfgang Borrs

Rasmus Grobe, Redaktion Jugend & Umwelt ● Gleich zu Beginn des offiziellen Klimagipfels baute das Vorbereitungsteam des Greenhouse Gathering zusammen mit Mitgliedern gewaltfreier Aktionsgruppen aus ganz Europa zwei Tore vor dem Internationalen Congress Centrum auf. Die Klimadelegierten sollten mit einem »klimatischen Hammelsprung« zeigen, wo sie stehen. Sie hatten die Möglichkeit, zu wählen zwischen »Ja. Ich unterstütze das AOSIS-Protokoll. 20% CO2-Reduktion« oder »Nein. Mir ist Klimaschutz egal«. Mit einer Straßenblockade in Kreuzberg machten 200 TeilnehmerInnen des Greenhouse Gathering auf den Klimakiller Verkehr aufmerksam. Einige junge Leute stürmten nach dem Beschluß des Berliner Mandats die Bühne und entrollten Transparente. Um die Welt gingen die Fernsehbilder von den Greenhouse-Gathering-TeilnehmerInnen, die mit einer stilisierten Dampfwalze vor dem ICC zeigen wollten, was eigentlich in der realen Politik passiert, während in den Konferenzräumen nur über Klimaschutz geredet wird.

Parallel zum Klimagipfel traf beispielsweise die EU-Kommission eine wichtige Vorentscheidung über das Europäische Straßenbauprogramm »Transeuropean Networks«. 12.000 neue Autobahnkilometer sollen gebaut werden. Prognostiziert werden bei Realisierung dieser Pläne 15 Prozent Zunahme der verkehrsbedingten CO2-Emissionen – zusätzlich zur ohnehin im Verkehrsbereich erwarteten Emissionssteigerung von 40%. Das steht im Widerspruch zum Ziel der EU, ihre CO2-Emissionen bis zum Jahr 2005 gegenüber 1990 zu stabilisieren. Schließlich veranstalteten 200 TeilnehmerInnen des Greenhouse Gathering am letzten Verhandlungstag des Klimagipfels eine Sitzblockade vor dem Eingang des ICC.

Auf dem Greenhouse Gathering wurden vor allem Themen diskutiert, die auf dem offziellen Gipfel zu kurz kamen. Gleichzeitig ging es dabei auch um unterschiedliche Ansätze von Veränderung. So stellte Prof. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker das Konzept der Ökologischen Steuerreform vor. Für das vertretene Spektrum war es in gewisser Weise etwas neues, sehr lange und konstruktiv über diesen doch sehr realpolitischen Ansatz zu diskutieren. Aber auch z.B. das Thema Lebensstil kam nicht zu kurz.

Der eigentliche Wert des Treffens lag aber im Austausch zwischen den AktivistInnen aus den verschiedenen Ländern. Zu hören, wie politische Arbeit z.B. in Bulgarien oder den Philippinen läuft, ist eine Bereicherung für das eigene Engagement. Nicht zu vergessen die vielen neuen Ideen, Kontakte und die unglaubliche Motivation, die das Greenhouse Gathering für die TeilnehmerInnen gebracht hat. Geblieben ist sicher auch das Bewußtsein, daß mehr denn je gilt: global denken – lokal handeln. ●

Anzeige

Politische Ökologie

Jetzt lesen!

Auf dem richtigen Gleis?

Die Reform des öffentlichen Nahverkehrs

Mit der Privatisierung der Bahn und der Regionalisierung des Nahverkehrs ab 1996 soll die große (Verkehrs-)Wende kommen.
Hält die Reform, was sie verspricht? Wie muß ein moderner öffentlicher Nahverkehr aussehen? Welche konkreten Handlungsmöglichkeiten haben Kommunen und Landkreise?

Jetzt für DM 14,80 überall in der Bahnhofspresse erhältlich oder direkt bestellen bei:
ökom GmbH
Waltherstr.29, Rgb.
80337 München
Tel.: 089/544 184-0
Fax: 089/544 184-99

KLIMAFORUM '95:

Die Rolle der Nichtregierungsorgansiationen

Der Klimagipfel war zugleich der Versuch, die Aktivitäten der Nichtregierungsorganisationen (NGOs) eng miteinander zu koordinieren. Auf internationaler Ebene steht dafür das Climate Action Network (CAN). In diesem internationalen Netzwerk ist ein breites Spektrum von NGOs miteinander vernetzt. Auf allen Kontinenten gibt es regionale Sektionen – in Europa das Climate Network Europe.

Foto: Mike Schröder/argus

Rasmus Grobe, Redaktion Jugend & Umwelt ● Für die nationale Ebene leistet diese Funktion das Forum Umwelt und Entwicklung, in dem alle Umwelt- und Entwicklungsorganisationen zusammengeschlossen und in thematischen Arbeitsgruppen miteinander vernetzt sind. Zum Klimagipfel kam eine Struktur dazu, die ein wichtige Funktion erfüllte: Das Klimaforum '95 wurde unter der Trägerschaft von Deutschem Naturschutzring und Grüner Liga gegründet, um allen NGOs die erforderliche Struktur zur Verfügung zu stellen. Konkret bedeutete dies ein Haus in Berlin-Mitte, wo direkt neben dem Haus der Demokratie auf drei Etagen eines vor dem Abriß stehenden ehemaligen Hotelgebäudes eine ganze Reihe von NGOs Büroräume gefunden hatten und sich untereinander koordinieren konnten.

Außerdem sorgte das Klimaforum für die Einrichtung eines Klimacafes für die interessierte Öffentlichkeit und organisierte die NGO-Infrastruktur während des Klimagipfels im ICC (Internationalen Congress Centrum). Hinzu kam die Koordinierung der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

Tatsächlich stand das Bemühen der Vernetzung und Koordinierung im Widerspruch mit dem Selbstdarstellungsbedürfnis einzelner Verbände und Personen. Die Fülle der Aktivitäten in Berlin machte es schließlich unmöglich, irgendwelche Schwerpunkte zu setzen. So gingen die meisten Veranstaltungen im allgemeinen Brei von Aktivitäten unter. Die Chance, die dabei vergeben wurde, war das akzentuierte Setzen eigener Forderungen, z.B. eine gemeinsame Ökosteuer-Kampagne. Was die Koordinierung der lobbyorientierten NGOs anbetrifft, ist besonders das Verhalten einzelner großer NGOs ärgerlich. So glänzte zum Beispiel der BUND durch Nichtanwesenheit am NGO-internen Abstimmungsprozeß und auch am Klimagipfel. Dies hinderte ihn jedoch nicht, jeweils zu Beginn und Ende der Klimaverhandlungen lautstark an die Presse zu treten – was ihm in anderen NGOs alles andere als Freunde machte.

Deutlich scheint zu werden, daß die Notwendigkeit zur Vernetzung und Zusammenarbeit bei einem so komplexen Thema wie Klima sehr deutlich geworden ist. Es sind Kontakte und Verbindungen entstanden, die die Grundlage für weitere Aktivitäten bieten. Wohin inhaltlich dabei der Weg führt scheint sich ebenfalls abzuzeichnen: das Thema der Zukunft lautet Nachhaltigkeit und Lebensstil. ●

AKTIONEN

15. Mai – internationaler Klimaaktionstag

Mit dem Klimagipfel ist das Thema Klima noch lange nicht abgegessen. Am 15. Mai werden auf der ganzen Welt Menschen mit Aktionen auf die Straße gehen und Maßnahmen im Klimaschutz einfordern. In Deutschland läuft der Aktionstag als Auftakt der Aktionswoche von Mobil ohne Auto. Die Jugendklimakampagne will damit zeigen, daß Klimaschutz nach dem Scheitern des Klimagipfels jetzt erst recht vor Ort konkret werden muß.

Konkrete Ziele und Forderungen für den 15. Mai und die weitere Arbeit sind:

25-30 % CO2-Reduktion bis zum Jahr 2005 (gegenüber 1987).

Diese Forderung entspricht dem offiziellen Ziel der Bundesregierung. Allein fehlt die Umsetzung dieses Ziels. Alle Maßnahmen der gegenwärtigen Politik deuten auf eine Erhöhung der Emissionen – keinesfalls auf eine Reduktion in dieser Größenordnung. Insofern bietet dieses Minderungsziel die Möglichkeit, die Regierenden auf ihre Versprechungen festzunageln.

Klimabündnis als Mittel für Klimaschutz von unten

Im Klimabündnis der Städte mit den indigenen Völkern Amazoniens haben sich über 350 Städte dazu verpfichtet, ihre CO2-Emissionen bis zum Jahr 2010 zu halbieren. Viele Kommunen sind Mitglied, nehmen diese Mitgliedschaft aber nicht ernst. Die Arbeit der Gruppen vor Ort soll darauf abzielen, die Kommunen auf ihre Selbstverpflichtung festzunageln. Ein Schritt zur Umsetzung eines solchen Reduktionszieles ist die Erstellung eines kommunalen Klimaschutzprogrammes, das die Einsparpotentiale in den verschiedenen Handlungsfeldern zu einem Aktionsplan zusammenfaßt.

Kommunen, die noch nicht beigetreten sind, sollen zur Mitgliedschaft im Klimabündnis bewegt werden. ●

Rasmus Grobe

LEBEN ERLEBEN

KLIMA

Jugendliche erproben neue Konsummuster

Die auf dem Berliner Klimagipfel in Vergessenheit geratene Agenda 21 erlebt durch das Engagement verschiedener Nichtregierungsorganisationen im Jugendbereich doch noch eine planmäßige Umsetzung. Der Arbeitskreis »Entwicklungshilfe für den Norden« (AK) der BUNDjugend, Naturschutzjugend und freier UmweltaktivistInnen veranstaltet dieses Jahr in Zusammenarbeit mit mehreren Lebensgemeinschaften 3 Workcamps.

Demonstration während des Klimagipfels gegen die Europäische Verkehrspolitik Foto: »The Climate is right for a chance«, Britta/Amsterdam

Kai Surendorf, Redaktion Jugend & Umwelt ● »Entwicklung nachhaltiger Konsummuster« war nicht nur ein Beschluß beim letzten Treffen der Vertragsstaaten während der UNCED-Konferenz in Rio. Die Veränderung der Verbrauchs- bzw. Lebensgewohnheiten ist auch der Antrieb der »Entwicklungshilfe« für Industriestaaten. Nach dem Motto »Leben erleben« will der AK einen Kontrapunkt zu der derzeit vor allem in der Freizeitgestaltung herrschenden Konsumorientierung setzen. Anstelle des »Reinziehens« von ausgearbeiteten Programmpunkten tritt hier eine ökologische und vor allem auch engagierte Alternative. Da viele der TeilnehmerInnen aus der Jugendumweltbewegung kommen, wird für sie die Frage nach einer menschen- und naturverträglichen Lebensweise nicht unwichtig sein. Deshalb sollen sie während des Workcamps einen Einblick in die Zielsetzung des Projektes bekommen und so zum Nachdenken über eine alternative Lebensführung angeregt werden.

Andererseits wird es nicht nur um das pure »Philosophieren« über unseren Lebensstil gehen, sondern es soll auch ganz konkret erfahren werden können, daß eine andere Lebensweise möglich ist. Die einwöchige Veranstaltung beinhaltet eine Art »Arbeitseinsatz« (Darum auch Workcamp!). Die Durchführung der Maßnahmen erfolgt ebenfalls mit den ProjektlerInnen, von Ihnen kommen die notwendigen Impulse/Ratschläge sowie die Vermittlung der Techniken. Es soll jedoch stets darauf geachtet werden, daß die Eigenständigkeit der Gruppe erhalten bleibt, so daß die vorhandene Herrschaftslosigkeit vermittelt, nicht etwa zerstört wird.

Natürlich sollen die Workcamps nicht einfach nur stattfinden. Auch ganz konkrete Aktivitäten zur Lebensweiseänderung in unserem Land können sich aus den einwöchigen Treffen entwickeln Höchste Priorität genießt das Kennenlernen der Projekte sowie der ressourcenschonenden Techniken. Die im Kapitel 4 der Agenda 21 geforderte Forschung nach einem umwelt- und entwicklungsverträglichen Lebensstil wurde nirgends in der Gesellschaft so verwirklicht wie in den alternativen Lebensgemeinschaften. Das dort gesammelte Know-how kann zentral zu einer Vorreiterrolle der Projekte beitragen. Wichtig ist hierbei die Verbreitung des vorhandenen Wissens in der Öffentlichkeit, sie wird unter anderem durch die Arbeit der TeilnehmerInnen in den Verbänden erreicht.

Desweiteren hat die Erfahrung der Jugendlichen, selbst etwas herstellen/aufbauen zu können im Gegensatz zu der oft nur theoretischen Arbeit in den Vereinen große Bedeutung. Die Fertigstellung eines konkreten Vorhabens des Projektes, das ohne Hilfe von außen evtl. gar nicht realisiert worden wäre, stellt einen günstigen Nebeneffekt dar.

Konkret geplant sind Workcamps mit folgenden Gemeinschaften:

- Ökodorf Projektzentrum in Groß Chüden. Inhalt dieses Workcamps ist die Erlernung von Lehmbau-Techniken. Die Lernwoche findet während den niedersächsischen Schulferien statt. Die Kosten betragen 50 DM.
- Ökumenische Lebens- und Aktionsgemeinschaft in Wustrow. Zum einen geht es wieder um Lehmbau, aber auch die Problematik von Gorleben soll nicht vergessen werden. Stattfinden wird es während den niedersächsischen Schulferien. Kostenpunkt: ebenfalls 50 DM.
- Projektwerkstatt Gießen. Die Projektwerkstatt Gießen soll sich von einem Büro zu einem »anders leben«-Projekt entwickeln. Während des Workcamps können die Teilnehmerinnen und Teilnehmer dabei hilfreich zur Seite stehen. Stattfinden wird es in den hessischen Sommerferien. Die Kösten sind noch nicht ganz geklärt.

Direkt im Anschluß an die Workcamps wird ein Auswertungsseminar unter Beteiligung aller Interessierten stattfinden Die gemachten Erfahrungen sollen eventuell zu einer Broschüre oder einem Reader verarbeitet werden. Außerdem erhofft sich der AK eine Stärkung seiner eigenen Struktur. ●

Ansprechpartner:
Kai Surendorf, Unterstr. 12, D-48455 Bad Bentheim
☎ (0 59 22) 42 01, Fax 22 59

Anzeige

Politische Ökologie

ERHALT DURCH VERÄNDERUNG

Die Perspektiven einer ökologischen und sozialen Umsteuerung
Hrsg. von UnternehmensGrün

Wir stehen nicht nur vor einer ökologischen, sondern auch vor einer sozialen Krise. Neben ökologischen Lösungen sind deshalb auch soziale Innovationen notwendig, wenn wir wirtschaftlich überleben und unser demokratisches System stützen wollen. Neben den grundsätzlichen Möglichkeiten einer Umsteuerung zeigen die Autoren an konkreten Beispielen aus der unternehmerischen Praxis, wohin die Reise gehen muß.

Tom Koenigs: Kommunalpolitik in Zeiten knapper Kassen · **Gustav Horn, DIW:** Gesamtwirtschaftliche Probleme und Chancen einer ökologisch orientierten Politik · **J. Tikart, Mettler-Toledo GmbH:** Selbstbestimmte Arbeitszeiten und absatzorientierte Produktion · **A. Fauth:** Chancen und Grenzen innovativer Arbeitszeitmodelle · **B. Weßling, Kessler & Co:** Kunststoff als Werkstoff der nachhaltigen Wirtschaft · **C. Razim, Mercedes-Benz AG:** Das Öko-Auto – Feigenblatt oder Zukunftslösung?
Diskussion mit V. Bruns, W. van Dieren, W.Kretschmann und R. Bach: Wieviel Ökologie verträgt die Demokratie?

UNTERNEHMENSGRÜN

Jetzt bestellen!

110 Seiten. DM 19,80 (zzgl. Versandkosten) zu bestellen bei: ● Politische Ökologie ● Waltherstr. 29, ● 80337 München, ● Tel. (089) 544 184-0, ● Fax (089) 544 184-99

KLIMABÜNDNIS NIEDERSÄCHSISCHER SCHULEN (KlinSch)

Klima auch in der Schule

An der Hauptschule West in Delmenhorst arbeiten SchülerInnen in einer Umwelt-Arbeitsgemeinschaft daran, den Energieverbrauch der Schule zu verringern. Mittels eines Computers soll die Raumtemperatur der Klassen nach Bedarf geregelt werden. Am Gymnasium in Sulingen befragt eine SchülerInnengruppe die BürgerInnen der Stadt zum Thema »Klimaschutz«. SchülerInnen und LehrerInnen an der Gesamtschule Sehnde bei Hannover luden den Präsidenten der kolumbianischen Indianerorganisation, Abadio Green Stocel, in Ihre Schule ein und bauen nun dauerhafte Kontakte nach Kolumbien auf. Gemeinsam ist allen drei Schulen, daß sie Mitglied im Klimabündnis niedersächsischer Schulen sind.

Peter von Rüden, Redaktion Jugend & Umwelt ● Die Idee des Klimabündnisses ist, daß Schulen eine Selbstverpflichtung unterschreiben, für den Schutz des Klimas aktiv zu werden. Das Klimabündnis stellt in Rundbriefen die Maßnahmen einzelner Schulen vor und macht sie öffentlich. Durch das Klimabündnis sollen sich Schulen gegenseitig zu neuen Maßnahmen anregen. Die Initiative wurde 1993 von LehrerInnen und SchülerInnen gemeinsam mit dem Jugendumweltnetzwerk Niedersachsen ins Leben gerufen. Die Anregung dazu wurde durch das Klimabündnis Europäischer Städte mit den Völkern des Regenwaldes gegeben; einen Zusammenschluß von 350 Städten, die sich zum Ziel gesetzt haben, bis 2010 ihre Kohlendioxidemissionen zu halbieren.

Zentrales Tätigkeitsfeld des Klimabündnis niedersächsischer Schulen ist, den Energieverbrauch zu verringern, damit wir überleben und den sogenannten »Dritte-Welt-Ländern« Entwicklungschancen lassen. Durch verbesserte Technologien und den verstärkten Einsatz von Sonne, Wind und Wasser als Energiequelle könnten wir unseren Energieverbrauch gewaltig mindern – auch an der Schule. Aber wie so oft, ist auch hier die Umsetzung einer guten und einfachen Idee in der Praxis langwierig und schwer. Denn alle technischen Errungenschaften sind wertlos ohne die Menschen, die bereit sind, Zeit, Geld und Kraft zu investieren und auch Einschränkungen in Kauf zu nehmen. Nur, wenn möglichst viele Menschen bereit sind, Verantwortung zu übernehmen und wirklich zu handeln, haben wir eine Chance, die Katastrophe abzuwenden und für uns und kommende Generationen die Zukunft zu gestalten. Schule kann einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten, denn sie bietet gleich drei Ansatzpunkte:

- In Arbeitsgemeinschaften, Projekten und fast allen Unterrichtsfächern kann das Thema Klima behandelt werden, z.B. kann im Physikunterricht der Energieverbrauch der Schule untersucht werden, im Sozialkundeunterricht die kommunale Klimapolitik oder im Deutschunterricht die Berichterstattung der Medien.
- Schulen als Gebäude nehmen oft eine traurige Spitzenstellung im Energieverbrauch ein. Eine schrittweise Sanierung von Schulen ist deshalb ein großer Schritt zum Klimaschutz.
- Viele Gemeinden und Städte sind mittlerweile im Klimabündnis europäischer Städte. Eine Schule als Teil der Gemeinde kann auf den Beitritt hinwirken.

KlinSch soll schulischen Klimaaktivitäten einen Rahmen geben. KlinSch sammelt Adressen und Literaturtips. Eine bundesweite Ausdehnung ist angestrebt. ●

KlinSch, Jugendumweltbüro, Goebenstraße 3a, D-30161 Hannover
Tel. (05 51) 394 0415, Fax 62 31 51
Eine ähnliche Initiative gibt es für Berlin und Brandenburg:
Jugendumweltladen, Jagowstr. 12, D-10555 Berlin
Tel. (0 30) 392 82 80

MATERIALIEN

Aktuelle Materialien der Jugendklimakampagne

* **Klimaaktionsbuch**
Die gemeinsam mit der Projektstelle Umwelt & Entwicklung herausgegebene Broschüre enthält neben einer inhaltlichen Einführung in die Klimaproblematik eine ausführliche Darstellung der Themenbereiche (Energie, Verkehr, Landwirtschaft, Regenwald und Dritte Welt, Lebensstil) und Handlungsbereiche (Schule, Betrieb, Hochschule, Kommune). Zu jedem dieser Bereiche werden eine Fülle von Aktionsmöglichkeiten vorgstellt. Ein Leitfaden für Öffentlichkeitsarbeit und ein Adressen- und Literaturverzeichnis ergänzen die Publikation (68 S.)

* **Reader »Naturwissenschaftliche Grundlagen von Klimaveränderungen und Analyse der politischen Handlungsebenen«**
Die umfangreiche Publikation, die ebenfalls gemeinsam mit der Projektstelle Umwelt & Entwicklung herausgegeben wurde, ist das Ergebnis einer Studienarbeit am Fachbereich Umwelttechnik der TU Berlin. In bisher wohl einmaliger Form beleuchtet die Studie einerseits die naturwissenschaftlichen Aspekte von Klimaveränderungen. Andererseits werden aus politikwissenschaftlicher Sicht die internationale, nationale, kommunale Ebene von Klimapolitik und aus soziologischer Sicht die persönliche Handlungsebene betrachtet.

* **Aktionspaket 15. Mai**
darin enthalten: Aktionstips und Argumentationshilfen für kommunale Klimaaktionen mit Schwerpunkt Klimabündnis, Liste der aktuellsten Publikationen über kommunalen Klimaschutz, Musterpresseerklärungen, Forderungskataloge...

* **CO2-Sparbuch**
Mit dem CO2-Sparnuch kann jedeR seine/ihre persönliche CO2-Bilanz für ein ganzes Jahr erstellen und am Ende des Jahres feststellen, wodurch er/sie wieviel CO2 gespart hat. ●

Alles erhältlich im Jugendklimabüro, Postfach 65, D-10001 Berlin, Tel. (0 30) 20 22 03-60

Rasmus Grobe

Buch und Film zum AufTakt-Umweltfestival mit Sternradtouren

1993 fand das Umweltfestival in Magdeburg mit europaweiten Sternradtouren statt. Das Buch wertet auf 300 Seiten die Erfahrungen von AufTakt für die Arbeit in selbstbestimmten Projekten und Initiativen aus. Inhalte sind der gesellschaftspolitische Projekt-Hintergrund, Erfahrungen und Tips zur selbstbestimmten Projektarbeit, ausführliche Informationen zur umweltfreundlichen Durchführung von Veranstaltungen und »Werkzeuge«: Finanzierung, Pressearbeit, Organisatorisches zu Festival und Radtouren, Adressen und Literatur.

Der 50 minütige und 2-teilige Film veranschaulicht die Inhalte und die Durchführung von AufTakt und ist für Umweltveranstaltungen und auch für den Unterricht/Bildungsangebote geeignet. (1.Teil: Sternradtouren/Verkehr, 2.Teil: Festival/Perspektiven der Umweltarbeit) Das Buch kann für 10.- und der Film für 25.- Unkostenerstattung bestellt werden bei:
MaterialAuswahlUmweltSchutz (MAUS), Postfach 1818, D-36228 Bad Hersfeld

Kerstin Nolte

IG FARBEN UND AUSCHWITZ

Profitable Vernichtung

Im April 1941 begann der IG-Farben-Konzern, ein Zusammenschluß von BASF, BAYER, HOECHST und anderen Unternehmen, mit dem Bau eines Werkes (BUNA II) in unmittelbarer Nähe von Auschwitz. Später entstand ein »betriebseigenes« Konzentrationslager (Monowitz), in dem unzählige Zwangsarbeiter »durch Arbeit vernichtet« worden sind. Heute, 50 Jahre nach der Befreiung von Auschwitz durch die Rote Armee, fordern Vertreter der Kampagne »Nie Wieder« die Entschädigung der Zwangsarbeiter. Denn nach wie vor weigern sich die formal entflochtenen Nachfolgefirmen des Chemiekartells (BASF, BAYER, HOECHST u.a.) sowie die noch immer bestehende IG FARBEN IN AUFLÖSUNG AG, den Zwangsarbeitern und deren Hinterbliebenen eine Entschädigung zu zahlen.

Kampagnenbüro »Nie Wieder!«, Düsseldorf ● Nach dem Überfall auf Polen hatte sich die IG FARBEN entschlossen, in Auschwitz ein viertes BUNA-Werk zu bauen, um den Bedarf der Wehrmacht an synthetischen Kautschuk zu decken. Im April 1941 begann man mit dem Bau eines BUNA-Werkes in der Nähe des Konzentrationslagers Auschwitz, damals ein kleines Städtchen mit 13.000 EinwohnerInnen. Später entstand das »betriebseigene« KZ Monowitz auf dem Werksgelände, in dem Menschen auf bestialische Weise »durch Arbeit vernichtet« wurden. Die IG FARBEN finanzierte den Ausbau des KZ, sicherte den Bau von Häftlingsbaracken und sorgte dafür, daß die Gestapo gut untergebracht wurde und vergaß auch nicht die Arrestzellen für die Arbeitssklaven. Eine Aktennotiz vom Dezember 1941 bestätigt, daß die IG FARBEN zum Ausbau des KZ 2 Millionen Reichsmark zur Verfügung gestellt hatte.

Als Gegenleistung erhielt die IG FARBEN die jeweils gewünschte Zahl von Häftlingen zum Bau des BUNA-Werkes. Im April 1941 konnte mit dem Bau des Viermilliarden-Projektes begonnen werden. Der SS wurden für einen Facharbeiter 4 Reichsmark, für einen Hilfsarbeiter 3 Reichsmark pro Tag bezahlt: Ein Vorzugspreis! Dafür arbeiteten die Häftlinge im Sommer 10 bis 11, im Winter 9 Stunden. Laut Aussage des Chefs des Wirtschaftsverwaltungshauptamtes, Pohl – ihm unterstand die gesamte Versorgung und Inspektion der Konzentrationslager – wurde der IG FARBEN »auf Veranlassung des Reichsführers SS Priorität in dem Arbeitseinsatz für Häftlinge für das »Werk BUNA« eingeräumt. Alle Dienststellen waren also angewiesen, das Bauvorhaben auf jede erdenkliche Art und Weise zu fördern.

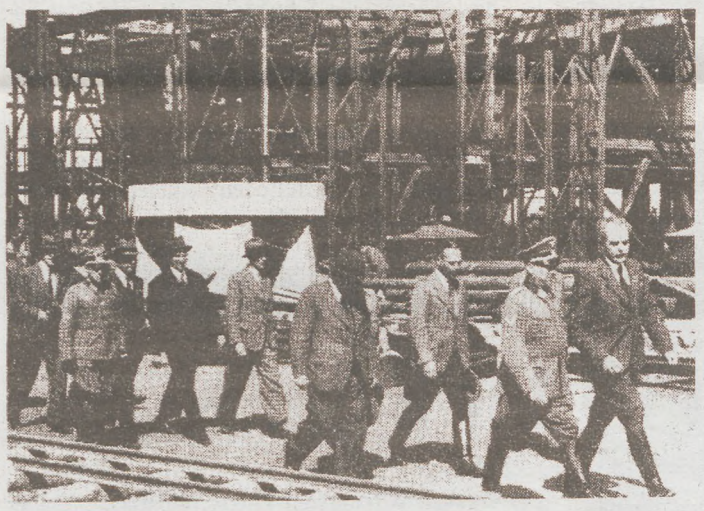
Die Zusammenarbeit mit der SS klappte bis auf nebensächliche Querelen um die »Häftlingsverleihgebühr« reibungslos. So konnte das verantwortliche Vorstandsmitglied für das IG FARBEN-Werk Auschwitz, Dr. Ambros, am 12. April 1941 zufrieden an seine Kompagnons in Ludwigshafen telegrafieren: »Und außerdem wirkt sich unsere neue Freundschaft mit der SS sehr segensreich aus. Anläßlich eines Abendessens, das uns die Leitung des KZ gab, haben wir weiterhin alle Maßnahmen des KZ festgelegt, welche die Einschaltung des wirklich hervorragenden Betriebs des KZ-Lagers zugunsten der BUNA-Werke betreffen.«

Segensreich für die IG FARBEN, tödlich für die Häftlinge! Von Anbeginn waren die Herren der Werksleitung mit den Arbeitsleistungen der KZ-Insassen unzufrieden. Max Faust, stellvertretender Betriebsführer des Auschwitzer Werks, nannte die Mittel, die die IG FARBEN anzuwenden gewillt war: »Nach unseren bisherigen Erfahrungen fruchtet bei diesen Menschen nur Brachialgewalt.« Wer also nicht arbeitete, wie die Ehrenmänner der IG Farben es wünschten, auf den warteten Gestapo und SS. Das aber war nur der Anfang.

17.4.1995: Aktion der Kampagne »Nie wieder!«, Osterspaziergang und Kundgebung vor dem Industrie-Club im Steigenberger Parkhotel Düsseldorf

WERKSEIGENE KZ

Der tägliche Fußmarsch der Häftlinge vom KZ zum Werk und zurück waren der IG FARBEN zuviel, da ihr hierdurch Arbeitszeit und Arbeitskraft verloren gingen. Sie drängte auf Errichtung eines KZ auf dem Werksgelände; das wurde bewilligt, und das IG FARBEN-eigene KZ Monowitz entstand. Es sollte »die Leistung steigern« (Dürrfeld unter Eid). Die Zustände in diesem KZ schilderte Arnest Tauber, ein ehemaliger Häftling der IG FARBEN-Stätte in einer Erklärung unter Eid: »... In Monowitz schliefen auf einem Block in der Regel 400 Häftlinge. Der Block war für 162 Häftlinge eingerichtet. 1943 schliefen bis 3 Mann in einem Bett. ... Verantwortlich für die Unterbringung war die IG FARBEN. Anfang 1943 übernahm die IG FARBEN die Verpflegung des Lagers Monowitz. Das Essen war nur in den ersten Tagen der Übernahme etwas besser. Im allgemeinen war es ungenügend und hatte überhaupt keinen Fettgehalt. Es bestand aus 1 Liter Wassersuppe, gekocht von ungeschälten Kartoffeln und anderem der Gesundheit nicht zuträglichem Inhalt, so daß infolge der Verpflegung im Lager Monowitz Bauchtyphus auftrat. Morgens gab es nur Kaffee, abends 375g Brot und eine Zulage von 8g Margarine. An manchen Tagen gab es das doppelte Quantum Margarine. Diese Verpflegung war bei der verlangten Arbeit im IG-BUNA-Werk zum Leben vollkommen unzureichend. Viele Häftlinge starben an den Folgen von Unterernährung und schlechter Bekleidung. Das Gewicht einiger Mithäftlinge ging in IG-Auschwitz auf 35 bis 44kg herunter. Das durchschnittliche Gewicht lag um 55kg. Dürrfeld, der Betriebsleiter der IG FARBEN Auschwitz, war über die schlechte Verpflegung vollkommen unterrichtet. Er kostete die Suppe einmal im Frühjahr 1943 in meiner Gegenwart. Er lobt die Suppe und ich fragte ihn, ob er das im Ernst meint, worauf er sagte: »Nun, sie ist verbesserungsfähig.« ... Es gab im Winter kaum ein Kommando, auf dem nicht täglich Erfrierungen vorkamen. An einem schweren Wintertage waren 30 Tote nichts Außergewöhnliches. Die Toten mußten an den Gebäuden der IG-Werksleitung vorbeigetragen werden. Es war ausgeschlossen, daß Dürrfeld es nicht gesehen hat. Die IG Farben wußte nicht nur über die vorgekommenen Grausamkeiten, sondern beteiligte sich selber dran. Er sah persönlich, wie Oberingenieur Faust mehrere Häftlinge mit dem Knüppel geschlagen hat.«


1942: Werksleiter Dürrfeld führt den Staatssekretär Görings, Körner, der für den Vierjahresplan verantwortlich ist, über die Baustelle des IG Farben-Werkes Auschwitz

Es ist kaum verwunderlich, daß die Häftlinge die geforderten Arbeitsleistungen nicht bringen konnten. Zur Durchsetzung der »Arbeitsdisziplin« vereinbarte die IG FARBEN mit der SS, daß Berufsverbrecher aus ganz Deutschland als Kapos und Meister in Monowitz eingesetzt werden sollten. Die Gestapo wurde Ende 1943 von der IG FARBEN sogar gerügt, weil sie »Arbeitsbummelanten« zu lasch anfasse. Die Gestapo habe wohl »nicht erkannt, um was es geht«. Für besonders »hartnäckige« ließ die IG FARBEN zusätzlich sogenannte »Erziehungslager«, sprich Straflager einrichten. »Half« auch das noch nicht, drohte Einweisung ins KZ Auschwitz. Dort erwartete die Betroffenen Folter und Tod, z.B. durch die Bogenschaukel: »Dem Häftling wurden die gefesselten Hände über die Knie gezogen, zwischen den Armen und Kniebeugen wurde eine Stange durchgezogen, an der er wie an einem Reck aufgehängt wurde. Peitschenschläge brachten den Häftling zum Schaukeln. Wer diese Folter lebend überstand, dem waren die Hände abgescheuert, das Gesäß in Fetzen, das Gesicht voll Blut.«

Hatten die KZ bis zum Beginn des Krieges hauptsächlich die Funktion, politische Gegner zu isolieren und zu liquidieren, so waren sie nun zu einem »unerschöpflichen« Arbeitskräftereservoir der Konzerne geworden, von diesen mit allen Mitteln gefördert. In einem Brief an Himmler wies der Chef des Wirtschaftsverwaltungshauptamtes, Pohl, darauf hin, daß »der Krieg eine sichtbare Strukturänderung der KZ gebracht und die Aufgabe hinsichtlich des Häftlingseinsatzes grundlegend geändert hat. Das Schwergewicht hat sich nach der wirtschaftlichen Seite hin verlagert«. So hatte das KZ Auschwitz neben anderen Firmen 5 Werke der IG FARBEN mit Häftlingen zu versorgen. Das IG FARBEN-eigene KZ Monowitz war zu einem Zentrallager für weitere 28 Außenlager geworden. Anfang 1942 entstand das dritte große Auschwitzer KZ Birkenau, ein reines Vernichtungslager. Nicht arbeitsfähige Häftlinge wurden dort »sonderbehandelt« (SS-Jargon), d.h.: vergast.

Das Vorstandsmitglied der IG FARBEN, Schneider, wies Mitte 1943 nochmals auf die Behandlung hin, die Zwangsarbeiter und Häftlinge zu erdulden hatten: »An die Betriebsführer, Betriebsobmänner und Unterführer in den Betrieben. Oberster Grundsatz bleibt es, aus den Kriegsgefangenen soviel Arbeitsleistung herauszuholen, als nur irgend möglich. Alle diese Menschen müssen so ernährt, untergebracht und behandelt werden, daß sie bei denkbar sparsamsten Aufwand die größtmögliche Leistung vollbringen.« Solche Art der Behandlung führte zu einer Lebenserwartung im IG FARBEN-Werk von nicht ganz neun Monaten! Gegenüber einem polnischen Schlossermeister legte die IG FARBEN-Werksleitung ihre Todesphilosophie dar: Die Häftlinge seien »Werkzeuge, mit denen gearbeitet werden müsse, bis sie kaputt seien. Wenn sie kaputt seien, gäbe es neue Werkzeuge.«

Tod durch IG FARBEN-Arbeit oder Tod durch IG FARBEN-Gas, das war die Alternative der Auschwitzer KZ-Insassen. Wer im IG FARBEN-Werk »schlappmachte«, wurde von der SS in die Gaskammer getrieben. Der Tod kam durch das Giftgas ZYKLON B, entwikkelt in den IG FARBEN-Laboratorien.

Verkündung des Vierjahresplanes auf dem Parteitag der NSDAP im September 1936

MEDIZINISCHE EXPERIMENTE

Das Geschäft der IG FARBEN mit dem Tod umfaßte auch medizinische Experimente. Um langwierige und kostspielige pharmakologische Untersuchungen zu sparen, wurden in Entwicklung befindliche Medikamente an Häftlingen ausprobiert. Zu diesem Zweck wurden z.B. Versuchspersonen Viren von Typhus und Ruhr eingeimpft – ohne Kenntnis der Wirkung. Im Auftrag der IG FARBEN führte Hauptsturmführer Dr. Vetter diese Experimente durch, mit dem Tod im Medikamentenkoffer von KZ zu KZ reisend. Vorstandsmitglied Ter Meer, der später bei BAYER wieder im Aufsichtsrat saß, sagte im IG FARBEN-Prozeß dazu, daß »diesen KZ-Häftlingen dadurch kein besonderes Leid zugeführt worden« wäre, »da man sie ohnehin getötet hätte«.

Ein Briefwechsel zwischen IG FARBEN und dem KZ Auschwitz dokumentiert die Grausamkeit der Versuche an Menschen: »Im Hinblick auf Experimente mit einem neuen Schlafmittel wären wir Ihnen dankbar, wen Sie eine Anzahl von Frauen besorgen wollten. ... Wir erhielten Ihre Antwort, sehen jedoch den Preis von 200 Mark pro Frau als übersetzt an. ...

Fortsetzung nächste Seite

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Statt dessen nahmen sie ihre Posten in den alten IG Farben-Firmen und anderswo wieder auf und einige wurden sogar mit Orden der neuen Bundesrepublik ausgezeichnet. Der Verurteilte IG Farben-Chef Fritz ter Meer z.B. war bereits 1956 wieder Vorsitzender des Aufsichtsrats bei Bayer.

Die IG Farben Nachfolger stellen (wie andere verstrickte Konzerne und Banken ebenfalls) ihre Geschichte von etwa 1925 bis 1952 im Hinblick auf die Verbrechen der Nazizeit lückenhaft, irreführend und/oder verharmlosend dar: Bayer -die ehemalige IG Farben-Schwester Agfa gehört heute zum Konzern – schreibt z.B. in ihren »Meilensteinen«, die anläßlich des 125-jährigen Konzernjubiläums 1988 erschienen, zur »Verstrickung« der IG Farben in den Naziterror (dieses Wort kommt natürlich nicht vor): »Man sah ... (die Verstrickung) als Folge einer Zwangslage, in der die meisten nicht anders gehandelt hätten und gehandelt haben.« Die BASF bewies noch 1991 ihr mangelndes Schuldbewußtsein, indem sie »aus Versehen« die letzten erhaltenen Überreste, Baracken, Gaskammern und Krematorien des ehemaligen IG-Farben-KZs Schwarzheide planierte.

UND HEUTE?

Seien wir uns deshalb anläßlich des Gedenkjahrs 1995 stets bewußt: Jede der IG Farben-Firmen BASF, Bayer und Hoechst ist heute um ein vielfaches mächtiger und gigantischer als die IG Farben seinerzeit. Diese drei Konzerne handeln trotz der formalen Auflösung der alten IG Farben in informeller Verbundenheit auf der Grundlage gemeinsamer Profitinteressen absolut homogen. Dafür stehen u.a. die Vermeidung jeder existenzgefährdenden Konkurrenz ebenso wie die Kontinuität beim gemeinsamen Besitz der IG Farben-Werke im Ausland und die Teilung von Führungspositionen in nationalen und internationalen Chemie-Gremien in einvernehmlichem Wechsel.

Die Profitgier der großen deutschen Konzerne und Banken hat bereits zweimal innerhalb eines Jahrhunderts dazu beigetragen, die Welt in Schutt und Asche zu legen. Die IG Farben hatte wesentlichen Anteil daran. Ohne Aufarbeitung der Vergangenheit besteht jederzeit die Gefahr einer Wiederholung. ●

FORTSETZUNG VON SEITE 10

... Wir schlagen Ihnen einen Preis von höchstens 170 Mark pro Frau vor. ... Die bestellten 150 Frauen erhalten. Trotz ihrem kümmerlichen Gesundheitszustand werden sie als genügend erachtet. ... Die Versuche sind vorgenommen worden. Alle Versuchsobjekte sind gestorben. Wir werden Sie in Kürze betreffend einer neuen Lieferung benachrichtigen. ...«

Ein Überlebender berichtete nach dem Krieg über die Zustände im Lager: »Die BAYER-Fabriken schickten ein Medikament in Ampullen ohne irgendwelche Bezeichnung. Man gab den Tuberkulösen entsprechende Spritzen. (...) Man wartete auf ihren Tod, der sehr rasch eintrat. (...) 150 jüdische Frauen, die von BAYER der Lagerverwaltung von Auschwitz abgekauft worden waren, wurden in einen Frauenblock außerhalb des Lagers gelegt und dienten Experimenten mit unbekannten Hormonpräparaten. (...) Ein deutsches Institut verlangte, daß Versuche mit einschläferndem anästhesierendem EVIPAN in Form von intravenösen Spritzen gemacht wurden, und zwar im Lager BUNA.«

Als im Januar 1945 die Rote Armee Auschwitz befreite, waren in Monowitz 120.000, zusammen mit dessen Nebenlagern 370.000 (1) Menschen umgekommen. Ungezählt die durch »Arbeit vernichteten« Häftlinge der IG FARBEN-Werke in den Außenlagern der KZ Stutthof, Sachsenhausen, Buchenwald, Flossenburg und Mauthausen. Ungezählt die Häftlinge anderer KZ, die für die IG FARBEN arbeiten mußten. Ungezählt die Millionen Toten, die durch das IG FARBEN-Vergasungsgift ZYKLON B und die anderen von der IG FARBEN hergestellten Vernichtungswaffen starben. Ihr Blut klebt unmittelbar am 6 Milliarden Kriegsgewinn der IG FARBEN.

NÜRNBERG: DER HALBHERZIGE PROZESS

Die Weltöffentlichkeit verlangte die härteste Verurteilung der faschistischen Kriegsverbrecher. Die Alliierten leiteten die Prozesse gegen die Führer des deutschen Finanzkapitals ein. Aber in amerikanischen Regierungs- und Finanzkreisen war man keineswegs froh darüber. In einer geheimen Denkschrift vom 7. Oktober 1946 erläuterte der amerikanische Ankläger im Hauptkriegsverbrecherprozeß, Robert H. Jackson, warum die Prozesse seiner Meinung nach unzweckmäßig waren: »Ich bin gegen derartige weitere Prozesse und kann sie der Regierung der USA nicht empfehlen. Von unserem amerikanischen Standpunkt aus bringt ein solcher Prozeß gegen die Industriellen nur sehr wenig Nutzen; das Risiko hingegen, das wir mit ihm laufen, kann ungeheuer groß werden. Ich hege die Befürchtung, daß eine sich über lange Zeit erstreckende Attacke gegen die Privatindustrie – und zu einer solchen würde es im Verlaufe eines solchen Prozesses kommen – den Industriekartellen den Mut nehmen könnte, weiterhin mit unserer Regierung im Rahmen der Rüstungsmaßnahmen, die im Interesse unserer zukünftigen Verteidigung getroffen werden müssen, zusammenzuarbeiten.«

Am 15. Mai 1947 wurden die Direktoren und Mitarbeiter der IG FARBEN vom Militärgericht VI der USA aufgrund des Kontrollratsgesetzes Nr. 10 beschuldigt,

- durch Planung, Vorbereitung, Einführung und Durchführung von Angriffskriegen und Invasion gegen andere Länder Verbrechen gegen den Frieden begangen zu haben,
- an der Ausraubung von öffentlichem und privatem Eigentum in von Deutschland besetzten Ländern beteiligt gewesen zu sein,
- an der Versklavung der Zivilbevölkerung in von Deutschland besetzten Gebieten und der Einziehung von Zivilisten zu Zwangsarbeit mitgewirkt und an der Versklavung von KZ-Insassen innerhalb Deutschlands teilgenommen zu haben. Die Angeklagten wurden der Mißhandlung, Einschüchterung, Folterung und Ermordung beschuldigt.

Die Anklageschrift gegen die 24 IG FARBEN-Direktoren war gründlich. Die schwersten Strafen schienen sicher. Auf der US-Seite hatte der Leiter des Senatsuntersuchungsausschusses, Senator Kilgore, Ende 1945 eindeutig festgestellt: »Es ist nicht wahr, daß die deutschen Großindustriellen erst im letzten Augenblick und halb gezwungen sich dem Nationalsozialismus angeschlossen haben. Sie waren von Anfang an seine begeisterten Förderer. Die Unterstützung seitens der deutschen Schwerindustrie und Hochfinanz ermöglichte den Nationalsozialisten die Machtergreifung. Die Umstellung der deutschen Wirtschaft auf die Kriegswirtschaft und die fieberhafte Rüstung zum Angriffskrieg erfolgte unter der unmittelbaren Leitung der deutschen Industriellen.«

Als aber am 27. August 1947 die Verhandlungen in Nürnberg eröffnet wurden, begann eine 11-monatige Justizkomödie von amerikanischem Format. Ausgerechnet Howard C. Peterson sollte die Richter für die Aburteilung der IG FARBEN-Direktoren auswählen. Peterson jedoch war ehemaliger Teilhaber der New Yorker Anwaltsfirma Cravath, Gersdorff, Swain & Wood, die vor und nach dem Krieg die Interessen der IG FARBEN in den USA vertrat. Der Prozeßausgang war vorprogrammiert. Ein Beamter der alliierten Kontrollkommission fragte: »Wie können wir die deutschen Industriellen für etwas bestrafen, was wir an ihrer Stelle auch getan hätten?«

Am 30. Juni 1948 nahmen die Angeklagten ihr »Urteil« entgegen: 11 von ihnen wurden freigesprochen, 6 erhielten Gefängnisstrafen von 1 1/2 bis 3 Jahren, der spätere BAYER-Aufsichtsratsvorsitzende Ter Meer bekam 7 Jahre, Ambros und Dürrfeld bekamen 8 Jahre Gefängnis. Ein Strafmaß, das eine Verhöhnung der Völker Europas und den Millionen Nazi-Opfern darstellte. Hinzu kommt, daß die Verurteilten schon bald vorzeitig aus der Haft entlassen wurden und zum Teil nahtlos in den formal entflochtenen Nachfolgeunternehmen des IG FARBEN-Kartells übernommen wurden. So ging es mit den IG FARBEN-Kriegsverbrechern in der jungen Nachkriegsrepublik unter Adenauer rasch wieder aufwärts. Damals wie heute bestimmen die führenden Männer der Großindustrie die Politik dieses Landes und die Geschicke der Welt. Während die FARBEN-Nachfolger BAYER, HOECHST und BASF zwei Weltkriege nahezu unbeschadet überstanden haben und heute mächtiger denn je dastehen, müssen die Opfer von Ausbeutung, Folter und Zwangsarbeit noch immer auf eine Entschädigung warten. ●

(1)Quelle: Schreiber, IG FARBEN Die unschuldigen Kriegsplaner, Essen 1978

MATERIAL ZUM THEMA:

- Flugblatt »Die Blutspur führt nach Leverkusen« 10 Stück: 2,– DM
- Erklärung »50 Jahre Kriegsende. 50 Jahre Befreiung des KZ Auschwitz. Die Verantwortung der IG Farben.« 10 Stück: 2,– DM
- Stichwort Bayer Extra »Die Blutspur führt nach Leverkusen«, ca. 20 Seiten, 10,– DM
- Reader »Von Anilin bis Zyklon B«, ca. 160 Seiten, 15,– DM
- Buch »IG Farben – Die unschuldigen Kriegsplaner«, 242 Seiten, 24,80 DM
- Infomappe 1 »IG Farben i.A. 1955-1990«, 10,–
- Infomappe 2 »IG Farben i.A. 1990-1995«, 30,– DM
- Video IG Farben i.A., VHS, ca. 15 Min., 35,– DM
- drei (Protest)-Plakate IG Farben, auch geeignet für Sandwiches etc., DIN A2, zusammen 20,– DM

Bestellungen:
»Nie wieder!«, c/o Axel Köhler-Schnura, Postfach 15 04 18, D-40081 Düsseldorf ●

Anzeige

junge Welt Diese Zeit braucht diese Tageszeitung
Und diese Zeitung braucht Eure Hilfe
Ein Soliabo kostet insgesamt 90 DM.
Bestellung an das jw-Aktionsbüro, Am Treptowerpark 28-30, 12435 Berlin oder über
Fax-Nr. (030)68834343
Info & Aktion (030) 68834334
Spendenkonto jw MitarbeiterInnenverein:
BLZ 10010010, Kto. 598514-108

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

ZEUGENAUSSAGEN BEIM NÜRNBERGER PROZESS

Durch die Aussagen früherer Auschwitz-Häftlinge zeichnete die Anklage ein lebendiges Bild der Zustände in Auschwitz und Monowitz. Eine typische Aussage kam von Robert Elia Waitz, Professor an der Universität Straßburg. Waitz war nicht nur ehemaliger Häftling, sondern auch ein international anerkannter Mediziner. Er hatte im Krankenrevier von Monowitz gearbeitet und war wegen seiner Bekanntheit und seines Könnens ein bedeutender Zeuge.

»Ich fand bald heraus, daß Monowitz ein Vernichtungslager war. Durch die miserablen Lebensbedingungen wurden die Gefangenen einem langsamen psychischen und physischen Zerfall ausgesetzt, der schließlich in der Gaskammer endete. Das Ziel war deutlich: Die totale Entmenschlichung und schließliche Zerstörung der Gefangenen, die in der Fabrik der I.G. in Auschwitz eingesetzt waren. Ich hörte wie ein SS-Offizier in Monowitz zu den Häftlingen sagte: 'Ihr seid alle zum Tode verurteilt, die Ausführung des Urteils wird sich nur etwas hinziehen.' Bis zu diesem Zeitpunkt wollten die I.G. und die SS gemeinsam die Häftlinge ausbeuten, bis nichts mehr aus ihnen herauszuholen war.«

Zeuge Rudolf Vitek, ebenfalls ehemaliger Häftling und Arzt, gab folgende Beschreibung: »Die Häftlinge wurden von den Kapos sowie von den Vorarbeitern und Aufsehern der I.G. in unmenschlicher Art und Weise zur Arbeit angetrieben. Es gab keine Gnade. Prügel, Mißhandlungen der schlimmsten Art und sogar direkte Tötungen waren an der Tagesordnung. Das mörderische Arbeitstempo führte zum Tod vieler Häftlinge, die während der Arbeit plötzlich zusammenbrachen, blau anliefen, nach Luft schnappten und wie Vieh verendeten ... Es kam oft vor, daß Arbeitsgruppen von 400 bis 500 Leuten am Abend fünf bis zwanzig Leichen mit sich zurückbrachten. Die Toten wurden zum Appellplatz getragen und als 'anwesend' gezählt.«

Ein tschechoslowakischer Lagerhäftling beschwor: »Die Direktoren der I.G. Farben wußten von den Selektionen ... Die Angestellten der I.G. Farben waren indirekt für die Sektionen verantwortlich ... Die Meister beschwerten sich bei der Geschäftsleitung ... von dort wurden die Beschwerden an Dr. Dürrfeld geleitet und von ihm zur SS. Der für Arbeitszuweisung verantwortliche Offizier der SS kam am frühen Morgen nach Monowitz, wenn die Trupps zur Arbeit marschierten, und stellte sich neben dem Tor auf, um die Leute herauszususchen, von denen man glaubte, daß sie krank und schwach seien. Diese Leute wurden sofort in die Gaskammern geschickt. Diese schriftlichen Beschwerden kamen von der I.G. Ich habe selbst solche Beschwerden gesehen.« ●

Aus: »Die unheilige Allianz der I.G. Farben – Eine Interessengemeinschaft im Dritten Reich«, von Joseph Borkin, Campus-Verlag, ISBN 3-593-34251-0

DIE KAMPAGNE

Die Kampagne »Nie Wieder« vereint die KritikerInnen der IG FARBEN-Nachfolger und die Organisationen der Opfer und ihrer Hinterbliebenen. Der Trägerkreis der Kampagne fordert:

- Die für die IG FARBEN-Verbrechen verantwortlichen Hintermänner aus der Wirtschaft müssen öffentlich benannt werden. Die IG FARBEN-Firmen BASF, BAYER und HOECHST und die immer noch existierende IG FARBEN i.A. müssen anläßlich dieses Gedenkjahres mit ihrer Schuld konfrontiert werden.
- Die IG FARBEN-Zwangsarbeiter und ihre Hinterbliebenen müssen endlich entschädigt werden, auch durch die Nachfolgefirmen BASF, BAYER und HOECHST.
- Die Nachfolgefirmen müssen die Finanzierung und den Erhalt der IG FARBEN betreffenden Gedenkstätte Auschwitz und Schwarzheide sicherstellen.
- Die IG FARBEN-Nachfolger müssen endlich den freien Zugang zu ihren Archiven gewähren.
- Die IG FARBEN i.A. muß sofort aufgelöst, der Handel mit diesen »Blut-Aktien« muß sofort unterbunden werden.
- Pensionszahlungen an ehemalige IG FARBEN-Verantwortliche müssen sofort eingestellt werden.

Die Forderungen werden von den Mitgliedern des Trägerkreises auf allen Hauptversammlungen der IG FARBEN-Nachfolgefirmen, sowie der IG FARBEN i.L. vertreten. Außerdem werden in allen teilen Deutschlands Aktionen stattfinden.

Initiiert wurde die Kampagne »Nie wieder!« von den folgenden Organisationen: Aktion alternative BASF Aktionäre (AABA), Hans Frankenthal (Auschwitz Komitee), Bundesverband Information und Beratung für NS-Verfolgte, Coordination gegen BAYER-Gefahren, Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre, Höchster Schnüffler un' Maagucker, Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN), Landesvertretung Niedersachsen, Verein zur Erforschung der nationalsozialistischen Verfolgung von Zwangsarbeitern durch IG FARBEN in Auschwitz, Interessengemeinschaft ehemaliger Zwangsarbeiter unter dem NS-Regime.

Termine

Juni 1995:
Demonstration vor der BAYER-Hauptverwaltung, Leverkusen. Info: (02 11) 33 39 11

7.8.95:
Podiumsdiskussion zur Verantwortung der IG Farben in Frankfurt/Main. Info: (02 21) 599 56 47

9.8.95:
IG Farben i. L., Hauptversammlung, Frankfurt/Main. Info: (02 21) 599 56 47

STEUERRECHT, HAUSHALTSKRISE UND SOZIOKULTURELLE ZENTREN

Kultur als wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb?

Soziokulturelle Zentren sind in ihrer Existenz gefährdet, wenn plötzlich Finanzämter per Steuernachforderung festlegen, was als wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb zu gelten hat. Die Krise der öffentlichen Haushalte droht sich nun auch in der Kulturpolitik niederzuschlagen.

Von Gerd Spieckermann, Essen ● Diskussionen und Auseinandersetzungen um die steuerliche Behandlung soziokultureller Zentren sind so alt wie die Soziokultur selbst. Der aktuelle Vorstoß des Bochumer Finanzamtes allerdings trifft die Zentren in einer Situation, in der der ökonomische Bestand der Einrichtungen bereits von Seiten der öffentlichen Zuschußgeber zur Disposition gestellt ist. Denn gerade im Kulturbereich hat die »Krise der öffentlichen Haushalte« das Format, zum (Un)Wort des Jahres/der Jahre zu werden.

Dabei ist es nicht verwunderlich, daß Kultur als »freiwillige Leistung« den Druck knapper Kassen zu spüren bekommt, noch weniger, daß die relativ jungen, im Umfeld einer neuen Kulturpolitik entstandenen Einrichtungen und Projekte zumeist die allerersten sind, die diesem ausgesetzt sind.

Projektfonds werden pauschal gekürzt oder ganz gestrichen, institutionelle Zuschüsse drastisch reduziert, Zuschüsse für arbeitsmarktpolitische Programme verringert. Neue Forderungen und Ansprüche werden selbstverständlich erst recht als nicht finanzierbar zurückgewiesen. Kompensiert wird der fehlende eigene finanzielle Gestaltungsspielraum der Kulturpolitik und -verwaltung gerne durch die Aufforderung an die Akteure der freien Gruppen, der soziokulturellen Zentren und Initiativen, doch stärker auf den Markt zu gehen, Sponsoren zu suchen, Eintrittspreise zu erhöhen, kurz: den Anteil der eigenerwirtschafteten Mittel zu steigern.

DER FALL BAHNHOF LANGENDREER

Vor diesem Hintergrund gewinnt der »Fall« Bahnhof Langendreer eine gänzlich neue Dimension. Eine Betriebsprüfung des Finanzamtes Bochum im Sommer 1992, deren Abschlußbericht seit Ende 1994 vorliegt, kommt zu dem Schluß, daß so gut wie alle kulturellen Veranstaltungen, ob Theater, Kabarett, Musik, Tanz, Literatur, Kino, Ausstellungen und Festivals sowie der Bereich der Gastronomie voll besteuert werden sollen. Erfaßt sind damit rund 95% aller ökonomisch relevanten Abteilungen und Aktivitäten, für die Umsatzsteuer in Höhe von 15% sowie Körperschaftssteuer und, daraus folgend, Gewerbesteuer und ggfls. Vergnügungssteuer erhoben werden sollen. Allein für den Zeitraum 1987 – 1989 werden mittels Bescheid Steuernachforderungen in Höhe von fast 200.000 DM errechnet, hochgerechnet bis 1994 würde sich zusätzlich eine Steuerlast von ca. 500.000 DM ergeben.

Was auf den ersten Blick wie eine rein steuerrechtliche Auseinandersetzung aussieht, entpuppt sich, sollte sich die Rechtsauffassung des Finanzamtes Bochum insgesamt durchsetzen, schnell als ein kulturpolitisches Fiasko. Bekanntlich kommt der Begriff »Soziokultur« oder »Soziokulturelles Zentrum« in den allermeisten Förderrichtlinien und Gesetzen nicht vor, erst recht nicht in den grundlegenden Bestimmungen zur Besteuerung (Abgabenordnung, Umsatzsteuergesetz). Der Tatbestand, daß soziokulturelle Zentren nach einem »Mehrkomponenten-Konzept« arbeiten, also sowohl inhaltliche Bestandteile von Kultureinrichtungen und Jugendzentren, von internationaler Begegnungsstätte und Altenclub, von Beratungsinstitution und Weiterbildungseinrichtung integrieren, als auch Kommunikationsort mit gesellschaftsund sozialpolitischer Orientierung sind, wird demnach von der Finanzverwaltung schlicht nicht zur Kenntnis genommen. Stattdessen wird ein komplexes Ganzes auseinandergerissen und die einzelnen Teile, so weit ökonomisch relevant, werden als »wirtschaftliche Geschäftsbetriebe« eingestuft.

Selbst die momentan geltenden gesetzlichen Bestimmungen für die steuerliche Behandlung von Vereinen müssen bei dieser Argumentation kräftig gebogen werden, unterscheidet doch die Abgabenordnung zwischen vier Aktivitätsbereichen eines gemeinnützigen Vereins: dem ideellen Bereich, der Vermögensverwaltung, dem Zweckbetrieb und dem wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb.

Ein Zweckbetrieb umfaßt die Handlungen eines Vereins, die »in ihrer Gesamtrichtung dazu dienen, die steuerbegünstigten satzungsgemäßen Zwecke der Körperschaft zu verwirklichen« (nicht Körperschafts- u. Gewerbesteuerpflichtig). Demgegenüber definiert sich ein wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb als für die »Verwirklichung der steuerbegünstigten Zwecke des Vereins nicht unerläßlich« (Körperschafts- u. Gewerbesteuerpflichtig).

Die Frage, wie ein gemeinnütziges soziokulturelles Zentrum, das die »Förderung der Kultur« in seiner Satzung verankert hat, ohne die umfassende Durchführung auch von kulturellen Veranstaltungen diesem Zweck genügen könnte, beantwortet das Finanzamt nicht. Den Widerspruch zum Paragraph 68 (7) der Abgabenordnung »Zweckbetriebe sind auch (...) kulturelle Einrichtungen wie Museen, Theater und kulturelle Veranstaltungen wie Konzerte, Kunstausstellungen (...)« erklärt das Bochumer Finanzamt mit dem Hinweis darauf, daß der Bahnhof Langendreer mit seinen Veranstaltungen »über die Maßen« in Wettbewerb mit anderen, privatwirtschaftlich organisierten Veranstaltern träte, was sich an der Zahl der Vorverkaufsstellen und den hohen NutzerInnenzahlen zeige.

Die inhaltlich erfolgreiche Programmarbeit des Zentrums – Erfolg heißt nicht zwangsläufig steigende Rentabilität – wird so zur steuerrechtlichen Falle. Bei dieser Argumentation bleibt natürlich völlig ohne Belang, daß ein auf privaten Gewinn hin orientiertes Gewerbeunternehmen nicht einfach mit einem erklärtermaßen non-profit Betrieb gleichzusetzen ist. Denn nicht hinterfragt werden dabei inhaltliche Vorgaben durch fachspezifische Gesetze, wie bspw. das Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) oder politische Optionen und Vorgaben der Kultur-, Jugend- und Sozialpolitik, die eine gänzlich andere Aufgabenstruktur und erhöhte Aufwendungen für die benötigten Räumlichkeiten sowie die materielle und personelle Ausstattung zur Folge haben. Auf dem gleichen Niveau konsequent zu Ende gedacht, könnte sich auch ein Pizzaservice gegen die steuerliche Begünstigung von »Essen auf Rädern«, der Starlight-Musical-Unternehmer Deyle gegen die des Schauspielhauses Bochum aussprechen. Nicht unter das Konkurrenzverbot fallen und weiterhin steuerbegünstigt sind in den Augen der Finanzbeamten allein Kulturveranstaltungen, die auf der Bühne von Vereinsmitgliedern bestritten werden.

Auch im Bereich des Umsatzsteuerrechts bevorzugt die Bochumer Finanzverwaltung eine restriktive Auslegung des Gesetzes: Befreiungstatbestände werden negiert oder nicht geprüft (Paragraph 4 Nr. 18 UStG Mitglied eines Wohlfahrtsverbandes, Paragraph 4 Nr. 25 UStG Anerkannter Träger der Freien Jugendhilfe, Paragraph 4 Nr. 22 UStG Kurse und Vorträge, Paragraph 12 Nr. 2 UStG Jugendund Kulturveranstaltungen).

WIRTSCHAFTLICHKEIT WIRD ZUR EXISTENZBEDROHUNG

Die geschilderte Herangehensweise an die steuerliche Bewertung der soziokulturellen Arbeit des Bahnhofs Langendreer in Bochum übertragen auf die Zentren bundesweit, hätte zur Folge, daß bei einer großen Zahl der Einrichtungen die Existenz grundlegend gefährdet wäre. Gerade soziokulturelle Zentren zeichnen sich durch einen hohen Grad der Wirtschaftlichkeit aus: Nach einer Untersuchung der Bundesvereinigung sozio-kultureller Zentren lag der durchschnittliche Anteil der selbsterwirtschafteten Mittel (Eintritt, Kursgebühren, Gastronomie) am Gesamtetat der Einrichtungen bei über 35%, wobei die Spannbreite zwischen 20% und 85% schwankte.(1) Selbstverständlich gilt grundsätzlich, daß jede Mark, die von den Zentren erwirtschaftet wird, die zum eigenen Profil gehörende politische, wirtschaftliche und organisatorische Selbständigkeit nach außen und die gewünschte inhaltliche Unabhängigkeit sowie den Erhalt von selbstverwalteten Strukturen nach innen sichern hilft, gleichermaßen wird aber auch deutlich, daß allein öffentliche Zuschüsse nicht ausreichen, den Bestand der Zentren dauerhaft zu sichern.

Eine umfassende Besteuerung, wie sie das Bochumer Finanzamt nun vordenkt, würde bedeuten, daß von jeder Mark Eintrittsgeld ca. 0,67 DM Körperschafts- und Gewerbesteuer gezahlt werden müßten, vorher wären auf die Umsätze Umsatzsteuern in voller Höhe fällig (15%) und möglicherweise auch noch Vergnügungssteuer in Höhe von 20%. Unterm Strich blieben vielleicht noch 10 Pfennig je Mark zur Finanzierung der nicht-ertragsrelevanten Bereiche soziokultureller Zentren – Beratung, soziale Dienste, Stadtteil-, Jugend- und Bildungsarbeit – übrig.

GEFÄHRDUNG DER GEMEINNÜTZIGKEIT

Neben der unmittelbaren und direkten Reduzierung der Zentren-Etats ergibt sich aus der Rechtsauffassung des Bochumer Finanzamtes eine weitere, schwerwiegende Konsequenz, denn die Gemeinnützigkeit der Einrichtungen wird dadurch in zweierlei Hinsicht gefährdet:

1. Wenn 90% der finanzwirksamen Vereinstätigkeit als »wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb« eingestuft wird, kollidiert das mit den Vorgaben der Abgabenordnung, die besagt, daß eine wirtschaftliche Betätigung nicht zum Hauptzweck des Vereins werden darf.

2. Erwirtschaften einzelne »wirtschaftliche Geschäftsbetriebe« eines Vereins Dauerverluste, die nicht durch Gewinne aus anderen steuerpflichtigen Bereichen kompensiert werden können, ist dies gemeinnützigkeitsschädlich. Ein Verlustausgleich aus öffentlichen Zuschüssen oder dem ideellen Vereinsbereich ist nicht zulässig.

Letzteres bedeutet, daß chronisch defizitäre Arbeitsbereiche wie bspw. Kino und Theater aufgegeben werden müßten oder, wie es die Oberfinanzdirektion formulierte, »Maßnahmen ergriffen werden müssen, die solche Verluste verhindern.« Im Klartext: Film- und Theaterveranstaltungen in einem soziokulturellen Zentrum bei sozialverträglichen Eintrittsgeldern wird es nicht mehr geben, da sie niemals kostendeckend durchgeführt werden können. Entweder werden die Preise drastisch gesteigert und die (Personal)Kosten gedrückt oder die Theater- und Filmarbeit orientiert sich an kassenfüllendem Boulevardtheater und dem inhaltlich nichtssagenden Programm der großen Kinozentren.

Die Auseinandersetzung um die Besteuerung des Bahnhofs Langendreer verdeutlicht das Dilemma, in dem sich soziokulturelle Zentren und vergleichbare Kultureinrichtungen seit Jahren befinden: Während die notwendige finanzielle Bezuschussung durch die öffentliche Hand immer hinter den realen Bedarfen zurückblieb, bzw. aktuell noch weiter zurückgefahren wird, haben die Zentren, widerwillig und der blanken Not gehorchend, die Effizienz und Wirtschaftlichkeit der Einrichtungen gesteigert und sich zum Teil stärker den Marktbedürfnissen und wechselnden Moden der Kulturszenen geöffnet, als es für die Realisierung ihrer originären inhaltlichen Zielsetzungen gut gewesen wäre.

Diese Entwicklung korrespondiert hervorragend mit den Forderungen – selbst der gutwilligen – KulturpolitikerInnen und -verwaltungen, die angesichts der schrumpfenden Etats für die Freie Szene Sponsoring und selbsterwirtschaftete Mittel als Lösung der Finanzprobleme propagierten. Heute ist in vielen Einrichtungen bereits der Zustand erreicht, daß die Summen, die als öffentliche Zuschüsse in die Kassen der Zentren fließen, in gleicher Höhe in Form von Steuern, Gebühren und Versicherungsbeiträgen zurück an öffentliche Kassen gelangen.

VERSÄUMNISSE DER KULTURPOLITIK

Der nun beabsichtigte, weitere steuerliche Zugriff auf die Gelder der Soziokultur dokumentiert ebenfalls eklatante Versäumnisse der Kulturpolitik, die in der Vergangenheit zwar verstärkt die Bedeutung der soziokulturellen Zentren, der freien Theater und anderer Institutionen betont hat, aber den Rahmenbedingungen auch und gerade im Bereich des Steuerrechts zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet hat. Selbstkritisch muß allerdings vermerkt werden, daß auch die Bemühungen der soziokulturellen Zentren selbst, ihrer Zusammenschlüsse und politischen Vertretungen nicht ausgereicht haben, um einer fatalen Entwicklung Einhalt zu gebieten: Spätestens mit dem Urteil des Bundesfinanzhofes (BFH) von 1990, das feststellte »(...) für die Verwirklichung der Zwecke eines Jugendzentrums ist das Café nicht unerläßlich (...)«, setzte ein schleichender Prozess ein, der die Definitionsgewalt von inhaltlichen Arbeitsansätzen und Notwendigkeiten der Kultur- und Jugendarbeit Steuergesetzen, Finanzbehörden und -gerichten überläßt.

Dieses Urteil, daß noch heute die Grundlage bildet, um ein jedes Café, eine jede Kneipe in soziokulturellen Zentren als voll zu besteuernden »wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb« einzustufen, trifft nicht nur eine steuerrechtliche Entscheidung, sondern auch eine Entscheidung darüber, ob für eine moderne Jugendarbeit ein offener Kommunikationsbereich einschließlich der Abgabe von Speisen und Getränken inhaltlich notwendig und sinnvoll ist.

Von ähnlicher Qualität sind die Ausführungen der Bochumer Finanzverwaltung, die sich nun aufschwingt und per Steuerbescheid entscheidet, welche Arbeitsbereiche in einem soziokulturellen Zentrum »erläßlich« und welche »zweckdienlich« sind.

Wie könnte besser der Nachholbedarf der Kulturpolitik dokumentiert werden, den Grundsatz, daß »(...) Kunst und Kultur sich nur entwickeln können, wenn die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen dies zulassen (...)« (2), in konkrete Praxis umzusetzen.

Dazu gehört insbesonders, daß es höchste Zeit ist, auch im Steuerrecht neue gesellschaftliche Entwicklungen nachzuvollziehen. Weiter oben wurde bereits ausgeführt, daß in einschlägigen Steuergesetzen und -verordnungen »Soziokulturelle Zentren oder Begegnungsstätten« kein Begriff sind – ähnliches gilt für neue Arbeitsfelder der Jugendarbeit wie sie beispielsweise im KJHG niedergelegt sind.

Hier sind die verantwortlichen Kultur- und JugendpolitikerInnen in die Pflicht zu nehmen, gemeinsam mit den Interessenverbänden auch gegenüber den Finanz- und SteuerexpertInnen ihrer eigenen Fraktionen für eine angemessene steuerliche Behandlung einzutreten, die den »(...) besonderen, sensiblen Charakter künstlerischer Arbeit, ihrer Ergebnisse und ihrer Verbreitung in der Gesellschaft (...)« berücksichtigt »und sie nicht von vornherein durch Funktionalisierung (...) als verkappte wirtschaftliche (...) Tätigkeit aus dem kunstpolitischen Blick« (3) verdrängen zu lassen. Konkret gilt es dafür zu streiten, daß im Paragraph 68 der Abgabenordnung (AO) »unter dem Begriff 'sozio-kulturelle Begegnungsstätten' alle Aktivitäten dieser Einrichtungen erfaßt (werden), wenn sie dem ideellen Ziel der Einrichtung entsprechen. Dazu zählt u.a. ebenso die Bewirtung und Beköstigung. Paragraph 65 Abs. 3 (Wettbewerbseinschränkung, d. V.) findet keine Anwendung. Im Umsatzsteuerrecht müssen die Befreiungstatbestände auch bei Inanspruchnahme durch 'sozio-kulturelle Begegnungsstätten' von den Finanzbehörden anerkannt werden.« (4)

Bei der Durchsetzung dieser Forderungen werden die soziokulturellen Zentren darauf angewiesen sein, deutlich zu machen, daß es sich nicht um ein isoliertes Problem der Soziokultur handelt, sondern auch andere Kultureinrichtungen davon profitieren würden, nicht zuletzt die im Zuge von Verwaltungsreformen im Kulturbereich ausgegliederten Eigenbetriebe und GmbH's der Kommunen.

Auch die Oberfinanzdirektion Münster hat den soziokulturellen Zentren Hilfe »(...) bei der Erfüllung der ihnen vom Gesetzgeber auferlegten Pflichten aus dem Besteuerungsverfahren« (5) angeboten. Diese Hilfe allerdings könnte zur »Tödlichen Hilfe« werden. ●

Aus: Informationsdienst Soziokultur, 1/95

(1) vgl.: Gerd Spieckermann, Soziokulturelle Zentren in der Bundesrepublik Deutschland. Daten – Befunde – Analysen, in: Bundesvereinigung sozio-kultureller Zentren e.v. (Hg.), Netzwerk Soziokultur, Essen 1994, S. 17ff

(2) Deutscher Kulturrat, »Für ein kulturfreundliches Steuerrecht«, in: Weltkunst Heft 22, 15. November 1993

(3) ebd.

(4) ebd.

(5) Schreiben der Oberfinanzdirektion Münster vom 16.03.1995

AUF DEN SPUREN DER WELTWIRTSCHAFT

Länderbonität: Die Weltkarte des Finanzkapitals

Alle sechs Monate legt das Bankenmagazin Institutional Investor eine Schätzung (»rating«) der Kreditwürdigkeit von zur Zeit 135 Ländern vor (»Länderbonität«). Grundlage des Ratings ist eine Umfrage unter den Top-hundred der im globalen Kreditgeschäft tätigen Banken. Die Ergebnisse sind für die Vergabe von Krediten an Privatunternehmen in diesen Staaten wie an die Staaten selbst von entscheidender Bedeutung.

Redaktion ALSO, Oldenburg ● Prüft eine Bank die Kreditwürdigkeit einer Privatperson, so spielen die Vermögensverhältnisse, das Einkommen, die Höhe und die Art der bereits vorhandenen Schulden und die Lebensführung eine Rolle. Meistens dreht es sich um die Frage, ob die Person aufgrund ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse eine ausreichende Sicherheit dafür bietet, den Kredit zu bedienen, d.h. über Jahre hinweg regelmäßig Zinsen und Tilgungen zu zahlen. Handelt es sich um die Vergabe eines Kredits an ein Unternehmen, so werden Geschäftsverlauf, Kundenstamm, Branchensituation und Entwicklungsmöglichkeiten im allgemeinen und die Profitaussichten in dem Geschäft, welches mit dem Kredit angeschoben werden soll, im besonderen beurteilt, d.h. die Frage, ob das Unternehmen in den nächsten Jahren fähig sein wird, Gewinne in einem Umfang zu machen, der die Bedienung des Kredits erlaubt. Und was besagt dann die -Länderbonität-?

Im Grunde faßt die Länderbonität Staaten wie Unternehmen mit unterschiedlichen Abteilungen auf. Beurteilt werden die wirtschaftliche Gesamtsituation und die volkswirtschaftlichen Gewinnaussichten. Die zentrale Frage lautet dabei, welche Aussichten die Kreditnehmer in dem jeweiligen Land für die pünktliche Zahlung von Tilgungs- und Zinsraten bieten. Hat der Kreditnehmer angesichts des Produktivitätsniveaus, des technischen Standards, der Stellung in der internationalen Arbeitsteilung und seiner weltwirtschaftlichen Verflechtung, aber auch angesichts der inneren politischen Situation und der sozialen Kräfteverhältnisse begründete Aussichten, aus der Beschäftigung von Arbeitskräften Gewinne zu schlagen, die die Bezahlung des Kredits erlauben? Und bieten die finanzpolitische Lage des Staates, seine Währungsreserven und seine Regierung eine ausreichende Gewähr dafür, die eigenen Kreditzahlungen oder diejenigen von Privatunternehmen auf seinem Territorium zu garantieren, notfalls auch mit eigenen Mitteln stützend einzugreifen? Mittels des Ratings erstellt die internationale Bankenwelt also eine Karte der Weltwirtschaft, auf der abzulesen ist, wo Kredite auf eine produktive Anlage rechnen können, wo ein regelmäßiger Eingang von Zinsen und Tilgungen sicher zu erwarten ist und wohin besser keine Kredite vergeben werden, weil die Wahrscheinlichkeit, sie verloren geben und abschreiben zu müssen, zu hoch ist. Jede Bank wird sich hüten, zu viele unsichere Kredite laufen zu haben.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Der Bonitätsindex reicht von 0 bis 100. Die aktuelle Hitliste wird angeführt von der Schweiz mit einem Bonitätsindex von 92,4, gefolgt von Japan (91,0) und den USA (90,8). Auf Platz vier liegt Deutschland mit 89,9 Punkten. Bis auf Portugal (Platz 24 mit 67,2 Punkten) und Griechenland (Platz 41 mit 49,3 Punkten) liegen alle aktuellen und zukünftigen EG-Länder unter den ersten zwanzig. Neben Japan und den USA trifft man hier lediglich Singapur, Kanada, Taiwan (Plätze 10-12) und Südkorea (Platz 20 mit 70 Punkten) als weitere außereuropäische Regionen. Die EG und insbesondere Deutschland gelten in der Bankenwelt als äußerst vorteilhafte Standorte für die gewinnbringende Kreditvergabe.

Der Rating-Durchschnitt lag im Herbst 1994 bei 37,5 Punkten. Bei der erstmaligen Festsetzung 1979 betrug er noch 55,4 Punkten – dann forcierte die amerikanische Hochzinspolitik die internationale Schuldenkrise und der Bonitätsdurchschnitt fiel auf 39,9 Punkte. Der Zusammenbruch der realsozialistischen Staatenwelt brachte einen weiteren Einbruch. Als sie noch peinlich die Rückzahlung internationaler Kredite überwachten und diese auf Kosten des Lebensstandards der eigenen Bevölkerung bzw. mit regelrechten Hungerprogrammen wie Rumänien in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre durchsetzten, lag ihre Bonität bei den Banken bei 61 Punkten. Nach dem -Übergang- zur Marktwirtschaft, nach industrieller Verschrottung und sozialer Verarmung ist da für die Banken nicht mehr viel zu holen. Heute liegt der Rating-Durchschnitt der osteuropäischen Nachfolgestaaten bei 22,9 Punkten, knapp über dem Durchschnitt Afrikas und Lateinamerikas. Bei einem Rating-Durchschnitt von 37,5 Punkten, schreibt das Handelsblatt auf seinen Finanzseiten, -kann der weitaus größte Teil der Länder kaum auf nennenswerte Kredite der international tätigen Banken hoffen-. Die großen Ausnahmen in Osteuropa bilden Tschechien und Ungarn. Mit einem Zuwachs von 6,2 Punkten liegt Tschechien nun auf Platz 39 mit 52,8 Bonitätspunkten, Ungarn auf Platz 44 mit 46,2 Punkten. Bereits mit einem unterdurchschnittlichen Index folgen Slowenien (Platz 56; 36,7 Punkte), Polen (58; 33,1) und die Slowakei (59; 33,1). Rußland fiel binnen Jahresfrist um 0,6 Punkte auf 18,4 Punkte und Platz 100 zurück, direkt vor Nigeria, Kasachstan und Burkina Faso. Die letzten fünf Plätze nehmen Jugoslawien (7,5 Punkte), Sierra Leone (7,4), Liberia (6,3), Nordkorea (6,2) und Sudan (6,1) ein.

Betrachtet man die Entwicklung der letzten 15 Jahre, so sieht sich die internationale Geld- und Bankenwelt in ihrem Vertrauen in die USA, Japan und die EG bestätigt, während vor allem Osteuropa (von 61 Punkten 1979 auf 22,9 im Herbst 1994), aber auch Lateinamerika (von 47,4 auf 21,2) und Afrika (von 33,4 auf 21,2) zu schlechten Adressen im internationalen Kreditgeschäft, die eher zu meiden sind, abgewirtschaftet wurden. Aufgerückt zum Kreis guter Adressen sind allein die Staaten im asiatisch-pazifischen Raum, deren durchschnittliches Rating von 46,9 Punkten auf 67,1 Punkte anstieg.

Was lehrt das Länder-Schätzen? Geld in Form von Krediten will mehr Geld hecken. Frei von jeder Moral und Ehrfurcht vor der -westlichen Wertegemeinschaft- oder den -Menschenrechten- zählt für das Finanzkapital allein die Kreditsicherheit, der pünktliche Rücklauf von Zinsen und Tilgungen. Gleichzeitig gilt, daß ohne internationale Kredite eine wirtschaftliche Entwicklung in einem Land nicht mehr denkbar ist. -Marktwirtschaft- und -freie Wahlen- haben sich z.B. für die allermeisten Bulgaren überhaupt nicht gelohnt, denn auf Platz 95 liegt ihr -Standort- weit abgeschlagen hinter Fürstentümern wie Saudi-Arabien oder Kuweit. Und die deutsche -Standort-Debatte erweist sich als Klassenkampf pur, denn so hoch können die Löhne und Sozialausgaben gar nicht steigen, daß ein Abstieg aus der Spitzengruppe zu befürchten wäre. Die Zonierung der Welt in Verwertungshierarchien für das transnationale Geldkapital erweist sich nach dem Ende des Kalten Krieges als stabiler denn je. ●

Aus: SIESTA Nr. 23 – Frühjahr 1995: Zeitung der Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg

TAGESSEMINAR

50 Jahre IWF und Weltbank – aus der Perspektive der sozialen Menschenrechte

In diesem Jahr feiert die Weltbank ihren fünfzigsten Jahrestag. Doch Anlaß zum Feiern gibt es aus der Perspektive der sozialen Menschenrechte nicht. Durch Entwicklungsprojekte der Weltbank – wie z.B. Großstaudämme – werden Millionen von Menschen aus ihrem Land vertrieben. Durch die vom Internationalen Währungsfonds (IWF) und von der Weltbank verordneten Strukturanpassungsmaßnahmen werden Staaten in der Dritten Welt u.a. gezwungen, ihre ohnehin knappen Sozialleistungen zu kürzen und die Löhne einzufrieren.

In Referaten und Arbeitsgruppen wollen wir uns mit der Kritik an diesen internationalen Finanzinstitutionen auseinandersetzen, Möglichkeiten der Kontrolle durch die Vereinten Nationen diskutieren und in den Ansatz und die Arbeitsweise der Menschenrechtsorganisation FIAN einführen.

Das Seminar richtet sich an aller Interessierten (ohne theoretische Vorkenntnisse), die nicht nur diskutieren, sondern auch handeln wollen.

Termin: 27. Mai 1995 (9.30 bis 18 Uhr), im Haus am Schürberg, Ammersbek (bei Hamburg). ●

Anmeldung: Projekt ökologisches Lernen und Handeln (PÖLH), Wulfsdorferweg 33, D-22949 Ammersbek, Tel. (0 40) 605 10 14

BUCHBESPRECHUNG

Der kalte Blick der Ökonomie

Das IFF (Interuniversitäres Forschungsinstitut für interdisziplinäre Forschung und Fortbildung präsentiert dieses Buch als Zwischenergebnis der bislang fünfjährigen Forschungstätigkeit. Der Arbeitskreis besteht aus zehn Mitgliedern und wird von Vertretern der Universität Klagenfurt, der TU und der WU Wien sowie einem freiberuflichen Ökonomen besetzt.

Was mit losen Gesprächsrunden zum Thema -alternative Ökonomie- begann, konstituierte sich nach einiger Zeit zu einem gezielten Forschungsprojekt, dessen Resultat ein komprimierter Überblick über die gängigen Ideen und Strömungen auf dem oder auch abseits des Gebiets der Ökonomie war.

An dieser Stelle sei in stark verkürzter Form der Gesprächsleitfaden vorgestellt, aufgrund dessen die einzelnen Beiträge strukturiert wurden. Die Gliederung wurde nach folgenden Punkten vorgenommen: Zur Stellung der Ökonomie; Systemische Entgrenzungen und Eigendynamik; Grundannahmen des -Modells Neuzeit- (Universalisierung einer Teilwirklichkeit - Verlust des Außen - Dominanz des Produktionsprinzips - Verlust des Werts des Besonderen -Entwicklungsstagnation in untergeordneten Bereichen - Chaos und Selbstverkomplizierung); Neue Widersprüche; Produktion - Destruktion: Zur Dynamik gegenwärtigen Wirtschaftens; Bedeutungen von ökonomischen Grundbegriffen/Axiomen/Ideen; Bedürfnisse; Grenzziehung - Prinzipien für ein -Neues Wirtschaften-; Theoretische Alternativen; Interdisziplinarität und Wirtschaftsorganisation.

Die GesprächspartnerInnen des Autorenkollektivs, darunter so bekannte Namen wie Rudolf Bahro, André Gorz, Faye Duchin, W. Leontief, Ota Sik oder C. v. Wehrlhof, sind sich darüber einig, daß sich die Ökonomie, so wie sie noch in Lehrbüchern vermittelt wird, auf Irrwegen befindet. Unterschiedliche Ansichten herrschen erwartungsgemäß darüber, in welchem Ausmaß (z.B. die Einbettung der Ökologie in die Wirtschaft durch Besteuerung und Lizenzen) das System geändert werden sollte und ob dies von innen oder von außen erfolgen soll (Förderung von Subsistenzwirtschaft, Begrenzung der Ökonomie auf das wirklich nötige Maß, damit die Lebenswelt nicht vom System aufgesaugt und unterworfen wird). Zusammengefaßt: eine attraktive Sammlung. ●

Chr. H., aus -pro Zukunft-, Informationsdienst der Internationalen Bibliothek für Zukunftsfragen.

Der kalte Blick der Ökonomie. 30 Gespräche. 2 Bde., Hrsg. v. Arno Bammé, München (u.a.): Profil-Verlag, 1993. 1.120 S., 168 DM / sFR 142 / öS 1.310

Anzeige

Schwarzer Faden

Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit

Nr.53 (2/95) enthält u.a.:

★

Interview mit der autonomen L.U.P.U.S.-Gruppe

☆

Foul - der Bananen-Multi Geest

von Boris Scharlowski

★

Chiapas – Erst die Vertreibung, dann Verhandlungen?

von Herby Sachs

★

Der Widerstand der ITF gegen den Nationalsozialismus, Teil 1

von Dieter Nelles

✧

Weiter: **Mexiko am Scheideweg** *von Stefan Armborst;* **Anonymer Augenzeugenbericht aus Chiapas; Social Beat** *von Moritz Milch;* **Architektur ist mehr als Philosophie***von Jürgen Mümken;* **Nachruf auf George Woodcock** *von Heiner Becker;* **Zum letzten Mal: Vorhang auf für Guy Debord; Fraueninternierungslager in Frankreich ab 1939** *von Marianne Kröger;* Rezensionen *von Ribo, Gabriel Kuhn und Herby Sachs* zu L.U.P.U.S - Lichterketten, Michail Bakunin und den Straßenkindern Brasiliens, etc.

✒

ABONNIERT!
(5 Nrn a. 68 S.): 30.-
Einzelpreis: 7.-

Neu: Michail Bakunin:
Gott und der Staat
176 S., 19,80 DM

Übernahme:Claude Lanzmann:
SHOAH
Dokumentation zur Massenvernichtung
280 S., (nur noch)16.-DM

SF ★Redaktion/Trotzdem
PF 1159, 71117 Grafenau
Fax 07033-45264
Tel. 07033-44273

GESCHLECHT & POLITIK

Mary Mellor erörtert in ihrem, in der neuen »Coyote«-Reihe des Argument-Verlages erschienen Buch »Wann, wenn nicht jetzt« das Verhältnis der und die Widersprüche zwischen den drei Emanzipationstheorien Ökologie, Feminismus und Sozialismus. Die britische Soziologin plädiert für Grenzüberschreitungen zwischen den dreien und dafür, einzusehen, daß eine Befreiung ohne die anderen beiden gar zum Gegenteil des Beabsichtigten führt. Die Theorie des 21. Jahrhunderts muß also gleichermaßen ökologisch, sozialistisch wie auch feministisch sein.

Mellor wirft die Frage nach dem »Verhältnis zwischen den vordergründig ahistorischen Universalien von biologischem Geschlecht und Natur als 'wesentlichen' Merkmalen menschlicher Existenz und dem historischen Materialismus der Klassenanalyse« auf. Der historische Materialismus geht bekanntlich davon aus, daß gesellschaftliche Verhältnisse auch gesellschaftlich verändert werden können. Dem würde der Essentialismus vieler ökologischen und feministischen Theorien widersprechen, der Frauen und »der Natur« bestimmte, nicht veränderbare (eben »natürliche«) Eigenschaften zuschreibt. Nach diesem Raster untersucht Mellor nun die realen Entwicklungen und die Theorien mit emanzipatorischem Anspruch der letzten 150 Jahre. Sie stellt die weltweiten katastrophalen Folgeerscheinungen des patriarchalen Industrialismus dar, kritisiert noch einmal fundiert die blinden Flecken des historischen Materialismus, der bislang kaum erkannte, daß der Kapitalismus auf der unbezahlten Arbeit von Frauen und der »kostenlosen« Ausplünderung der Natur basiert und analysiert richtig, die Grünen hätten kein ökonomisches Programm, das zu ökologischer Verträglichkeit und sozialer Gleichstellung führt.

Zum Ende des Buches zeigt sich doch eine Vorliebe Mellor's für linke ökofeministische Theorieansätze; sie postuliert, »nur ein Sozialismus, der das Faktum biologischer Unterschiede anerkennt und darauf eine politische Antwort findet«, könne eine solidarische Gesellschaft schaffen. Mellor wendet sich gegen die in den USA verbreitete »Deep Ecology«, die auf einem mythologisierenden »Zurück zur Natur« basiert und eine Unmenge von Essentialisierungen beinhaltet. Zentral für die Zukunft sei die »Wiederaneignung von Zeit« und die Veränderung heterosexueller Familien- und damit auch Arbeitsorganisation. »Wann, wenn nicht jetzt« gibt einen guten Überblick über die Vielzahl der im Dreieck Ökologie, Feminismus und Sozialismus umherschwirrenden Theorien. Dieser Vorteil ist aber zugleich auch der Nachteil des Buches: Der Umfang der gegebenen Informationen neigt dazu, die LeserInnen zu erschlagen.

Pointierter ist »Gender Killer«, eine Art Lesebuch zu verschiedenen Aspekten des aktuelleren Feminismus. Erschienen im Hausverlag der theoretisch interessierten Autonomen geht das Buch mit dem »Staatsfeminismus«, der Verrechtlichung der Emanzipationsansätze, der auch in Sachen »Frauenpolitik« entstandenen Stellvertreterpolitik und der Festschreibung von biologischen Essentials durch den Feminismus hart ins Gericht. Inhaltlicher Bezug ist der dekonstruktivistische Feminismus und die Unterscheidung zwischen »sex« als biologischem Geschlecht und »gender« als sozialem Geschlecht. Letzteres besteht aus den sozialen Zuschreibungen, wie einE AngehörigeR eines Geschlechtes ist resp. zu sein hat. Konkret heißt das z.B.: Sexismus wird nicht als allein aus biologischen Ursachen resultierend verstanden, sondern vor allem als soziales Phänomen. Politisch heißt das, daß die Autorinnen Sexismus nicht wie sonst oft in der Restfrauenbewegung als den neuen Hauptwiderspruch ansehen (nachdem der von Kapital und Arbeit als unzureichend erkannt wurde), und zweitens, daß »Feminismus« nach 25 Jahren Frauenbewegung heute nicht mehr automatisch »links« ist.

Die einzelnen Beiträge umreißen ein breites Spektrum von Themen: dieses reicht von Biotechnologie, Frauenbewegung und Nationalstaat über »Aufstieg und Fall der Frauenbewegung« bis zum Paragraph 218. Auch einige der derzeitig heftig diskutierten Themen sind vertreten: Frauen im Independent Rock (»Riot Grrrls«), oder Frauen als Angehörige (und Täterinnen) neonazistischer, männerdominierter Gruppen. Susanne Heeg beschreibt die Veränderungen – hauptsächlich Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und seine Auswirkungen auf Frauen. Die »FeMigra« (Feministische Migrantinnen) berichten über ihre Gründe, sich als und mit Migrantinnen zu organisieren, stellen den Rassismus der »Multi-Kulti-Politik« dar und zeichnen die Geschichte von Migration nach Deutschland nach. Die kanadische Politologin Sue Ruddick untersucht die Veränderung des fordistischen Familienmodells »Kernfamilie mit einem männlichen Ernährer« hin zu einer Pluralisierung der Formen von »Familie«, wenn mensch das soziale Gebilde dann noch so benennen will. Durch die Zunahme von sogenannten »Alleinerziehenden« komme es auch zu einer Feminisierung der bislang männlich besetzten Autorität in der »Familie«. Ruddick zeigt in einer Parallelisierung, wie sich dieser Prozeß auch in den Rollen- und Geschlechterdarstellungen in den »Familien«serien des Fernsehens niederschlägt: von den »Feuersteins« zu den postfordistischen »Simpsons«. ●

Bernd Hüttner

Mary Mellor: Wann, wenn nicht jetzt. Für einen ökosozialistischen Feminismus; 288 S., 29 DM; Argument Verlag Hamburg 1994

Cornelia Eichhorn, Sabine Grimm (Hrsg.): Gender Killer. Texte zu Feminismus und Politik; 189 S., 24 DM; Edition ID-Archiv Berlin 1994

SOLAR-ARCHITEKTUR FÜR EUROPA

VHS-Film-Kassette mit Begleitheft plus das Fachbuch – ein professionelles Medienprojekt – stellen den Stand der Solararchitektur in Europa einem breiten Publikum vor.

Focus-Film aus Immendingen hat das 43-Minuten-Feature in sieben europäischen Ländern gedreht – hautnah und sinnlich erlebbar wird solares Bauen gezeigt. Das 60-seitige Begleitheft informiert mit Projektbeschreibungen und Kontaktadressen. Das Fachbuch Solar-Architektur für Europa erscheint zur Buchmesse im Herbst '95.

In Ihrem Dokumentarfilm vermittelt das AutorInnenteam Carl-A. Fechner, Jo Angerer und die Architektin Astrid Schneider nicht nur technisches Wissen, sondern auch die Faszination neuer Gestaltungsmöglichkeiten mit dem Sonnenlicht. Ein anspruchsvoll gestalteter, motivierender Film von und für Fachleute, aber auch für interessierte LaiInnen über die Architektur der Zukunft. ●

dp

Info:
Focus-Film, Schwarzwaldstr. 45, 78194 Immendingen

SOLARANLAGEN SELBSTBAU

Eine ungewöhnliche Erfolgsstory steht hinter dem Buch »Solaranlagen Selbstbau« von Werner Weiß und Armin Thernessel, das soeben im Energiewende Verlag erschienen ist. Seit 1983 wurden in Österreich nach dem im Buch beschriebenen Konzept Solaranlagen zur Warmwasserbereitung mit rund 200.000 qm Kollektorfläche hergestellt. Seit 1989 werden mehr Kollektoren im Selbstbau installiert als von Solarfirmen. Österreich liegt damit im Spitzenfeld der OECD-Staaten was den jährlichen Zuwachs an Sonnenkollektoranlagen betrifft.

»Auch in Deutschland könnte der organisierte Selbstbau zu einem neuen Boom in der Solarbranche und einem verstärkten Einsatz der umweltfreundlichen Sonnenenergie führen«, so Michael Lardy vom Energiewende Verlag anläßlich der Buchvorstellung.

Gerade in Zeiten steigender Steuern und geringerer Bereitschaft für Umweltinvestitionen bietet der organisierte Selbstbau beachtliche Kostenvorteile: durch Materialbesorgung in Einkaufsgemeinschaften werden bis zu 30% billigere Anlagen möglich. Zusätzlich hat das Arbeiten in Gruppen viele Vorteile. So werden individuelle handwerkliche Schwächen ausgeglichen und es macht auch mehr Spaß.

Die anfängliche Skepsis der etablierten Solarfirmen hat sich nach den Erfahrungen in Österreich bald gelegt, denn es stellte sich heraus, daß die Selbstbaubewegung durch ihre großen Erfolge letzten Endes auch eine große Werbekampagne für die Solartechnik insgesamt war. In Folge dieses Solarbooms haben auch die Firmen zahlreiche neue Aufträge erhalten.

Das Buch führt ein in die technischen und organisatorischen Grundlagen des Solaranlagen-Selbstbaus. Es ist als Basisinformation gedacht und enthält jenes Wissen, das jeder Interessierte oder jede Selbstbauerin braucht, um das optimale Kollektorsystem auswählen und die Funktionsweise einer Solaranlage verstehen zu können. Behandelt werden die Themen: Kollektortypen, Anlagekonzepte, Dimensionierung, Aufbau einer Solaranlage, Selbstbaukollektor, Montage, Inbetriebnahme und Wartung einer Anlage, Organisation von Selbstbaugruppen sowie Entwicklung des Solaranlagen-Selbstbaus.

Der Erfolg dieses Konzeptes wird durch eine hohe Zufriedenheit der Anlagenbesitzer und zahlreiche nationale wie internationale (u. a. dem »European Conservation Award«) Auszeichnungen bestätigt.

Der Energiewende Verlag will mit diesem Buch das erfolgreiche österreichische Selbstbaukonzept in Deutschland bekannter machen und die Gründung von Selbstbaugruppen unterstützen. Interessenten können sich daher direkt an den Verlag wenden. Der Verlag wird den Kontakt unter den Interessenten vermitteln. Tel. (0 68 93) 65 90. ●

Solaranlagen Selbstbau, Format 20 x 20 cm, 64 Seiten, 62 Abbildungen, I. Auflage März 1994, 2. Auflage August 1994, 20 DM (zzgl. 3 DM Versand), ISBN 3-928600-09-5. Energiewende Verlag, Am Rebenberg 25b, D-66130 Eschringen, Tel. (0 68 93) 65 90, Fax 69 17

dp

DATENBANKFÜHRER

»Frieden, Umwelt und Entwicklung – Ausgabe 1995«

Die dritte Auflage enthält auf 235 Seiten detaillierte Hinweise zu 450 kommerziellen, öffentlichen und hausinterne Datenbanken. Ebenfalls enthalten sind Informationen zum Internet und zu anderen Netzwerken wie zum Beispiel APC-NET oder CL-Netz. Im Anhang befinden sich ein umfangreicher Adreßteil, Schlagwortregister, Literaturverzeichnis und ein Glossar. Durch einen ausführlichen redaktionellen Teil istdieser Führer auch für Einsteiger sehr gut geeignet. Der Preis beträgt 30,00 DM (zzgl. Porto). ●

Carl Dietz

Kontakt: Verein für Friedenspädagogik, Bachgasse 22, D-72070 Tübingen, Tel. (07071) 2 13 12, Fax 2 15 43

FLUGSCHRIFT

Störung der saarländischen Harmonie

In ihrer neuesten »Flugschrift« faßt die »Aktion 3. Welt Saar« ihre Kritik an den Fallschirmjägern der Saarlandbrigade zusammen. Damit liegt zum erstenmal eine ausführliche Kritik an dieser schnellen Eingreiftruppe der Bundeswehr und NATO vor.

Neben ihren regelmäßigen Übungen in Kurdistan – zuletzt im September 1994 - nimmt diese Eliteeinheit eine wichtige Rolle bei der Umstrukturierung der Bundeswehr ein. Bereits in einer Vorlage für das Bundeskabinett aus dem Jahre 1992 ist der weltweite Einsatz der Bundeswehr zur »Aufrechterhaltung des freien Welthandels« und zur Sicherung des »Zugangs zu strategischen Rohstoffen« vorgesehen.

Fast unbemerkt von der Öffentlichkeit betreibt diese Einheit eine offene Verherrlichung nationalsozialistischer Eroberungsfeldzüge. Neben dem Abdruck des 1940 geschriebenen Fallschirmjägerliedes »Rot scheint die Sonne« in voller Länge wird die Eroberung von Kreta als zur Legende gewordenen Waffentat gerühmt. **»Schon im zweiten Weltkrieg waren die Fallschirmjäger der Deutschen Wehrmacht eine besondere Truppe – ihre Waffentaten am Fort Eben Emael, auf Kreta oder am Monte Cassino sind Legende geworden und werden auch von vielen Gegnern gerühmt.«**

Entscheidend ist für die Aktion 3. Welt Saar, daß diese Verherrlichung der nationalsozialistischen Eroberungsfeldzüge nicht bei einer Minderheit am Rande der Gesellschaft passiert, sondern als alltägliche Normalität in der Mitte der Gesellschaft.

Die vierseitige Flugschrift mit zahlreichen Fotos aus dem Innenleben der Brigade wurde in einer Auflage von 10.000 Exemplaren gedruckt und wird kostenlos an interessierte Gruppen zur Auslage in ihren Räumen und auf Ständen abgegeben. Neben der Verteilung in den Standorten der Kaserne werden noch Organisationen gesucht, die die Flugschrift in ihre Rundbriefe und Verteiler einlegen. ●

Aktion 3. Welt Saar, Weiskirchener Str. 24, D-66674 Losheim, Tel. (0 68 72) 69 82, Fax 78 26

dp

DAS GETTHO KÄMPFT

Marek Edelmann, einer der wenigen Überlebenden des Aufstands im Warschauer Ghetto, war Stellvertretender Kommandant der Jüdischen Kampforganisation. Er arbeitete nach dem Krieg als Herzchirurg und lebt in Lodz.

Ingrid Strobl schreibt in ihrem Vorwort zu diesem Buch: »Es haben nicht viele überlebt von den etwa 60.000 Menschen, die sich am 19. April 1943 im Warschauer Ghetto gegen die Vollstrecker der deutschen Vernichtungspolitik erhoben. Wer nicht während des Aufstands fiel, wurde nach Treblinka oder Majdanek verschleppt. Auch von den in der Jüdischen Kampforganisation, der ZOB, Zydowska Organizacja Bojowa, organisierten Kämpferinnen und Kämpfer blieben nur wenige am Leben. Und nicht alle von ihnen griffen zur Feder, um festzuhalten, was sie überlebt hatten. Umso kostbarer sind die wenigen Zeugnisse, die vorliegen, zumal, wenn sie, wie Marek Edelmanns Bericht, sofort nach der Befreiung aufgeschrieben wurden.« ●

Marek Edelmann: Das Ghetto kämpft. Harald Kater Verlag, 97 Seiten, 14,80 DM, ISBN 3-927170-05-4

KURSBUCH FUNDRAISING

Selbstorganisierte Initiativen verfügen über Milieukenntnis und Fachwissen, innovative Ideen und Prestige, Angebote sozialer Dienstleistungen und materielle Fonds. Wie können diese Ressourcen wirksam eingesetzt werden, um Mittel einzuwerben und soziale Ziele zu erreichen?

Im vorliegenden Buch werden Konzepte, Handwerk und Praxis der Mittelbeschaffung im Nonprofit-Bereich vorgestellt. Das Buch führt in Themenfelder des Fundraising ein, vermittelt zugleich praktische Tips und Anwendungsbeispiele. Es regt zu einem systematischen Fundraising-Training an. Das Buch ist Arbeitsmittel und Handreichung vor allem für Selbstorganisierte in den Bereichen Jugend, Frauen, Soziales, Kultur, Ökologie. Es ist darüber hinaus an Wohlfahrtsverbände und Stiftungen gerichtet, an Zusammenschlüsse auf Bundesebene, in Ländern und Kommunen, an Behörden und Verwaltungen, an Sponsoren in Handel, Handwerk und Industrie, die sich in diesen Bereichen engagieren.

Die AutorInnen kommen aus selbstorganisierten Initiativen, arbeiten professionell für Non-Profit-Organisationen in den Feldern Analyse, Prozeßbegleitung, Mittelbeschaffung, Sponsoring, Öffentlichkeitsarbeit. Sie haben 1993 als TrainerInnen das Konzept einer Seminarreihe Fundraising erprobt. Das Konzept wurde von cash coop Hessen »Netz für Finanzierungswissen«, einem Projekt des Instituts für Selbstorganisation und betriebliche Selbstverwaltung e.V., Frankfurt am Main entwickelt.

Die Reihe wurde 1993 in Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern zugleich in Nord- und Südhessen, in Thüringen und Berlin angeboten. Ein Ergebnis der Berliner Seminare war die Idee, die Themenfelder dieser Reihe in einem Buch vorzustellen.

Inhalt: Geschichte selbstorganisierter Initiativen und alternativer Projekte in Deutschland; Fundraising – ein Konzept aus den USA; Corporate Identy; Die fünf Aspekte des Verhandelns; Marketing; Public Relations; Öffentliche Mittel und Stiftungen. Finanzierungs- und Akquisitionsstrategien; Spenden und Sponsoring: Wie Individuen und Unternehmen als UnterstützerInnen gewonnen werden können. ●

Kursbuch Fundraising – Mittelbeschaffung für selbstorganisierte Initiativen. Hg.: cash coop Hessen und cash coop-Initiativgruppe Berlin-Brandenburg, (fsj-Arbeitshefte, Bd. 7), Berlin 1994, 176 S., 25 DM. Zu beziehen über cash coop, Motzstr. 4, D-34117 Kassel, Tel. (05 61) 1 57 91, Fax 10 30 27.

dp

EINKOMMENSTEUER

Herr Waigel, bitte überweisen Sie mir ... !

Wir alle müssen seit dem 1. Januar tiefer in die Tasche greifen. Pflegeversicherung, Solidaritätszuschlag usw. mindern unser netto verfügbares Einkommen erheblich.

Und obendrein schenken wir dem Finanzamt durch nicht eingereichte oder fehlerhafte Einkommensteuererklärungen Beträge in Milliardenhöhe.

Dabei wäre es so einfach, bereits gezahlte Steuern sich z.B. für 1994 zurückzuholen. Auf der Suche nach Steuergerechtigkeit eröffnet uns der Staat nämlich zahlreiche Steuersparmöglichkeiten. Wir müssen Sie nur kennen und nutzen!

Klarheit verschaffen beispielsweise die Wirtschafts- und Steuer-Hefte, Ausgabe 4/95. In einem 72-seitigen Beitrag werden für die Einkommensteuererklärung 1994 systematisch, d.h. Zeile für Zeile des Steuerformulars, alle in Frage kommenden Steuersparmöglichkeiten verständlich erläutert. Der Aufbau der Broschüre erlaubt auch dem Steuerlaien alle Sparmöglichkeiten auszuschöpfen.

Einige Kurzbeiträge zu aktuellen Steuerfragen (Multimedia-PC, Förderprogramme, Darlehensprogramme etc.) runden das 80-seitige Heft ab.

Für DM 10,– (Verrechnungsscheck) kann die Broschüre abgerufen werden beim DIE VERLAG, Pf. 2243, 61292 Bad Homburg, Tel. (0 61 72) 9 58 30. ●

dp

beiträge zur Religions- und Staatskritik Nr. 7

von Thomas Geisen zur richtigen Kritik an der Religion.

von Heinz Gess zum totalitären Gesellschaftsbild der Sannyasins

von Franz Helmut Richter zu dem Initiator einer grundlegenden Religionskritik Ludwig Feuerbach

von Gottfried Mergner zu dem fast vergessenen interkulturellen Pädagogen Ernest Joyhy

von Ulrich Klemm zum anarchistischen Gemeinschaftsprinzip

von Freerk Huisken zum Rechtsextremismus

von Zapapres zu den Chiapas

von Gerald Grüneklee zur Fragwürdigkeit von Wahlen

DM 15,- + P & V

Birkenfelderstr. 13

D-54497 Morbach

JOBS

Andalusien: Suche nette Person mit Kleinkind, die auf unseren 2 1/2 Jahre alten Sohn achtet. Biete eigene Wohnmöglichkeit und 250 DM Taschengeld monatlich.
☎ (0034-52-11 90 97

Platz frei, in gut funktionierender Werkstattgemeinschaft für selbstständigeN Schreiner(in) bei Augsburg.
☎ (0 82 34) 87 02

NETZWERK SAAR e.V.
sucht ab 1. Juli 1995 in Teilzeit:

eine/n ProjektberaterIn

Zu den Aufgaben gehören:
- Existenzgründungsberatungen
- AFG-Beratungen
- Vertretung von **NETZWERK**-Interessen in Ausschüssen und gegenüber Behörden
- Verwaltungstätigkeiten inkl. Personalbuchhaltung

Der/Die StelleninhaberIn sollte eigenverantwortliches Arbeiten in selbstverwalteten Strukturen anstreben/gewöhnt sein. Betriebswirtschaftliche Kenntnisse werden vorausgesetzt.

Die Bezahlung erfolgt nach NETZWERK - üblichem Einheitslohn. Die Stellenfinanzierung ist an öffentliche Förderung gebunden.

Wir arbeiten im Team und bieten kleinen selbstorganisierten Trägern im Saarland eine breite Palette von Beratungsangeboten. Das Büro wird von einem Kreis ehrenamtlicher MitarbeiterInnen unterstützt. Schriftliche Bewerbungen bis 15.5.95 an: **NETZWERK** Saar, Nauwieserstr. 19, 66111 Saarbrücken, Tel.:0681/371502

FREIES RADIO

Hört! Hört! Nach megaher(t)zlichem Kampf haben wir die erste Hürde genommen: die Bürger-Radio-Idee ist im neuen Hessischen Rundfunkgesetz verankert! Werdet Mitglied bzw. Fördermitglied bei Radio Quer – Initiative für ein unabhängiges und werbefreies Lokalradio Mainz/Wiesbaden.
Pierre ☎ /Fax (06 11) 60 86 49 oder (01 72) 610 99 54
P.S.: Wir suchen kostenlos Tonstudio- bzw. Hi-Fi-Geräte und Schallplatten, etc...

PROJEKTE

Südspanien: Mitglieder zum Aufbau einer autarken Lebensgemeinschaft in Andalusien gesucht. Kapitalanlage P/Person 25.000 DM. Kinder sehr willkommen.
☎ (0034-52-11 90 97

Die Solidaritätswerkstatt e.V., Taller de la solidaridad, sucht Werkstatteinrichtungen im Bereich Radio- und TV-Reparatur, Holzverarbeitung, Uhrenreparatur und Goldschmiede für die Ausbildung Behinderter im nationalen Rehabilitationszentrum des cubanischen Behindertenverbands ACLIFIM. Außerdem Computer, Rollstühle, Gehhilfen.
Solidaritätswerkstatt e.V.
Ludwigshöhstr. 42
D-64285 Darmstadt
☎ (0 61 51) 6 40 66

Wohn- und Arbeitsgemeinschaft mit Gaststättenbetrieb am Bodensee sucht MitarbeiterInnen.
Eulenspiegel
Dorfstr. 25
D-88142 Wasserburg
☎ (0 83 82) 88 78 75

GESUCHT

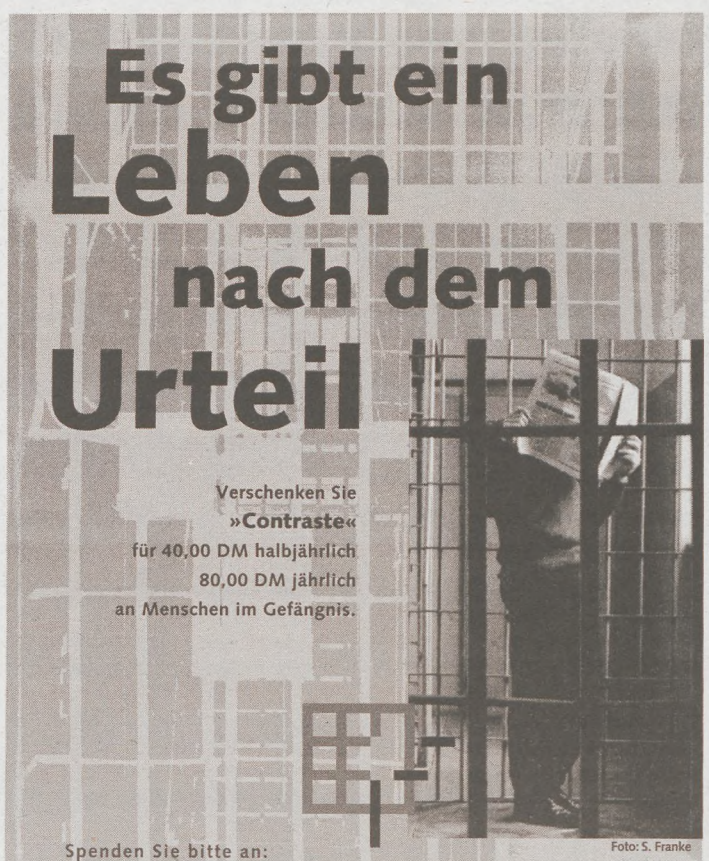
Jugendumweltprojekt sucht Zugmaschine bis 3,5t sowie Schausteller- oder Zirkuswagen (mind. 14qm) in gutem Zustand. Angebote unter »Umweltmobil« an:
Jugendumweltbüro
Postfach 16 47
D-55006 Mainz
☎ (0 61 31) 23 67 67

VERKÄUFE

Schreinerei im Herzen der Toskana, gut eingeführt und eingerichtet, von Deutschen zu verkaufen.
☎/Fax (0039-588-6 47 26

TOURISMUSBOYKOTT

Mit der Einnahmequelle des Tourismus finanziert der türkische Staat einen Großteil des Militärgeräts, das gegen die kurdischen Menschen im Vernichtungskrieg eingesetzt wird. Wenn Ihr nicht wollt, daß mit Euren Geldern einen Völkermord unterstützt, dann boykottiert den Tourismus in der Türkei! Kein Geld für den Krieg! ●



Spenden Sie bitte an:
Freiabonnements für Gefangene e.V.
Eisenbahnstraße 21, 10997 Berlin, Tel/Fax (030) 611 21 89
Bank für Sozialwirtschaft, BLZ: 100 205 00, Kto Nr.: 30 85 400, Kennwort:»Contraste«
Ihre Spende ist steuerlich absetzbar.

RADIO VON UNTEN
Das alternative Medienmagazin

seit über acht Jahren unterwegs in Sachen
Basis-Radios in Ost und West, Musikpiraten, Alternativpresse, Subkultur, Computer- und Hackerszene, weltweite politische Untergrundsender, internationale Hörfunkentwicklung, Radio-Technik, aktuelle Bücher und CDs und vieles mehr.

Einzelheft 5 Mark, Jahresabo 49 Mark, aktuelles Probeheft für 3 Mark in Briefmarken bei:
RADIO VON UNTEN
Verlag Rainer Pinkau, Postfach 110 322, 37048 Göttingen,
Tel.: 0551 - 55121, Fax: 0551 - 44871

besetzerInnen
Kongreß
Vom 12. - 14. Mai in Leipzig

Themen:
12.5.
* Zur Geschichte der BesetzerInnenbewegung - Kritik und Analyse
* Situation und Perspektiven der BesetzerInnenbewegung
13.5.
* Verweigerungshaltung und Freiraumkultur
* Kiezpolitik und Öffentlichkeitsarbeit
* Rechtliche Möglichkeiten und Grenzen
* BesetzerInnenräte
14.5.
* DEMO
* und was ihr Euch sonst noch so vorstellt.
* Filme, Musik, Essen & Unterkunft für alle drei Tage für DM 10,- + DM 5,- für den Reader

Kontaktadresse:
BesetzerInnenkongreß, c/o CONNE ISLAND, Koburger Str. 3, 04277 Leipzig, Tel.&Fax: (0341)311 044
Anmeldung bis zum 1. Mai.

DER ZUKUNFT EIN ZUHAUSE!

JOBSUCHE

Schreinerin, das will ich lernen!
Dominique, 19jährige Abiturientin, macht gerade das Freiwillige Ökologische Jahr, organisiert den Jugend-Künstler-Klimagipfel in Berlin – mit viel Spaß am produktiv-kreativ sein und Vorliebe für das Material Holz – sucht Möglichkeit einer Ausbildung als Tischlerin (auch Ausland).
Dominique Deprez, c/o Julia Ohl, Immanuelkirchstr. 26, D-10405 Berlin, ☎ (030) 441 40 48 oder (0 21 02) 8 03 01, ich rufe auch gerne zurück!

In welcher netten kleinen Schneidereiwerkstatt (gern selbstverwaltet) darf ich (19, Abi) ab Herbst eine Ausbildung machen?
Annette Chapligin
Umweltstation/Beckmannsfelder Weg
D-26969 Iffens
☎ (0 47 35) 3 18

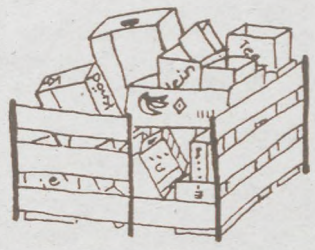
KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 DM** (jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **30 DM** (jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, nicht mit Briefmarken und nicht mit Bankeinzug. **Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein.** Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

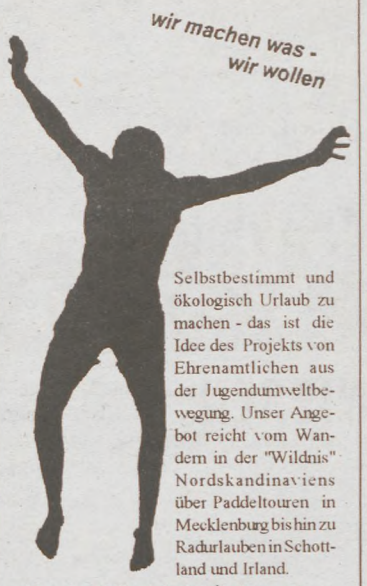
Kennen Sie noch die Kartonecke?



Auf diese Weise können Kartons noch zum Transport der Einkäufe und zur Aufbewahrung von Sachen genutzt werden. Regen Sie doch mal an, daß Ihr Kaufmann (wieder) eine solche Ecke als Service für die Kunden anlegt!

Weitere Informationen und Anregungen zum Umweltschutz und zum bewußten Umgang mit Geld schicken wir Ihnen gerne zu:
ConsumentenBund e.V., - Bund umweltbewußter Verbraucher -
Gürzenichstr.7, 50667 Köln. Bitte 7.-- DM Kostenbeitrag in Briefmarken beilegen!
Spendenkonto: 406 416-504,Postbank Köln, BLZ 370 100 50.

Urlaub einmal anders
selbstbestimmt und ökologisch



Selbstbestimmt und ökologisch Urlaub zu machen - das ist die Idee des Projekts von Ehrenamtlichen aus der Jugendumweltbewegung. Unser Angebot reicht vom Wandern in der "Wildnis" Nordskandinaviens über Paddeltouren in Mecklenburg bis hin zu Radurlauben in Schottland und Irland.

Neugierig? Dann fordere doch unser kostenloses Freizeitenprogramm an!

Projekt Urlaub einmal anders
Herrlichkeit 1 * 27283 Verden
Tel. 04231 / 81046

Plakatmappe: Stadtguerilla

Plakate der letzten 25 Jahre. 14 verschiedene Plakate (teilweise vierfarbig/DIN A3). Der Überschuß kommt der Solidaritätsarbeit für die politischen Gefangenen zu. Pro Exemplar 30 DM plus Versandkosten 10 DM (nur gegen Vorkasse bar/Scheck). **Bestellungen über:**

CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg

Land*Los* **Berichte und Gespräche zur Landfrage in Nicaragua und Mittelamerika**

Informationsbüro Nicaragua e.V. (Hrsg.)
Nahua Script 12, Edition Nahua, Wuppertal 1995, 144 Seiten, DM 14,80

Vor dem Hintergrund der politischen und ökonomisch-sozialen Entwicklung Mittelamerikas und insbesondere Nicaraguas betrachtet das Script die aktuellen Auseinandersetzungen um das Land. Gestern wie heute, und das nicht nur in Nicaragua, ist das Eigentum an Land für die Menschen notwendig, um das Überleben zu garantieren. Nur: Hat nicht die vorherrschende westliche Produktionsweise mittlerweile den Subsistenzökonomien weitgehend den Garaus gemacht oder handelt es sich um veränderte Formen der Ausbeutung reproduktiver Funktionen von Subsistenzarbeiten für eine weltweit durchgesetzte Produktionsweise? Das Ergebnis von politischer und ökonomischer Abkoppelung breiter Regionen der "Dritten Welt" ist die massive Verelendung der betroffenen Bevölkerung. Dann wird deutlich, daß das über Jahrzehnte propagierte Entwicklungsmodell endlichen Charakter hat, und somit Entwicklung nach westlichen Maßstäben oder auch Idealen eine Farce ist.
Es stellt sich die Frage nach den Organisationsformen von Ökonomie und Politik und ihrem Zusammenhang. Die Bedeutung dieses Zusammenhangs wird vor allem von Feministinnen als Teil einer Subsistenzperspektive gesehen. Diese Perspektive einnehmend müssen wir uns allerdings fragen, ob nicht ein derart obsolet gewordener Entwicklungsbegriff sowohl unsere Projektpolitik im Konkreten wie auch unser Politikverständnis im Allgemeinen in Frage stellt.
Das Script enthält Materialien zu neuen Organisierungsprozessen in Nicaragua, zur Landfrage und zu den Landbewegungen in Honduras, El Salvador und Guatemala, zur Landfrage und Subsistenzperspektive und zur Krise des Entwicklungsdenkens und der Bedeutung für die Solidaritätsbewegung.

EDITION NAHUA · POSTFACH 10 13 20 · 42013 WUPPERTAL

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67
CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fliessen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion.

In Heidelberg sitzt die Stammbelegschaft, während in den Regional- und Fachredaktionen ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke sind.

Vertriebs-, AbonnentInnen- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann regelmäßig die internen Redaktionsrundbriefe und Einladungen zu den viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :
10117 Berlin, Friedrichstr. 165, ☎ (030) 229 17 58 (auch Fax); 23701 Eutin, Redaktion Norddeutschland, Volker Nadolni, Janusstr. 11, ☎ (04521) 52 12, Fax 29 33; 27367 Sottrum, Redaktion Bremen, Götz Paschen, Everinghausen 42 (statt Telefon: Postkarte; 37073 Göttingen, Thomas Hardwig, Leinestr. 29, ☎ (0551) 770 40 26; 49008 Osnabrück, Herrmann Cropp, Postfach 18 11, ☎ (05402) 73 73; 63512 Hainburg, Redaktion Rankfurt, Peter Streiff, Friedensstr. 30, ☎ (06182) 6 82 75, Fax 6 82 78; 67433 Neustadt/Weinstr., Elisabeth Voß, Friedrichstr. 36, ☎ (06321) 3 27 54, Fax (06321) 3 47 01; 69035 Heidelberg, Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 24 67; 90429 Nürnberg, Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ (0911) 26 77 68; 06844 Dessau, Peter Schneider, Kurt-Weill-Str. 31, ☎ (0340) 37 93 (auch Fax); 01277 Dresden, Büro für Freie Kulturarbeit e.V., Reinhard Lichtenhahn, Schandauer Str. 64, ☎ (0351) 396 30 71 (auch Fax); Niederlande, 1019AT Amsterdam, ID-Archiv, ISSG, Cruquisweg 31, ☎ (003120) 668 58 66

Fachredaktionen :
Autonome Frauenseite: 10117 Berlin, Ricarda Buch, Friedrichstr. 165, ☎ (030) 229 17 58; **Alternative Energie/Technik: 10999 Berlin**, Wuseltronik, Christian Lutz, Paul-Lincke-Ufer 41, ☎ (030) 618 50 71 · Fax (030) 618 50 75; **Grafische Betriebe: 10999 Berlin**, Constantin Bartning, Paul-Lincke-Ufer 44a, ☎ (030) 611 68 03; **Genossenschaften: 79102 Freiburg**, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23; **Handwerk: 69035 Heidelberg**, Andreas Küstermann, Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 60 78; **Jugendumweltbewegung: 27283 Groß Hutbergen Post Hönisch**, Peter von Rüden, Rasmus Grobe, Thedinghauser Str. 13, ☎ (04231) 48 78, Fax (04231) 48 79; **Sozialpolitik: 80337 München**, AG SPAK, Dieter Koschek, Adlzreiterstr. 23, ☎ (089) 77 40 77 (Fax); **Information und Datendokumentation: 63329 Egelsbach**, Erich Engelter, Mainstr. 23, ☎ (06103) 4 27 42
V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎(06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 3/92
Herstellung:
Zündsatz GbR, Gaisbergstr. 97, 69115 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

Mailbox:
CONTRASTE-LINK-N.cl.sub.de

Endredaktion:
☎ (06221) 18 34 02
Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

BÄCKEREIEN

Bäckerei-Kollektivtreffen
Auch in diesem Jahr treffen sich wieder Backkollektivis zum Kennenlernen und Austauschen und zwar am 24./25.Juni (Sa/So) auf der Burg Lutter, einer Kommune nördlich vom Harz (nicht nur) mit Tagungshaus und Holzofenbackstube.
Informationen:
Hofgemeinschaft Lindenhof
(Klaus) Presseweg 6
D-38170 Eilum
☎ (0 53 32) 35 47

NIEDERKAUFUNGEN

Anders leben – anders arbeiten
Leben in der Kommune
Die Kommune Niederkaufungen ist eine schon über acht Jahre bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit rund 65 Personen.
An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie:
- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne ChefIn und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt und richten unser Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben sich mit alternativen Lebensformen auseinander zusetzen.
Termine: 9. bis 11. 6, 13. bis 15.10. und 1. bis 3.12.95

Anders leben – anders arbeiten – anders entscheiden
Daß es noch andere Möglichkeiten der Entscheidungsfindung der Lebens- und Arbeitsgestaltung gibt, als die in unserer Gesellschaft übliche, will dieser Bildungsurlaub am Beispiel der Kommune Niederkaufungen aufzeigen.
Termin: 18. bis 22.9.95
Information & Anmeldung:
Verein für Ökologie, Gesundheit und Bildung e.V.
Kirchweg 1, D-34260 Kaufungen
☎ (0 56 05) 80 07 30

AG SPAK

Vergißmeinnicht – Elemente für ein lebendes Seminar
TAK AÖ-Seminar vom 24.-28.5.1994 im Tagungshaus Himbergen (Göhrde)
Information & Anmeldung:
Marlis Cavallaro
Gabelsbergerstr. 32
D-60389 Frankfurt
☎ (0 69) 469 37 95

NETZ

Handwerk ohne Meister
Die Meisterpflicht im Handwerk ist auch nach der Neuordnung des EG-Binnenmarktes nicht gefallen. Im Seminar werden Möglichkeiten zur Gründung handwerklicher, künstlerischer, industrieller und sonstiger selbständiger Existenzen ohne Meister aufgezeigt sowie Elemente der Gründungsplanung vorgestellt.
30.Mai 1995, Werkstatt Düsseldorf.

Kosten senken – Kosten lenken
Controlling in sozialen, ökologischen und kulturellen Initiativen und Betrieben liefert Instrumente und Denkansätze zur Selbstüberprüfung und Selbststeuerung. Im Seminar werden Handlungsansätze zum Aufbau eines eigenen Controlling-Systems erarbeitet. Das Setzen von Zielen, Planen von Maßnahmen, Messen von Ergebnissen und deren Auswertung liefert Impulse für effektives und effizientes Handeln.
9./10. Juni, Ökozentrum Frankfurt.
Informationen und Anmeldung:
netz für Selbstverwaltung und Selbstorganisation, Schäfergasse 46
D-60313 Frankfurt
☎ (0 69) 131 04 07

SAARBRÜCKEN

Fachtagung:
5 Jahre Kultur- und Werkhof Nauwieser 19
Im August 1990 fand in Saarbrücken eine Premiere statt: mit einem großen Eröffnungsfest im Hinterhof des Anwesens Nauwieserstraße 19 wurde der Kultur- und Werkhof eingeweiht. Nach 5 Jahren Erprobung in der Praxis ist es an der Zeit, Bilanz zu ziehen und zu hinterfragen, inwieweit die Idee, aber auch die Erwartungen und Wünsche umgesetzt wurden. Dabei werden schwerpunktmäßig zwei Themen in den Arbeitsgruppen diskutiert:
- »Ansiedlung des Kultur- und Werkhofs im Sanierungsgebiet Nauwieser Viertel«
- »Kultur- und Werkhof: wirtschaftliche und arbeitsmarktpolitische Effekte«

Termin: 7.6.1995
Anmeldung & Information:
Nauwieser 19 e.V., Nauwieserstr. 19
D-66111 Saarbrücken
☎ (06 81) 39 95 38, Fax 3 05 68

FRAUEN

FEMITOPIA '95

»Grenzen verlaufen nicht zwischen Völkern, sondern zwischen Frauen und Männern«
Nach diesem Motto wollen wir uns mit linken Ansätzen zum Verhältnis von Patriarchat/Rassismus/ Kapitalismus auseinandersetzen. Was ist Sexismus/ Patriarchat überhaupt? Wie entsteht Rassismus? Ist Sexismus ein Teilbereich von Rassismus? Reicht es, nur die ökonomischen Ungerechtigkeiten unserer Gesellschaft zu bekämpfen? Werden mit der ökonomischen Gleichstellung der Menschen die Unterdrückungsverhältnisse Patriarchat und Rassismus wie von selbst verschwinden? Sind sie also nur eine Folge der ökonomischen Ungleichheit wie Teile der Linken behaupten? Oder sind sie doch eigenständige zu behandelnde Probleme, wie ein anderer Teil der Linken sagt? Welche Beziehungen bestehen zwischen diesen Unterdrückungsverhältnissen? Gibt es biologische Unterschiede zwischen Völkern und zwischen den Geschlechtern, die automatisch zu speziellen Verhaltensweisen führen? Oder liegen alle Unterschiede in der Erziehung begündet? Diese Fragen wollen wir nicht nur diskutieren, sondern auch eine Aktion in der Innenstadt durchführen. D.h., wir wollen nicht nur Kopfarbeit leisten. Die Femitopia bietet die Möglichkeit, sich mit Themen intensiv zu beschäftigen, mit Frauen zu klönen und einfach Spaß zu haben.
Termin: 15. bis 18. 6. 1995
in Kleve-Gnadenthal
Die Tagungsstätte ist (Rollstühle bis 70 cm Breite) rollstuhlgerecht.
Seminarteamerinnen:
LAK Feminismus der JungdemokratInnen/Junge Linke NRW Information & Anmeldung: Ludwig Quidde Forum, Kieler Str. 29c, 42107 Wuppertal, Fax (02 02) 45 11 23

RAT & PLAN

Handwerk ohne Meister
Handwerksausübung ohne Meister: Wer im Handwerk selbständig tätig sein will, muß in der Regel die Meisterprüfung abgelegt haben. Wie Sie aber dennoch ohne Meister im Handwerk selbständig tätig sein können, wird in diesem Seminar dargestellt.
Termin: 18./19.5.95, 17-20 Uhr

Arbeitsrecht
Sie sind Vorstand in einem Verein, geschäftsführend tätig in einem Unternehmen oder EinzelunternehmerIn – die oft verdrängten Grauzonen zwischen freier Mitarbeit, Subunternehmertum, Dienst- und Werkvertrag oder angestellter Tätigkeit können plötzlich teuer werden. Deshalb ist es besser, rechtzeitig Bescheid zu wissen, auch gerade über die rechtlichen Probleme bei der Gestaltung von Verträgen für ArbeitnehmerInnen (Unterschied zwischen ArbeiterInnen und Angestellten).
Termin: 21.6.95, 18-21 Uhr
Information & Anmeldung:
Rat & Plan GbRmbH
Am Felde 2
D-22765 Hamburg
☎ (0 40) 390 81 10
Fax 390 81 86

BIO-FOOD

10. Jahrestagung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Lebensmittelkooperativen (BAG) e.V. vom 25. bis 28. Mai 1995 in Gelsungen bei Kassel.
Schwerpunktthemen sind die Ent- und Verwicklungen im Biogroßhandel.
Information & Anmeldung:
Frank Weber
Pfingststr. 3
D-38118 Braunschweig
☎ (05 31) 89 21 78

MEDIEN

3. Linkes Medienspektakel
Alternatives Pressefest in Suhl (Thüringen) am 10. Juni 1995 von 10 bis 22 Uhr.
Programm & Information:
Stadtvorstand der PDS Suhl, Naumannstr. 4, D-98527 Suhl Tel./Fax (0 36 81) 30 82 58 (Ina oder Karin)

NÜRNBERGER MEDIENAKADEMIE

Image & Öffentlichkeit
Soziale und kulturelle Einrichtungen wenden sich nach außen, um ihre Inhalte, Programme und Themen an die interessierte Öffentlichkeit zu bringen und für Veranstaltungen und Angebote zu werben. Wer von der Öffentlichkeit wahrgenommen werden will, muß Ziele und Eigenpersönlichkeit der eigenen Einrichtung als positives Image ins Bewußtsein der Zielgruppe rücken.
In unserem Seminar geht es um die professionelle Erarbeitung und Gestaltung der Kommunikationsmittel, mit denen Institutionen mit dem Umfeld in Verbindung treten.
Information & Anmeldung:
Nürnberger Medienakademie
Sigrid Sauter
Holzschuherstr. 6
D-90439 Nürnberg
☎ (09 11) 26 88 46
Fax 33 26 27

Jugend auf der Datenautobahn
Die schöne neue Medienwelt beherrscht wieder einmal die Schlagzeilen mit Begriffen wie: Interaktive Medien, Datenautobahn, Cyper-Space. Die Technik wird gepriesen. Aber was bedeutet diese Entwicklung für die Gesellschaft und ihre Zukunft, insbesondere für Kinder und Jugendliche ? Welche Konsequenzen ergeben sich für diejenigen, die politisch und pädagogisch Verantwortung tragen, z.B. in Jugendarbeit und Schule, im Jugendschutz, in Jugendämtern, usw. Das Symposium bietet ein Forum zur Information und zur Diskussion über die genannten Entwicklungen und Fragestellungen.
Termin: 19.-21.Mai 1995
Anmeldung & Infos: Institut Jugend, Film und Fernsehen, München, Tel. (0 89) 6 89 89

ANTIRASSISMUS

Deutsch-französisches Seminar
Rechtsruck in Europa
In diesem Jahr ist insbesondere das »Gedenkjahr 1995« hervorzuheben. Im September 1935 wurden in Nürnberg die Rassengesetze unter der Diktatur der Nationalsozialisten verabschiedet und damit der innerstaatliche Krieg gegen die eigene Bevölkerung »legalisiert« – vier Jahre bevor der Zweite Weltkrieg begonnen wurde. Wir nehmen das Gedenkjahr 1995 zum Anlaß, das Seminar mit einem historischen Rückblick einzuleiten. Der Betrachtung der rassistischen Politik zwischen 1933 und 1945 der selbst ernannten »Herrenmenschen« soll die Frage: »Wie war das mit der Stunde Null?« folgen. »Wie sieht die Werttradierung bezüglich Fremdenfeindlichkeit und Rassismus aus?« und »Wie wirkt diese in unsere gegenwärtige Situation?« »Welche anderen Momente spielen dabei eine Rolle?« Diese Fragestellungen – bezogen in etwas veränderter Form auf beide Länder – werden uns auf diesem Seminar begleiten und sollen auch aus kultur- und sozialpsychologischer Sicht thematisiert werden. Auch hier sollen wieder Völkerverständigungs-Organisationen beider Länder angesprochen und einbezogen werden.
Termin: 25. bis 28.5.1995 In Tübingen
Veranstalter: BUNTSTIFT e.V. in Kooperation mit Regenbogen Bayern e.V. und Fränkisches Bildungswerk für Friedensarbeit.
Information & Anmeldung:
Fränkisches Bildungswerk
für Friedensarbeit
Hessestr. 4
D-90443 Nürnberg

SOMMERCAMP

Anarchistisches Sommercamp in Hamburg
Die Anarchistische Föderation Hamburg (AFH) plant für die Zeit vom 22. bis 30. Juli 1995 ein Sommercamp auf einem Campingplatz in der Nähe von Hamburg. Eingeladen sind alle AnarchistInnen, die für den Sommer noch keine Pauschalreise gebucht haben.
Leute, die Lust haben daran teizunehmen, jetzt oder später mehr Infos zu bekommen oder sich aktiv an den Vorbereitungen zu beteiligen, sollten sich an die AFH, c/o Libertäres Zentrum
Lagerstr. 27
D-20357 Hamburg
wenden.

NEUE RECHTE

Neue Rechte
19. bis 22.5.95 in Mainz
Die Götter des New-Age – Spiritualität & Faschismus
9. bis 11.6.95 in Darmstadt
Infos & Anmeldung:
Jugendumweltbüro Mainz
Postfach 1647
D-55006 Mainz
☎ (0 61 31) 23 67 66

JUGEND & UMWELT

Eine Welt erfahren!
Mit dem Fahrrad wollen wir über die Himmelfahrtstage nach Norddeutschland von Oldenburg bis-Verden fahren. Dabei werden wir uns inhaltlich mit »Dritte Welt«-Themen beschäftigen und interessante Orte besichtigen. Auf dem Programm steht: Das Übersee Museum Bremen, eine kritische Hafenrundfahrt, ein Eine Welt Laden mit Aktivitäten in der kommunalen Entwicklungspolitik, eine alternative Fahrradwerkstatt mit Kontakten in die Dritte Welt, ein »anders leben« Entwicklungsprojekt für den Norden, eine Jacobsbesichtigung u.v.a. mehr. Vom 24. bis 28.5.95.
Infos & Anmeldung:
Eine Welt Jugend Netzwerk
c/o Umweltwerkstatt
Herrlichkeit 1
D-27283 Verden
☎ (0 42 31) 8 10 46

BILDUNGSARBEIT

Von Rio nach Kopenhagen
Was heißt das für die Bildungsarbeit? Der Nord-Süd-Konflikt in der Bildungsarbeit. Dritte bundesweite Fachtagung in Celle vom 22. bis 24.5.95.
Informationen:
Projektbüro
SüdNord in der Bildungsarbeit
beim VEN & VNB
Bahnhofstr. 16, D-49406 Barnstorf
☎ (0 54 42) 15 96, Fax 22 41

CONTRASTE-REGISTER

Register Nr. 1-100

9 Jahre CONTRASTE. Sach-, Personen- und AutorInnen-Register.
Gegen DM 50,– (Vorkasse) zu beziehen über:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg

KULTUR

Frauenkulturbörse
Vom 21. bis 23.5.1995 in der Zeche Carl, Essen. Programmheft gegen einen mit 3 DM frankierten und adressierten Rückumschlag DIN A5 bei: Bundesvereinigung sozio-kultureller Zentren Wilhelm-Nieswandt-Allee 104 D-45326 Essen

CASH COOP

Arbeitsmarktsituation für MigrantInnen
Zum Arbeitsförderungsgesetz AFG
Termin: 7. Juni 1995, Kassel
Das KJHG als Förderinstrument
Termin: 27. Juni 1995, Kassel
Fördermöglichkeiten durch Stiftungen
Termin: 28. September 1995, Wiesbaden
Info & Anmeldung:
cash coop
Baumweg 10
D-60316 Frankfurt
☎ (0 69) 44 30 16
Fax 405 95 95

DRITTE WELT

Friedensprozeß und Landfrage in El Salvador
Am 10./11. Juni 1995 im Jugendgästehaus Köln-Riehl. Als Hintergrundmaterial zum Thema haben die Veranstalter eine Broschüre mit dem Titel »Kein Land in Sicht« (20 Seiten A4, 3 DM) herausgegeben, die unter der Anmeldeanschrift bestellt werden kann.
Anmeldungen:
Informationsstelle
El Salvador e.V.
Heerstr. 205
D-53111 Bonn
☎ (02 28) 69 45 62
Fax 63 12 26

Arbeit für Alle in Nord und Süd?
Während hier Vollbeschäftigung immer mehr als unerreichbares Ziel und unsichere Arbeitsverhältnisse und zweiter Arbeitsmarkt zunehmend die Wirklichkeit bestimmen, ist angesichts der Veränderungen im Weltmarktgefüge für ganze Regionen Exklusion, d.h. Ausschluß aus Produktionsprozessen die Perspektive. Selbst in Regionen, in denen in relevantem Maße Arbeitsplätze geschaffen werden können, wird der informelle Sektor zur Dauerinstanz nicht entwicklungsfähiger und sozialpolitisch nicht abgesicherter gesellschaftlicher Bereiche: Arbeit – Demokratie und Partizipation: ein überholter Zusammenhang?
Termin: 24. bis 27. Mai 1995 in Münster
Information & Anmeldung:
Institut für Theologie & Politik
Graelstr. 9, D-48153 Münster
☎/Fax (02 51) 52 47 38

MESSE

ÖKO '95 mit ÖKO BAU
Zur 17. Umweltmesse ÖKO '95 – erstmals gemeinsam mit der ÖKO BAU – lädt der BUND vom 23. bis 26. Juni 1995 auf das Ulmer Messegelände ein.
Die Öko-Messen des BUND haben sich zur größten Umweltausstellung Europas für Endverbraucher entwickelt. Sie bieten einen einzigartigen Marktüberblick sowie ein großes ökologisches Bildungsprogramm mit ca. 100 Vorträgen und ein qualifiziertes Beratungsangebot. So zeigten auf der Öko '94 in Freiburg über 430 Firmen, Institutionen, Forschungseinrichtungen und Umweltorganisationen ökologisch verträgliche Produkte und Dienstleistungen.
Ausstellungsunterlagen und weitere Informationen können jetzt angefordert werden beim BUND, Dunantstr. 16, D-79110 Freiburg, Tel. (07 61) 8 85 95-0, Fax 885 95 90

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 80,— DM bzw. 650 ÖSh (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

__ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

__ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

__ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 80,-DM abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg